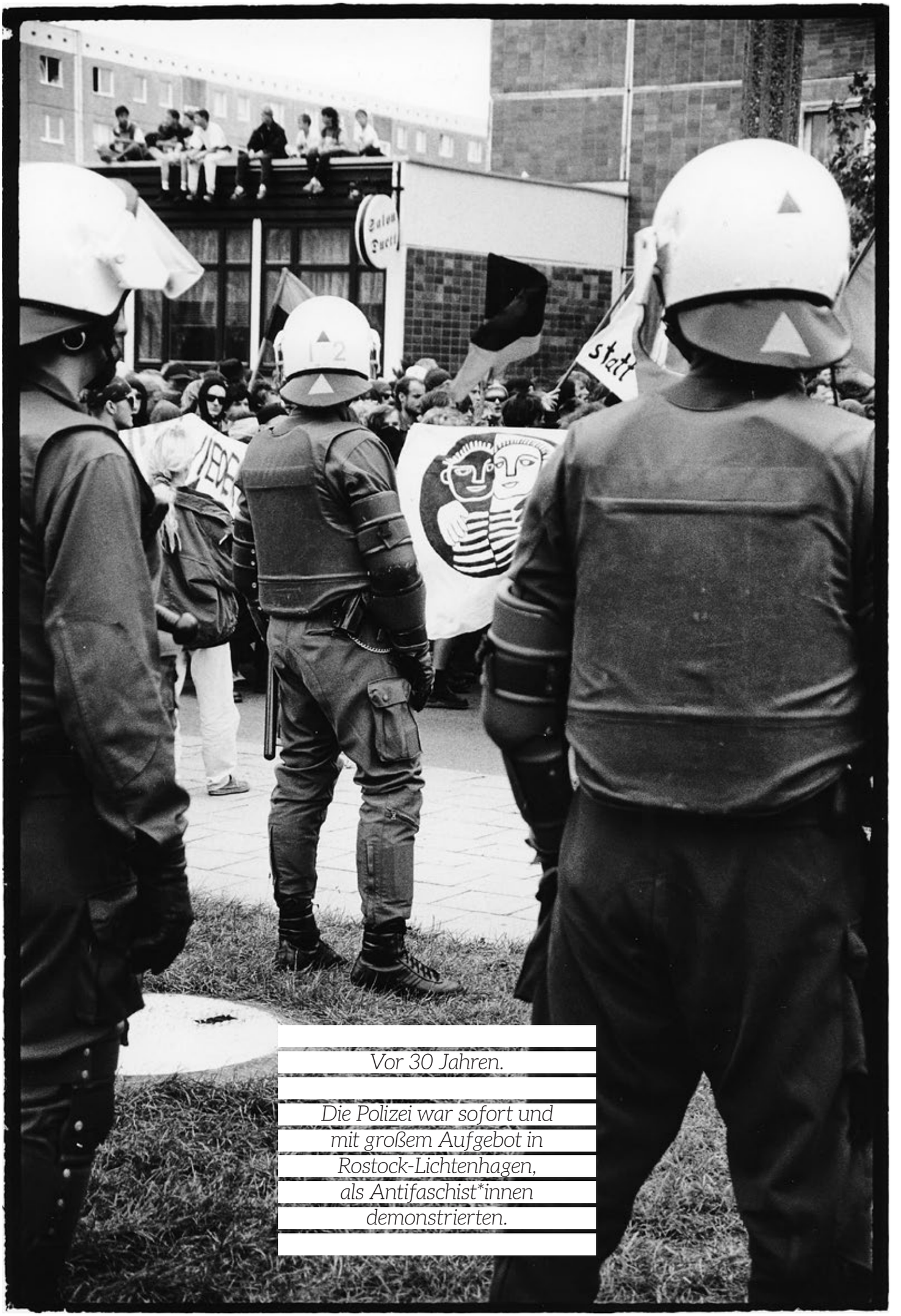
derrechterand

Das
Antifaschistische Magazin

Ausgabe 197 Juli / August 2022 33. Jahrgang 3,50 Euro



Vor 30 Jahren.

*Die Polizei war sofort und mit großem Aufgebot in Rostock-Lichtenhagen, als Antifaschist*innen demonstrierten.*

Intro

Liebe Leser*innen,

ein Jahr nach der faktischen Abschaffung des ursprünglichen Rechts auf Asyl freute sich Innenminister Manfred Kanther (CDU) 1994 über stark gesunkene Flüchtlingszahlen und erklärte: »Dieses Ergebnis wäre nicht erzielbar gewesen ohne die öffentliche Auseinandersetzung – die natürlich auch Hitzegrade erzeugt hat«. Ja, er sagte wirklich »Hitzegrade« und meinte damit teils tödliche, rassistische Anschläge wie in Hoyerswerda, Mölln, Solingen – und in Rostock-Lichtenhagen. Zum 30. Mal jähren sich im August dieses Jahres die pogromartigen Ausschreitungen gegen die Bewohner*innen der »Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber« (ZAst) und die vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen in der Nachbarschaft. Staat und Polizei kapitulieren, es fliegen Steine und Brandsätze. Nachdem die ZAst evakuiert wird, tobt der Mob vor dem Wohnheim der Vertragsarbeiter*innen. Rund 3.000 Personen rotten sich vor dem Gebäude zusammen und während es unten schon brennt, können die eingeschlossenen Menschen nur mit viel Glück über eine Dachluke entkommen. Der damalige Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer (CDU), stellte lapidar fest: »Eine akute Gefährdung war nicht gegeben«. Bereits vor zehn Jahren spürten wir der fünftägigen Gewaltorgie nach – wir drucken den Text aufgrund des Jahrestages noch einmal ab. Flankiert wird er von einem Rückblick auf rassistische Angriffe in Folge von Rostock-Lichtenhagen in Ost und West. Dass die Ausschreitungen nicht singulär, sondern Teil eines rassistischen Flächenbrands waren, zeigt die – unvollständige – Chronik von Juni bis November 1992. Angesichts der in der Mitte fest verankerten Gewaltbereitschaft des Antiziganismus deutet Merle Stöver das Pogrom als konformistische Revolte, während der Text zu den damaligen White Riots in den USA den Blick auf eine internationale Perspektive erweitert. Über die kulturelle Rezeption des Pogroms schreibt Dan Thy Nguyen und geht der Frage nach, wie die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen kulturell verarbeitet wurden. Zur Verarbeitung gehört auch das 2016 in Rostock errichtete Denkmal »Gestern Heute Morgen«, das mit sechs Stelen an die rassistischen Ausschreitungen erinnert. Wir fragen nach, ob dies ein adäquater Umgang mit den damaligen Ereignissen ist und sprechen mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Rostock, Juri Rosov, über die Entwicklungen in der Stadt. Im Interview mit Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, geht es um die Perspektive der Betroffenen, Vertreter*innen des Förderverein Sinti und Roma Frankfurt/Main erläutern unter anderem den antiziganistischen Charakter des Pogroms und die Aufnahme der Stereotype gegen Roma im Mainstream der Politik. Diese Ausgabe haben wir mit Aktivist*innen des Dokumentationszentrums »Lichtenhagen im Gedächtnis« und des Vereins »Soziale Bildung« erarbeitet. Vielen Dank für die produktive Zusammenarbeit.

Wir wünschen eine anregende Lektüre,
Eure Redaktion des antifaschistischen Magazins

20
»Lieber schnell weg in den Westen – hier ist es zu gefährlich!«

Geflüchtete waren in der ostdeutschen Transformationszeit täglich von rechter Gewalt bedroht. Dagegen entstanden Widerstände und Kämpfe, die heute oft vergessen sind.

von Stefanie Oster und Johann Henningsen

26
Im Namen des Volkes

Dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen ging eine monatelange Hetzjagd gegen Asylsuchende voraus. Schließlich drohten Anwohner*innen damit, die Sache selbst »in die Hand zu nehmen«, wenn »die Politik« nicht für Ordnung sorge.

von Merle Stöver

32
Antiziganismus war ein Kernbestandteil der Gewaltspirale

Die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen richteten sich explizit gegen die im Sonnenblumenhaus untergebrachten Roma. Darauf verweist im Interview der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, ***Romani Rose***.

Das Titelbild zeigt ein Graffiti an der Hangmauer des Peter-Weiß-Haus in Rostock.
Foto: Mark Mühlhaus / attenzione

Inhalt

6 Dünner Firnis #Werte
von Andreas Speit

8 Im Jahr 1992 eskalierte die rassistisch motivierte Gewalt #Chronik

12 Zwischen Vereinigungsrausch und Pogrom #Stimmungen
von Marcel Hartwig

14 »Schlimm, wie die gehaust haben« #Reportage
von Andreas Speit

18 Ein Pogrom klingt nach #Abschieben
von Cindy Hader

22 Antiziganismus #Solidarität
von Stephan Wirtz

23 »Die Menschen, die damals an der Straße gestanden haben, versuchen nach wie vor, jegliche Schuld von sich zu weisen.« *Juri Rosov* im #Interview

28 Von nachhaltiger Gedenkkultur #Symbole
von Kerstin Zimmermann

30 Die Eiche und der ›antifaschistische Fuchsschwanz‹ #Deutungskämpfe
von Tanja Thomas und Fabian Virchow

34 Künstlerische Interventionen #Kultur
von Dan Thy Nguyen

35 Nicht tatenlos zusehen #Antifa
von der Redaktion »der rechte rand«

36 Polizei in der Nachwendezeit #Exekutive
von Christin Jänicke

37 Pogromstimmung aus der Konserve #Soundtrack
von Jan Raabe

38 Die Brandstifter*innen von Lichtenhagen #Täter
von Lisa Krug

40 Jahrzehnte der kollektiven Gewalt #USA
von Carl Kinsky

44 kurz & bündig

46 Marcus und Stefan #Nachruf
von Volkmar Wölk

47 Rezension

#Rassismus

Dünner Firnis

von Andreas Speit

Blau und Gelb. Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sind die Farben allgegenwärtig. An Fensterscheiben und Fassaden, bei Twitter und TikTok, in Bussen und Bahnen und an Fahrrädern und Fahrzeugen. Mit Beginn des Krieges am 24. Februar dieses Jahres begann nicht nur die symbolische Unterstützung der Geflüchteten – vermeintlich schnell und angeblich unbürokratisch. Die Geflüchteten müssen aber nicht bloß aus diesem Kriegsgebiet kommen, sondern sie müssen auch weiß und christlich sein.

Massenzustromrichtlinie

Neben der Unterbringung und Versorgung reichen die Hilfe und Unterstützung bis zur Integration in das Schul- und Berufsleben. In allen Städten können Geflüchtete sich registrieren lassen und erhalten Betreuung. Zwischen Ende Februar und bis zum 8. Juni waren »rund 855.000 Personen aus der Ukraine im deutschen Ausländerzentralregister (AZR) registriert«. Mehr als 98 Prozent von ihnen sind ukrainische Staatsbürger*innen – rund 67 Prozent davon Frauen, etwa 40 Prozent Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, erklärte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Mitte Juni. Erstmals griff die sogenannte Massenzustromrichtlinie 2001/55 der Europäischen Union, die nicht bloß eine Verteilung der Geflüchteten mit Aufenthaltstitel vorsieht, sondern auch den Zugang zu Sozialleistungen und Arbeitsmöglichkeiten. In Politik und Wirtschaft sahen Akteur*innen früh in ihnen keine Belastung für Staat und Kommunen, sondern eine Chance, den Fach- und Pflegekräftemangel zu beheben. Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey sagte im März: »Wir hören aus der ukrainischen Community, dass viele, die hier ankommen, nicht als Erstes die Frage stellen ‹Wo kann ich Leistungen beantragen?›, sondern als Erstes die Frage stellen (…) ‹Wo kann ich arbeiten?›« Die Subbotschaft der Sozialdemokratin: Andere Geflüchtete wandern in die Sozialkassen ein. Wer hat das noch mal gesagt? Hat sie auch sicher nicht so gemeint wie NPD oder AfD. Sie scheint aber vergessen zu haben, dass Geflüchtete nach deutschem Recht vorerst nur eingeschränkt arbeiten dürfen und dass Cum-Ex-Aktiengeschäftemachenden der größte Steuerraub gelang. Die Ärmsten der Armen betrügen aber bekanntlich den Sozialstaat, wusste vor zwölf Jahren schon ein ehemaliger sozialdemokratischer Finanzsenator in Berlin und wetterte gegen Harz-IV-Empfangende und Geflüchtete.

Grenzübertritt verweigert

Die Abwehr und der Hass aus der gesellschaftlichen Mitte haben eine noch längere Tradition und rechtliche Manifestation. Im staatlichen Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine spiegelt sich eine Klassifizierung von Geflüchteten erster und zweiter Klasse wider. Deutsche, europäische Realität. »Schön, dass Berufsabschlüsse anerkannt werden, das Studium erleichtert wird und Bahnfahren umsonst ist«, sagt eine Flüchtlingshelferin im Gespräch. Sie hält die Unterstützung für die Mehrheit der Geflüchteten aus der Ukraine für geboten; sie hält sie aber auch für alle Geflüchteten aus den Krisengebieten der Welt für verpflichtend. Die Festung Europa wird jedoch auch im Krieg nicht geschliffen. Nicht bloß im Mittelmeer verteidigt Frontex mit Pushbacks gegen Menschen in Not und Regierungen mit Kriminalisierung von Flüchtlingsinitiativen unsere schöne Warenwelt in Europa. An der polnisch-belarussischen Grenze unterscheidet

Flüchtende versuchen über die Grenze von Weißrussland nach Polen zu gelangen. Die polnische Regierung richtet an der Grenze eine drei Kilometer breite Sperrzone (»Rote Zone«) ein. Die, die es trotz Absperrung über die Grenze schaffen, verstecken sich vor der Polizei und den Soldaten in den Wäldern. Der Grenzschutz nimmt hier einen irakisch-kurdischen Flüchtling fest.

Grenzpersonal täglich zwischen willkommenen und unwillkommenen Geflüchteten aus der Ukraine. Meist reicht ein Blick.
Die ersten Nachrichten, dass an der Grenze Nichtweiße und vermeintliche Nicht-Christ*innen abgewehrt würden, wurden als nicht seriös abgetan. Ein Reflex, um sich nicht der Realität zu stellen? An Grenzen und Bahnhöfen finden jedoch Selektionen statt. »Ich sollte als Sechster in den Zug einsteigen. Doch ein Typ hätte mich fast aus dem Zug geschubst«, berichtet Monica Joseph dem Bayerischen Rundfunk. Die 28-Jährige aus Nigeria, die in Kiew Internationale Beziehungen studierte, erzählt auch, dass ein Ladenbesitzer in Lwiw bei einem Alarm nur Weiße rein ließ. Zwar hatte sie keine Konflikte an der polnischen Grenze, aber andere Betroffene berichten unter verschiedenen Hashtags – teils mit Videos – wie ukrainische Beamt*innen nichtweiße Geflüchtete teilweise mit Gewalt abhielten, Busse oder Züge zu besteigen. Polnische Grenzbeamt*innen verweigerten auch Grenzübertritte – zu dunkel, zu schwarz die Haut.

Damals wie heute?

Den unterschiedlichen Umgang mit Flucht und Hilfe betonen auch die Kinder der Eltern, die ab 1990 aus dem zerfallenen Jugoslawien wegen der Morde und Vergewaltigungen flohen. Anerkennung der Qualifikation der Geflüchteten, Integrationsangebote? Der absehbare Zulauf in diesen Jahren aus Osteuropa aufgrund von Not und Verfolgung wurde beflissen ausgeblendet. Selektion begleitet schon immer ein Wegschauen – Nichtwahrnehmen der Notleidenden. Kaum wurden die Menschen jedoch sichtbar, da sie in Deutschland ankamen, begannen die Anschläge und eine öffentliche Debatte um eine Verschärfung des Asylrechts. »Das Boot ist voll«, plakatierten die »Republikaner«, »Ansturm der Armen«, titelte der Spiegel.
In Rostock-Lichtenhagen konnte 1992 der staatliche Umgang mit Menschen in Not verfolgt werden. Am Sonnenblumenhaus, vor der überlaufenen Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber mussten die Geflüchteten ohne Infrastruktur warten. Kaum Personal, um Asylanträge zu bearbeiten. Viele Hilfebedürftige schliefen draußen, ohne Essen und Toiletten. Die gesellschaftliche Stimmung heizten die politischen Verantwortlichen auch durch Nichtstun an. Auf der Straße schimpften Anwohnende über »die Zigeuner«. In der Nacht zu Sonntag, dem 23. August, flog der erste Molotowcocktail. Nachbar*innen und Neonazis vereint im Hass- und Gewaltrausch. Die Polizei schritt in drei Tagen kaum ein. Noch während der Ausschreitungen veränderte die SPD ihre Position zum Asylrecht. Am 6. Dezember 1992 schafften im Bundestag CDU, CSU, FDP und SPD das individuelle Grundrecht auf Asyl ab – die Aushöhlung des Asylrechtes begann.
2022 ist nicht 1992. Die ersten Anfeindungen erleben Geflüchtete aus der Ukraine aber schon. Die Solidarität könnte in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft sinken, wenn die Lebensmittel- und Benzinpreise weiter steigen. Die rohe Bürgerlichkeit, die seit Jahren andere Marginalisierte trifft, bricht bei ökonomischen Belastungen weiter auf. Der humanistische Firnis ist dünn.

#Chronik

Im Jahr 1992 eskalierte die rassistisch motivierte Gewalt

In erster Linie gerieten Asylbewerber*innen in den Fokus der Rechtsradikalen, aber auch Antirassist*innen.
Eine unvollständige Auflistung von Juni bis November 1992.

Juni 1992

Mindestens elf Angriffe und Brand- und Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsheime, Unterkünfte für Asylbewerber*innen oder ähnliche Einrichtungen und dafür vorgesehene Gebäude in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen. Einige der Gebäude brennen vollständig aus.

2.6., München/Bayern: Ein Obdachloser wird zusammengeschlagen, schwer verletzt und stirbt nach 13-tägigem Krankenhausaufenthalt.
5.6., Piffelbach/Thüringen: Neonazis stürmen eine Tanzveranstaltung und verletzen vier Personen teils schwer.
6.6., Eberswalde/Brandenburg: Etwa 60 Skinheads versuchen eine Diskothek zu stürmen, verletzen in der Stadt zwei Personen schwer und gehen mit Steinen und Flaschen auf die 40 eingesetzten Polizist*innen los.
7.6., Nudow/Brandenburg: Skinheads überfallen einen Zeltplatz, bedrohen Jugendliche mit Knüppeln und Ketten und verletzen zwei Personen.
Mitte Juni, Cottbus/Brandenburg: In einem Brief an den Deutschen Akademischen Austauschdienst erklären 15 ausländische Student*innen, wegen rassistischer Attacken Cottbus verlassen zu wollen. Der Sicherheitsdezernent der Stadt kommentiert, die ausländischen Student*innen sollten die Ausländer*innenfeindlichkeit in der Stadt nicht überbewerten.
17.6., Höhenkirchen/Bayern: 250 Bürger*innen demonstrieren gegen die vorzeitige Aufstellung von Containern für rund 150 Asylbewerber*innen.
20.6., Berlin-Hellersdorf: Skinheads überfallen mit Feldspaten und Baseballschlägern fünf Personen, alle Opfer müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden.
26.6., Hamburg: Nach der Niederlage der bundesdeutschen Fußballnationalmannschaft kommt es in der Hamburger Innenstadt als auch auf St. Pauli zu schweren Auseinandersetzungen zwischen 200 Nazi-Hooligans und Passant*innen beziehungsweise der Polizei.
26.6., Neumünster/Schleswig Holstein: Unter Rufen von rassistischen Parolen greifen 250 Hooligans und Skinheads mit Biergläsern, Flaschen, Dosen und Pflastersteinen Passant*innen und Migrant*innen an. 25 Personen wurden verletzt, darunter vier Polizist*innen.
29.6., Nadrensee/Mecklenburg-Vorpommern: Nachdem sie die polnisch-deutsche Grenze überquert haben, werden die Flüchtlinge Grigore Velcu und Eudache Calderar in einem Kornfeld von Jägern erschossen.
29.6., Leipzig/Sachsen: Der Kreisvorsitzende des »Bundes der Vertriebenen« vom Kreisverband Leipzig fordert »eine asylantenfreie Stadt Markkleeberg«. Die Gelder für die Betreuung der Asylsuchenden sollten »besser zur pauschalen Entschädigung der Heimatvertriebenen« bereitgestellt werden.

Juli 1992

Mindestens elf Angriffe und Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, Unterkünfte für Asylbewerber*innen oder ähnliche Einrichtungen und dafür vorgesehene Gebäude in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

1.7., Neuruppin/Brandenburg: Neonazis schlagen den 50-jährigen obdachlosen Emil Wendland zusammen und erstechen ihn.
4.7., Herborn/Hessen: Maskierte Männer schlagen zwei Pakistani vor einem Wohnheim für Asylsuchende mit Stangen nieder, treten auf sie ein und verletzen sie mit Messerstichen in Brust und Oberschenkel.
8.7., Ostfildern-Kemnat/Baden-Württemberg: Bei einem Angriff zum »Polacken klatschen« auf ein Arbeiterwohnheim erschlagen Neonazis den 56-jährigen Sadri Berisha mit einem Baseballschläger.
15.7./16.7., Leipzig/Sachsen: Mit Baseballschlägern und Schrotflinten bewaffnet dringen Vermummte in die Wohnung eines vietnamesischen Ehepaars ein und schlagen einen 21-jährigen Vietnamesen brutal zusammen.
Mitte Juli: Im deutsch-polnischen Grenzgebiet gehen Gruppen von Neonazis »bürgerwehrähnlich« auf Menschenjagd.
18.7./19.7., Berlin: 20 Skinheads schlagen einen Polizisten zusammen und treten ihn mit Stiefeln an seinen Kopf und seinen Rücken.
19.7, Erfurt/Thüringen: Neonazis werfen halbe Schweineköpfe mit Drohungen gegen die jüdische Gemeinde und Schmähungen gegen den Vorsitzenden und Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland sowie Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, in den Garten der jüdischen Synagoge.
31.7., München/Bayern: Ein Italiener wird auf dem Hauptbahnhof niedergestochen, nachdem ein Unbekannter ihn zuvor gefragt hatte, ob er Ausländer sei.

August 1992

Mindestens 30 Angriffe und Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, Unterkünfte für Asylbewerber*innen oder ähnliche Einrichtungen und dafür vorgesehene Gebäude in Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Einige Gebäude brennen nieder.

1.8., Bad Breisig/Rheinland-Pfalz: Zwei Neonazis schlagen den 49-jährigen Dieter Klaus Klein zusammen und erstechen ihn mit einem Kampfmesser, nachdem er sich über den Lärm und die »Sieg Heil!«-Rufe beschwert hatte.
1.8., Thiendorf/Sachsen: Neonazis überfallen einen Reisebus mit dänischen Pfadfinder-Kindern, schlagen mit Knüppeln auf den Bus ein und werfen mit Flaschen und Steinen.
3.8., Stotternheim/Thüringen: Drei Skinheads schlagen Ireneusz Szyderski zusammen und treten mit Füßen auf den bewusstlos am Boden liegenden Mann ein. Wenig später stirbt Szyderski.
6.8., Hamburg: Rohrbombenanschlag auf einen Hamburger Pastor wegen seines Engagements für Flüchtlinge.
12.8., Oelixdorf/Schleswig-Holstein: Bewaffnete Mitglieder einer »Bürgerwehr« gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle streifen nachts durchs Dorf.
17.8./18.8., Schuld/Rheinland-Pfalz: Brandanschlag auf drei Wohnwagen einer 20-köpfigen Sinti-Familie, die zu der Zeit auf dem dortigen Schützenplatz lebt.
24.8., Koblenz/Rheinland-Pfalz: Ein bewaffneter Neonazi schießt mit einer großkalibrigen Pistole gezielt in eine Gruppe überwiegend junger Leute. Der 35-jährige wohnungslose Frank Bönisch stirbt, fünf weitere Personen werden schwer verletzt.
29.8., Berlin-Charlottenburg: Zwei Neonazis schlagen auf zwei Männer mit einem Baseballschläger ein und verletzen sie so schwer, dass der 58-jährige Günter Schwannecke später seinen Verletzungen erliegt.
30.8./31.8., Berlin-Tiergarten: Sprengstoffanschlag auf ein jüdisches Mahnmal.
30.8./31.8., Wunsiedel/Bayern: Skinheads überfallen sechs polnische Arbeiter in einem Wohncontainer mit Eisenstangen und verletzen eine Person schwer.

September 1992

Mindestens 151 Angriffe, Schüsse und Brand- bzw. Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsheime, Unterkünfte für Asylbewerber*innen oder ähnliche Einrichtungen und dafür vorgesehene Gebäude in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Einige Gebäude brennen nieder.

1.9., Ödenstockach/Bayern: Neonazis schleudern einen Brandsatz gegen ein fahrendes Auto.
4.9., Berlin-Weißensee: Unbekannte schänden den jüdischen Friedhof der Gemeinde Adass Jisroel.
4.9., Prenzlau/Brandenburg: 50 Personen verhindern die Unterbringung von Asylbewerber*innen in einer Schule, ein Bus wird durch Steinwürfe beschädigt.
8.9., Hamburg: Eltern blockieren die Zufahrt zu einer Grundschule, um den Bau eines Containerdorfes für Asylsuchende zu verhindern.
10.09., Stendal/Sachsen-Anhalt: Neonazis überfallen eine Klasse mit lernbehinderten Kindern und schlagen auf die Kinder ein.
14.9., Saarlouis/Saarland: Polizei verhindert im letzten Moment einen Anschlag mit einer Rohrbombe auf das Asylbewerber*innenheim, die Sprengkraft hätte ausgereicht, das dreistöckige Gebäude zu zerstören.
22.9., Brandenburg: 25 Skinheads greifen eine Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit an.
22.9., Region Erfurt/Thüringen: Auf einem Bundeswehrgelände trainiert eine neofaschistische Wehrsportgruppe mit Waffen den Sturm auf Flüchtlingsunterkünfte.
22.9., Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern: Das Innenministerium teilt mit, das Flüchtlingsheim in Wismar solle nach den tagelangen Attacken verlegt werden.
24.9., Löbach/Sachsen: Neonazis überfallen Polizeistationen in der ČSFR und erbeuten dabei Waffe.
25.9., Halle/Sachsen-Anhalt: Nach einem Konzert der »Benjamins« wird deren Schlagzeuger von mehreren Neonazis mit Baseballschlägern und Äxten überfallen und brutal zusammengeschlagen. Der Bus der Band wird demoliert.
25.9., Sachsenhausen/Brandenburg: Brandanschlag auf das Jüdische Museum des ehemaligen Konzentrationslagers.
25.9., Schwedt/Brandenburg: Brandanschlag auf ein China-Restaurant.
27.9., Senftenberg/Brandenburg: 80 vermummte Neonazis greifen die Polizeiwache an und errichten mit brennenden Autos und Müllcontainern eine Barrikade.
27.9., Halle/Sachsen-Anhalt: Ein 36-jähriger Vietnamese wird vor seinem Wohnhaus mit einem säbelartigen Gegenstand niedergestochen. Die Täter*innen umringen das Opfer und stechen ihm mehrfach in die Brust.

Oktober 1992

Mindestens 46 Angriffe, Schüsse und Brand- und Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsheime, Unterkünfte für Asylbewerber*innen oder ähnliche Einrichtungen und dafür vorgesehene Gebäude in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Einige Gebäude brennen nieder.

3.10., Südbrandenburg: Neonazis überfallen auf der Autobahn Cottbus-Berlin einen polnischen Kleinbus.
3.10., Schwandorf/Bayern: In einem Wald wird die Leiche eines Asylbewerbers entdeckt, der mit mehreren Schüssen getötet wurde.
3.10., Halle/Sachsen Anhalt: 30 Neonazis greifen eine antifaschistische Filmveranstaltung an, verwüsten die Einrichtung des Kinos und fünf Autos. Eine Frau erleidet schwere Kopfverletzungen, mehrere Personen Schnitt- und Kopfverletzungen.
5.10., Magdeburg/Sachsen-Anhalt: Neonazis überfallen einen Imbiss, schlagen auf die Gäste ein und demolieren die Einrichtung.
7.10., Karlsruhe/Baden-Württemberg: Auf dem Hauptfriedhof werden 15 jüdische Gräber geschändet.
8.10., Hanau/Hessen: Schüsse auf das Wohnwagenlager einer Sinti- und Roma-Familie. Ein Projektil durchschlägt eine Wagenwand.
8.10., Chemnitz/Sachsen: Angriff auf das örtliche Jugendzentrum.
11.10., Geierswalde/Sachsen: Neonazis provozieren vor einer Diskothek und schlagen Waltraud Scheffler mit einer Holzlatte auf den Kopf. Sie erliegt später ihren schweren Verletzungen.
11.10., Ortrand /Brandenburg: Überfall auf einen polnischen Kleintransporter, zwei Personen, die in dem Auto geschlafen hatten, müssen mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.
13.10., Metz/Frankreich: Deutsche Neonazis verprügeln einen 20-jährlgen Studenten und zwingen ihn, auf die Knie zu fallen und Hitler zu danken.
14.10., Schwedt/Brandenburg: Eine Gruppe von 20 Skinheads überfällt wiederholt polnische Tourist*innen und raubt ihre Einkäufe.
14.10., Saarbrücken/Saarland: Neonazis überfallen einen 60-jährigen Italiener und verletzen ihn schwer.
15.10.: Es wird bekannt, dass die neonazistische »Deutsche Alternative« den Aufbau eines »Mobilen Einsatzkommandos Ost« plant, das Aktionen planen, koordinieren und durchführen soll.
16.10., Leipzig/Sachsen: Eine Wachfrau eines Asylbewerber*innenheims wird niedergeschlagen und muss ins Krankenhaus gebracht werden.
17.10., Bad Freienwalde/Brandenburg: 50 Neonazis randalieren in einem Jugendclub und zerstören Einrichtungsgegenstände und einen PKW.
17.10., Hann. Münden/Niedersachsen: Die Firmenleitung eines Unternehmens droht der Stadtverwaltung mit der Schließung des Werkes, wenn in der Stadt eine Zentrale Anlaufstelle für Asylsuchende eingerichtet wird. Die Belegschaft schließt sich dieser Forderung an.
18.10., Plieningen/Baden-Württemberg: Zwei Skinheads überfallen eine Gaststätte, bedrohen den Wirt und drei Angestellte mit Waffen und rauben 12.000 DM.
19.10., Goldberg/Mecklenburg-Vorpommern: 100 Einwohner*innen und der Bürgermeister blockieren die Zufahrt zum Asylbewerber*innenheim. Die Aktion richtete sich gegen 40 Asylsuchende, die von der Polizei eskortiert in Bussen auf dem Weg zur Unterkunft sind.
21.10., Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern: 60 vermummte und mit Baseballschlägern bewaffnete Neonazis greifen 20 ausländische Student*innen an.
21.10., Ravensbrück/Brandenburg: Brandanschlag auf die Mahn- und Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers.
23.10., Überlingen/Baden-Württemberg: Auf dem Friedhof für die Opfer des Konzentrationslagers Dachau werden rund 50 Grabkreuze offenbar mit einem Vorschlaghammer abgeschlagen.
24.10./25.10., Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern: Nach einer antirassistischen Demonstration greifen Neonazis mit Baseballschlägern ausländische Student*innen in einem Klub an und verletzen eine Frau schwer. Anschließend attackieren sie ein Polizeifahrzeug mit Baseballschlägern, Steinen und Gasdruckpistolen.
27.10., Niederrad/Hessen: Ein 52-jähriger Deutscher sticht mit einem Messer auf einen 29-jährigen Türken ein und verletzt ihn an der Schulter.
31.10., Nordhausen/Thüringen: Neonazis greifen linke Jugendliche an und verletzen eine Person schwer.
31.10., Heide/Schleswig-Holstein: 30 Neonazis greifen Teilnehmer*innen einer antirassistischen Demonstration an und verletzen zwei Personen.
Ende Oktober, Gelbensande/Mecklenburg-Vorpommern: Bei einem Telefonanruf im Asylbewerber*innenheim droht der Bürgermeister, er werde »die Skins« holen , wenn man dort nicht endlich für Ordnung sorge.

November 1992

Mindestens 37 Angriffe, Schüsse und Brand- und Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsheime, Unterkünfte für Asylbewerber*innen oder ähnliche Einrichtungen und dafür vorgesehene Gebäude in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Einige Gebäude brennen nieder.

1.11., Jüterbog/Brandenburg: Drei Personen schlagen einen sudanesischen Asylbewerber zusammen und rauben ihn aus.

Stuttgart/Baden-Württemberg: Die städtischen Kindergärten werden angewiesen, in ihre Vormerklisten keine Asylbewerberkinder mehr aufzunehmen, soweit sie in Sammellagern leben.

3.11., Wuppertal-Barmen/Nordrhein-Westfalen: Zwei 13- und 14-jährige Schüler schänden den jüdischen Friedhof und verwüsten 90 Gräber.

4.11., Schauenburg/Hessen: Nachdem der Bauunternehmer und der Architekt von Reihenhäusern für 50 Flüchtlinge Morddrohungen erhalten haben, steigen sie aus dem Projekt mit einer Wohnbaugesellschaft aus und der Vertrag platzt.

5.11., Wolgast/Mecklenburg-Vorpommern: Zwei Jugendliche misshandeln einen 22-jährigen Südafrikaner, so dass er auf dem linken Auge erblindet, ein Schädeltrauma und zahlreiche Prellungen erleidet.

Neubrandenburg/Mecklenburg-Vorpommern: Ein 16-jähriges Mädchen wird von vier Jugendlichen geschlagen, weil sie für eine Ausländerin gehalten wird.

Frankfurt/Oder, Brandenburg: Brandanschlag auf das Studentenwohnheim der Europa-Universität »Viadrina«.

7.11., Kolpinsee/Brandenburg: Zwei Neonazis misshandeln den 52-jährigen wohnungslosen Rolf Schulze so schwer, dass er stirbt. Seine Leiche übergießen sie mit Benzin und zünden sie an.

7.11., Berlin-Lichtenfelde: Unter »Sieg Heil!«-Rufen stecken Jugendliche auf einem Kita-Gelände einen mit Papier gefüllten Container in Brand. Die Kita soll zur Unterbringung von etwa 100 Flüchtlingen aus Krisengebieten genutzt werden.

9.11., Rostock/Mecklenburg-Vorpommern: Etwa 40 Neonazis greifen mit Baseballschlägern eine Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht und gegen Fremdenhass an.

Köln/Nordrhein-Westfalen: Nach dem Konzert »Rock gegen Fremdenhass« entführen zwei Skinheads einen 27-jährigen Mann. Er wird 24 Stunden später mit Schnittverletzungen und Prellungen am Kopf in Metz freigelassen.

13.11., Wuppertal/Nordrhein-Westfalen: Zwei Skinheads verletzen den 53-jährigen Karl-Hans Rohn durch Tritte lebensgefährlich, übergießen ihn mit hochprozentigem Schnaps und zünden ihn an. Das sterbende Opfer transportieren sie im Wagen des Wirts über die Grenze in die Niederlande.

14./15.11., Kassel/Hessen: Brandanschlag auf eine Moschee.

21.11., Berlin-Friedrichshain: Neonazis erstechen den 27-jährigen Silvio Meier und verletzen zwei linke Jugendlichen schwer.

21.11., Wülfrath/Nordrhein-Westfalen: In einem Altersheim beschimpft und schlägt ein ehemaliger SS-Obersturmführer den 92-jährigen Holocaustüberlebenden Alfred Salomon wegen seiner jüdischen Herkunft. Salomon erleidet einen Herzinfarkt und stirbt.

23.11., Mölln/Schleswig-Holstein: Bei einem Brandanschlag auf zwei Wohnhäuser kommen Bahide Arslan, Ayse Yilmaz und Yeliz Arslan ums Leben. Neun weitere Menschen werden schwer verletzt. Die beiden Häuser brennen völlig aus.

23.11., Wiesbaden/Hessen: Der spätere Mörder von Walter Lübcke (CDU), Stephan Ernst, sticht in der Toilette des Hauptbahnhofs einen türkischen Imam nieder.

24.11., Bad Salzuflen/Nordrhein-Westfalen: Zehn maskierte Männer schlagen einen 49-jährigen Türken zusammen.

27.11., Berlin-Moabit: Brandanschlag auf zwei türkische Imbissstuben und einen türkischen Teppichladen.

29.11., Hannover/Niedersachsen: Neonazis schießen mit Signalmunition auf mehrere Libanesen.

30.11., Langenfeld/Nordrhein-Westfalen: Brandanschlag auf das Fachwerkhaus einer türkischen Familie. Das türkische Ehepaar und seine drei Kinder können sich in Sicherheit bringen.

#Stimmungen

Zwischen Vereinigungsrausch und Pogrom

Die Tage des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen waren nur ein Ereignis innerhalb einer Kette von rassistischen Mobilisierungen zu Beginn der 1990er Jahre. Ein Überblick zum damaligen Zeitgeschehen.

von Marcel Hartwig

Deutschland 1992: Helmut Kohl (CDU) ist Bundeskanzler. Immer noch. Jetzt, zwei Jahre nach der Vereinigung von DDR und BRD erleben er und seine schwarz-gelbe Regierung einen zweiten Frühling. Es sind die ehemaligen DDR-Bürger*innen, die große Hoffnungen auf seine Kanzlerschaft setzen. Seine vorangegangenen Auftritte in der im Untergang begriffenen DDR und dann in den neuen Bundesländern glichen einem Triumphzug. Zehntausende jubelten dem »Kanzler der Einheit« – wie die Medien ihn nennen – in den Städten Ostdeutschlands zu. Die Euphorie der Wiedervereinigung ist neben der Erwartung raschen Wohlstandes getragen von einer nationalistischen »Wir sind wieder wer«-Stimmung im Land. Migrant*innen und Linke bekommen dies auf der Straße in Form von Gewalt zu spüren. Die Zahl der rechten und rassistischen Gewalttaten schnellte schon davor in die Höhe. Die sich über Tage hinziehenden Angriffe auf Vertragsarbeiter*innen in Hoyerswerda 1991 gaben einen Hinweis auf das Potential dieser rechten Mobilisierung. Zugleich steht das Asylrecht unter Druck. In den Medien dominieren Sprachbilder von einer »Flüchtlingswelle« oder »Flüchtlingsflut« und dem »Boot« welches »voll« sei – dargestellt als amorphe Menschenmasse, die jeder Individualität enthoben ist. Die damals noch auflagenstarken Blätter wie Der Spiegel über die Bild-Zeitung bis zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung drucken die Bilder von rumänischen Roma-Familien, die kurz und rassistisch als »Zigeuner« apostrophiert werden.

Modi der Gewalt

In den Jahren nach 1990 etablieren sich in West- wie in Ostdeutschland Formen rassistischer Angriffe, die deren Ausübung ein Jahrzehnt lang dominieren. In Westdeutschland sind es tödliche Brandanschläge wie in Mölln, Solingen und Hünxe, welche die damalige öffentliche Wahrnehmung prägen. Im Osten hingegen sind es Massengewalt auf der Straße, Jagden auf Migrant*innen am helllichten Tag, ausgeübt von Anhängern (zumeist Männer) der damals dominanten rechten Jugendkultur. Eine effektive Strafverfolgung ist in den neuen Bundesländern nicht gegeben. Polizei und Justiz befinden sich im Umbruch, sind mit der Reorganisation ihrer Strukturen befasst. Betroffene dieser Gewalt wissen, was sie von der Polizei zu erwarten haben: nichts. Entweder die gerufenen Beamt*innen kommen erst gar nicht, ermitteln nachlässig oder betreiben Täter-Opfer-Umkehr. Politik und Medien ordnen die Geschehnisse verharmlosend als »Ausländerfeindlichkeit« oder »Fremdenfeindlichkeit« ein. Von Rassismus hingegen sprechen nur migrantische Akteur*innen und antifaschistische Initiativen.

Die extreme Rechte nach der Wiedervereinigung

Die Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung ist auch für die gesamte extreme Rechte eine Umbruchsituation. Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten sieht dieses Spektrum eines ihrer wesentlichen Teilziele erfüllt. Doch mit der in diesem Zusammenhang gekommenen Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze will man sich nicht abfinden. Der Zusammenschluss von DDR und BRD wird daher als Teilschritt auf dem Weg zu einem Großdeutschland inklusive deutscher Ostgebiete in Polen angesehen. Deutschland in den Grenzen von 1937 ist das Ziel. Im Spektrum des Neonazismus geben sich nicht wenige der völligen Illusion hin, die politische Dynamik des zeitgeschichtlichen Umbruchs in Deutschland ermögliche eine legale Wiedergründung der NSDAP.

Im rechtsintellektuellen Milieu dieser Jahre wird die Zeit nach 1990 als nationaler Aufbruch begriffen, der die Möglichkeit biete, das größer gewordene Deutschland geschichtspolitisch aus dem Schatten der NS-Vergangenheit zu lösen und die Anbindung an den Westen in Frage zu stellen. Es ist die Zeit, in der die geistigen Gründungsmanifeste erscheinen, die bis heute für dieses Spektrum prägend sind. Der Sammelband »Die selbstbewusste Nation« ist ebenso dazu zu zählen, wie Karlheinz Weißmanns Buch »Rückruf in die Geschichte« und der zuerst im Magazin Der Spiegel erscheinende Essay »Anschwellender Bocksgesang« von Botho Strauß. Gemeinsam ist diesen Schriften, dass sie für eine Renationalisierung der politischen Kultur der damals jungen Berliner Republik plädieren und hierfür eine Enttabuisierung der Legitimität einer politischen Rechten als Voraussetzung ansehen. Doch das Vorhaben scheitert, durch die angestrebte Diskursverschiebung die Kommandobrücken in den publizistischen Schlüsselorganen der Verlags- und Zeitungslandschaft zu übernehmen. Mit der Umstellung der Zeitung »Junge Freiheit« auf eine wöchentliche Erscheinungsweise ab 1994 hat sich das sogenannte neu-rechte Spektrum jedoch ein Selbstverständigungsmedium geschaffen, welches breiter wahrgenommen wird als damals in der Szene wichtige Zeitschriften wie »Mut«, »Nation&Europa« oder »Criticón«.

In ihrer organisatorischen Verfasstheit ist die extreme Rechte nicht auf die Wiedervereinigung und die nachfolgende nationale Euphorie vorbereitet. Die NPD befindet sich Anfang der 1990er Jahre in einer politischen Agonie und vermag von der nationalistischen Welle nicht zu profitieren. Neonazistische Kleinorganisationen wie die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei«, die »Nationale Liste« und die »Nationalistische Front« (NF) scheitern bis Mitte der 1990er Jahre mit dem Versuch, das aus den rassistischen Straßenmobilisierungen und der im Entstehen begriffenen rechten Jugendkultur entstandene politische Potential organisatorisch an sich zu binden.

Wiederkehr der Asyldebatte

Im zeitlichen Umfeld der rassistischen Gewaltwelle kehrt die Asyldebatte auf die politische Agenda zurück. Diese war in der Bundesrepublik bereits nach 1986 von konservativen und extrem rechten Akteur*innen mit dem Ziel geführt worden, das Asylrecht einzuschränken. Ein Ausdruck des rassistischen Charakters der damaligen Diskussion waren die Wahlerfolge der Partei »Die Republikaner«

»Asylanten stoppen – Deutschland den Deutschen« Kundgebung der NPD Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) am 11. Januar 1992 in Braunschweig. Unter ihnen der spätere NPD-Vorsitzende Holger Apfel.

vor der Wiedervereinigung in Westberlin und in Baden-Württemberg. Nach dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda im Herbst 1991 erhöhen CDU/CSU im Bund den Druck auf die SPD, einer Änderung und damit wesentlichen Einschränkung des Asylrechts zuzustimmen. Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 war es dann so weit: gegen erhebliche innerparteiliche Widerstände war die SPD bereit, dies mitzutragen.

Antifaschistische Antworten

Im Angesicht der Ausweitung des gesellschaftlichen Resonanzraumes für extrem rechte Politiken sind Antifaschist*innen auf der Suche nach Wegen, dem Rechtsruck und der damit einhergehenden exzessiven Gewalt Einhalt oder wenigstens Grenzen zu setzen. So waren Antifaschist*innen unter denen, die Asylunterkünfte vor Angriffen schützten und Geflüchteten im Falle von Angriffen halfen, in anderen Orten unterzukommen. Zudem entstanden mit der »Antifaschistischen Aktion Bundesweite Organisation« (AA/BO) und dem »Bundesweites Antifatreffen« (BAT) Organisierungen, welche die politische Arbeit zu verstetigen suchten. Antifaschismus hieß damals vor allem in Westdeutschland Busfahren. Ob »Rudolf Hess-Gedenkmärsche« oder Demonstrationen an Orten, in denen es zu schweren Gewalttaten gekommen war: Das Mittel der Wahl war die kollektive Anreise zu antifaschistischen Protesten und Demonstrationen.
Diese Organisationsansätze hatten später, Ende der 1990er Jahre, jedoch keinen Bestand mehr. Den alltäglichen Angriffen und der daraus resultierenden Hegemonie in ostdeutschen Regionen hatten sie auf Dauer kaum etwas entgegenzusetzen. Die Folge war, dass seither viele Engagierte diese Regionen für die Vision eines »normalen« Lebens verließen, Richtung Westdeutschland, Leipzig oder Berlin.

Ohne Internet und Smartphone

Allein die Kommunikation und die Erlangung von Informationen stellten in der Zeit vor der Verfügbarkeit des Internets eine Herausforderung dar. Ohne Telefon und Internet, Kontakt zu Betroffenen rassistischer Gewalt aufzunehmen, war ungleich schwieriger als heute. Informationen wurden über persönliche Kontakte vor Ort und über Zeitungsberichte beschafft. Echtzeitinformationen über Demonstrationen oder andere Geschehnisse waren undenkbar. Darauf reagierten Antifaschist*innen dort, wo es ihnen strukturell möglich war, mit der Einrichtung von Infotelefonen. Zu diesen Festnetzanschlüssen waren Anrufbeantworter geschaltet, auf denen Nachrichten hinterlassen werden konnten, die danach geprüft wurden. Ähnliches galt für Telefonketten, um im Falle von Neonaziangriffen Unterstützung zu mobilisieren. Auch regionale antifaschistische Zeitschriften entstanden zum Rechercheaustausch.

Die Frage der Gewalt

Bereits damals wurde Antifaschismus seitens der Sicherheitsbehörden mit der Ausübung von Gewalt in Zusammenhang gebracht. Innerhalb antifaschistischer Strukturen gab es immer wieder Debatten über die Legitimität von Gewalt gegenüber Neonazis. Militanz erschien autonomen Zusammenhängen als ein notwendiges Mittel, Neonazis in die Schranken zu weisen. Vielfach war die Situation jedoch so, dass Neonazis ihren Gegner*innen die Anwendung von Gewalt durch ihre Angriffe auf linke Zentren, Asylunterkünfte und Überfälle auf der Straße schlicht aufzwangen. Ein aktiver Selbstschutz war zwingende Voraussetzung, um sich in der Öffentlichkeit antifaschistisch zu betätigen, Konzerte oder Veranstaltungen überhaupt durchführen zu können, oder Bedrohte zu schützen.

30 Jahre später

Gewiss, die frühen 1990er Jahre liegen drei Jahrzehnte zurück und auch wenn viele Ereignisse und Debatten inzwischen vergessen sind, wirkt das Zeitgeschehen fort. Bis heute bestimmen Elemente rassistischer Mobilisierung und Versuche der Diskursverschiebung das Politikfeld der extremen Rechten. Zudem bauen die (Wahl)erfolge – zuerst der NPD und später der »Alternative für Deutschland« – wesentlich auf dem Vorlauf der damaligen Hegemonie auf. Nicht zuletzt lässt sich daraus für heute lernen, wie die extreme Rechte im Osten auf der Straße, in den Medien und in den Parlamenten agiert – und auf welche Weise dagegengehalten werden kann: mit langem Atem, strategischem Handeln und Solidarität.

#Reportage

»Schlimm, wie die gehaust haben«

Tausende Menschen beteiligten sich im August 1992 an den rassistischen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen. Fünf Tage dauerte die Gewaltorgie, ohne dass Polizei oder Politik eingriffen. Wenige Ereignisse der frühen 1990er Jahre verdeutlichen so offensichtlich die rassistische Stimmung jener Zeit, die sich in Gewalttaten, Übergriffen und Morden äußerte. Diese Reportage ist ein leicht bearbeiteter Nachdruck aus »der rechte rand«, Nr. 137/2012.

von Andreas Speit

Eine Fahrschule, ein Telefonanbieter, ein Heimeinrichtungsfachmarkt. Schön ordentlich ist es vor dem Haus mit dem großen Sonnenblumenmosaik. Schön ist der Rostocker Stadtteil Lichtenhagen in die Dienstleistungs- und Warenwelt eingebunden. »Nach der Wende wurden diese Geschäfte und die anderen Läden eröffnet«, sagt eine Rentnerin. Seit über 35 Jahren lebt sie mit ihrem Mann in der längst sanierten Plattenbausiedlung. Nach der Wende? »Ja, ja«, sagt ihr Mann. »Die Lebensmittelketten dahinter auch erst«, betont der Rentner. Gleich nach 1989? »Ja, glauben Sie es mal«, schiebt die Frau nach. Am 22. August 1992 standen hier aber noch keine Läden, sondern Neonazis und Nachbar*innen mit Bier und Molotow-Cocktails.

Spurensuche

Vor 30 Jahren griff ein Mob in der mecklenburg-vorpommerischen Stadt über mehrere Tage hinweg die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAst) und ein Wohnhaus mit Vietnames*innen in der Mecklenburger Allee 18 und 19 an. Eine Volksfeststimmung herrschte auf der Wiese, als Phuong Kollath mit ihren Mitbewohner*innen um ihr Leben bangte. »Das Feuer, der Rauch erinnerte mich an den Vietnamkrieg, den ich als Kind erlebt hatte«, sagte sie Jahre später gegenüber Spiegel-TV. Kein Hinweis, keine Gedenktafel zu den Ereignissen findet sich in dem elfstöckigen Plattenbau. »Ist doch lange her, damit haben wir doch nichts zu tun«, wiegelt ein junges Pärchen am Mittag beim Eisessen an einer Eisdiele im Sonnenschein ab. Über jene Tage möchten Anwohner*innen nicht so gerne reden. »Schlimm muss es gewesen sein«, sagt eine Frau mit Kind, bevor sie schnell in das Geschäft einer Lebensmittelkette verschwindet. Ein Mann, ein Bier in der Hand, raunzt: »Ich war dabei, und? Dann waren die endlich weg.« »Ach, das meinen Sie«, sagt die Rentnerin. »Da hatte es gebrannt«, erinnert sich ihr Mann und zeigt auf das Haus mit der Sonnenblume. »Aber glauben Sie mal nicht, was die Presse da so alles schrieb. Wir waren da, wir wissen, wie es war«, sagt er weiter. Seine Frau stimmt ihm zu, um gleich anderes zu sagen: »Vor der Wende mussten wir 100 Mark Miete zahlen, heute über 600 Euro und nichts wurde in der Wohnung gemacht. Der Arzt war früher kostenlos, jetzt müssen wir immer zahlen.« Erst ein diskretes mehrfaches Nachfassen bewegt das Rentnerpaar, »das« noch etwas zu erläutern. »Da war was los, schlimm, wie die vor dem Haus gehaust haben«, sagt er, und sie meint: »Erst waren die Kubaner da, dann die Vietnamesen, nun die Türken. Seitdem nur noch Mord und Raub.«

»Fahrt nicht rein«

Von der Innenstadt ist man über die Stadtautobahn schnell in Lichtenhagen. Am Abend des 22. August 1992, einem Samstag, fährt Andreas Meyer mit mehreren Leuten diese Strecke. »Wir wollten den Betroffenen der Angriffe helfen, das beenden, uns dem entgegen stellen – wie naiv. Wir hatten die Größenordnung unterschätzt«, sagt Meyer, der damals 19 Jahre alt war. Einer, der vorgefahren ist, winkt sie zuvor am Straßenrand raus: »Der war ganz aufgelöst und meinte: Fahrt nicht rein, da kommt ihr nicht lebend raus.«

Seit 1990 bestand in dem Wohnblock die Zentrale Anlaufstelle, bei der die Flüchtlinge ein mehrtägiges Registrierverfahren über sich ergehen lassen mussten. Im August 1992 waren die Räume völlig überfüllt und es fehlte an Personal. Rund 200 Flüchtlinge mussten ausharren. In ihrer Not lebten die Betroffenen, überwiegend Sinti und Roma, auf der Wiese, campierten tagelang im Dreck ohne lebensnotwendige Versorgung und sanitäre Anlagen. Einige krochen unter die Balkone in den Erdgeschossen des Häuserblocks. Im Stadtteil kam aber kein Mitleid auf. »Über die Ferkel, Drecksäue, die überall hinscheißen und pissen, wurde geschimpft«, erinnert sich Meyer. »Jetzt kommen auch noch die Zigeuner«, hieß es. In der Lokalpresse beschwerten sich zwei Wochen vorher Anwohner*innen über »die«. Die zuständigen Behörden reagierten nicht. Die örtliche Politik auch nicht.

Die Bilder zeigen Lichtenhagen im Sommer 2012 rund um das Sonnenblumenhaus.

Schon an dem Nachmittag jenes Samstages im August 1992 haben Neonazis und Nachbar*innen begonnen, die vor der ZAst im Freien ohne Versorgung ausharrenden Flüchtlinge anzupöbeln und zu schlagen. Mehr als 400 Menschen rotten sich zunächst auf der Wiese zusammen. Ein Polizist wird vermöbelt, ein Polizeiwagen angezündet. Aus ganz Rostock fahren Neonazis, »rechte Hooligans« nennt Meyer sie, in den Stadtteil. »Auf der Stadtautobahn hielten bewaffnete Neonazis Autos an, um zu schauen, wer drinnen sitzt.« Die Situation für die Flüchtlinge wird immer bedrohlicher.

Steine und Molotow-Cocktails

Am Samstag kommen immer mehr normale Anwohner*innen und offenkundige Rechte, um ihren »Unmut« laut kundzutun. »Wenn man die erste Phase des späteren Pogroms mit dem Wort ‹Unmut› überhaupt erfassen kann«, überlegt Meyer. Es wird gesoffen und gegrölt. In der Nacht zu Sonntag, dem 23. August, eskaliert die Situation. Überwiegend junge Rostocker*innen umzingeln den Plattenbau mit der Sonnenblume. Aufgestauter Hass auf die Ausländer*innen und Wut über die Auswirkungen der Wende brachen damals aus, glaubt Meyer. »Jetzt zeigen wir es den Ausländern mal, jetzt zeigen wir es Bonn, jetzt zeigen wir es Schwerin. Jetzt sind wir endlich wieder wer«, so war der Mob drauf, denkt Meyer, der seitdem in der antifaschistischen Szene mitwirkt. Unter Applaus der Nachbar*innen fliegen, als es dunkler wird, die ersten Steine auf die Flüchtlinge, werden die Fensterscheiben eingeschmissen. Bis in die Morgenstunden schleudern Neonazis Molotow-Cocktails gegen das Gebäude. Die Anwohner*innen applaudieren nur. Einer, so berichtete ein Reporter des Sterns damals, habe ihn stolz auf die Beteiligung seines Sohnes bei den Angriffen hingewiesen: »Der hängt sich richtig rein, um die Ausländer fertig zu machen.« Die Einsatzleitung der Polizei scheint völlig überfordert. Erst drei Stunden nachdem die ersten Brandsätze geflogen sind werden Wasserwerfer eingesetzt, 18 Stunden später wird Verstärkung gerufen. Die Polizei lässt dazwischen den Mob alleine weiter machen.

Magnet für die Neonaziszene

Am Mittag des 23. Augusts rottet sich die Meute vor der Wiese wieder zusammen. Spätestens jetzt sind Neonazis aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit dabei. »Der Event war ein Magnet für die Neonaziszene«, sagt Meyer. Ab Montag hätten die Kader die Impulse gegeben und das Knowhow für die folgenden Angriffe auf Polizei und Flüchtlinge mitgebracht. In den Tagen zuvor waren auch fast 100 000 Flugblätter einer Aktion »Rostock bleibt Deutsch« verteilt worden. Unter der Überschrift »Widerstand gegen die Ausländerflut« hieß es: »Heute haben wir sechs Millionen. Sie nennen sich Einwanderer und erzählen uns, Deutschland gehört jetzt ihnen.« Verantwortlich für die Aktion: Michael Andrejewski, heute in zweiter Legislaturperiode NPD-Landtagsabgeordneter in Schwerin. Im Deutschlandradio erklärte er 2007 zum Flugblatt ausweichend: »Da wird kein Bezug genommen auf dieses Asylbewerberheim, es wird nur generell von Ausländern gesprochen, es wird zur Gründung einer Bürgerinitiative aufgerufen.«

Angriff auf das Wohnhaus der Vietnames*innen

Am Sonntag senden Fernsehsender live die Bilder von der grölenden Menge. Erst am dritten Tag, am Montag, dem 24. August, werden die Flüchtlinge unter starkem Polizeischutz evakuiert. Über 3.000 Menschen sind vor dem Sonnenblumenhaus in Volksfeststimmung. Trotz des sich feiernden Mobs rückt die Polizei ab. In der Nacht wird aus der Menge heraus der Plattenbau Mecklenburger Allee 19 angegriffen. Hier leben rund 150 Vietnames*innen. Unter »Zugabe, Zugabe«-Rufen fliegen wieder Brandsätze. Die Notausgänge zum Nachbarhaus hatten Nachbar*innen verrammelt, mit Ketten verschlossen, berichteten später Thomas Eutin und Jochen Schmidt, die für das ZDF in dem Wohnheim waren. Eutin schreibt seiner Frau einen Abschiedsbrief. Er notiert: »Man will verhindern, dass diese lästigen Ausländer rüberkommen könnten.« Bei den Menschen aus Vietnam sind auch Antifaschist*innen. »Wir waren am Samstag fast paralysiert, diese Mobstimmung hatten wir nicht erwartet, dann organisierten wir uns, gingen eben auch zum Wohnheim, um Schutz leisten zu können«, sagt Meyer. Früh morgens huschen sie schnell unbemerkt ins Haus. Mit Hilfe von Antifa-Kalendern rufen sie Gruppen an, eine Mobilisierung ohne Handy und Internet. Im Stadtteil werden später Neonazis angegriffen. »An der ganzen Situation änderte es nichts«, sagt Meyer. Ein Molotow-Cocktail nach dem nächsten fliegt, Wohnungen und Balkone brennen. Mit Äxten und Baseballkeulen stürmen Randalierer*innen das Gebäude, Benzin für die Brandsätze wird kanisterweise herangeholt. Die Feuerwehr wird über Stunden gehindert, zu löschen. Stockwerk für Stockwerk flüchten die Flüchtlinge, Journalist*innen und Antifaschist*innen nach oben. »Wir versuchten, aufs Dach zu kommen. Das war verschlossen. Das waren sehr schlimme Minuten«, berichteten Eutin und Schmidt. Später gelingt es den Eingeschlossenen, das Dach zu erreichen. Gebückt können sie sich über ein Nachbarhaus retten. Eine Anwohnerin hilft ihnen. »Die Evakuierung der Flüchtlinge am Tag zuvor hat den Mob ermutigt«, glaubt Meyer.

Kontext: Asyldebatte

»Bis heute ist die Rolle der Politik bei den Angriffen und der Zusammenhang mit der Asyldebatte nicht aufgearbeitet worden«, sagt Stefan Ahorn, der in der Bildungsarbeit aktiv ist. Von bloßen Pannen der Zuständigen will der damals 18-Jährige nicht reden. Der Situation wurde die Möglichkeit zur Eskalation gegeben, mit der Intention, die damals heftige Asyldebatte zu befeuern, meint Ahorn. Mit dieser Meinung ist er nicht alleine. Jochen Schmidt wirft in seinem Buch »Politische Brandstifter« der Politik vor, die Krawalle inszeniert zu haben: »Rostock-Lichtenhagen war eine kontrollierte Eskalation des Volkszorns mit dem Ziel, die SPD zum Einlenken in der Asylfrage zu zwingen.« Keine Verschwörungsidee: Anfang der 1990er Jahre herrschte in Medien und Politik ein heftiger Streit über die Asylgesetzgebung. Schon vorher sprachen CDU und CSU immer mehr von »Wirtschaftsflüchtlingen« und »Asylbetrügern«. Nicht ohne Erfolg, von dem vor allem die extrem rechte Szene profitierte. »Die Republikaner« (REP) zogen ab 1989 mit über sieben Prozent in Landesparlamente und ins Europarlament. Ihr Plakat »Das Boot ist voll«, auf dem ein Schiff »Arche Deutschland« mit »Asylanten« überfüllt ist, wurde von ihnen ergänzt mit »bitte Original wählen«. In Lichtenhagen, weiß Ahorn noch, hing das REP-Plakat, »obwohl gar kein Wahlkampf war«. Im Jahr 1992 suchten über 440.000 Menschen in Deutschland Asyl – ein Höhepunkt der Entwicklung, der auch durch den Bürgerkrieg im früheren Jugoslawien bedingt war. Dass nicht einmal fünf Prozent der Flüchtlinge Asyl erhielten, beschwichtigte die Debatte nicht. Im Gegenteil, Edmund Stoiber (CSU), damals bayrischer Ministerpräsident, drohte der CDU, falls sie wie SPD und Grüne das Grundrecht auf politisches Asyl nicht ändern wolle, mit dem »Ende der Einheit der Union«.

In den Medien verdichtete sich nicht bloß bei Bild und Welt am Sonntag die Kritik am Grundrecht. Am 9. September 1991 titelte der Spiegel »Ansturm der Armen. Flüchtlinge – Aussiedler – Asylanten«. Auf dem Cover war neben der Überschrift ein Schiff mit schwarz-rot-goldenem Rumpf abgebildet, vom Zustrom bedroht. Eine Assoziation an das REP-Plakat »Das Boot ist voll« drängte sich auf. Am 19. April 1992 titelte der Spiegel erneut gegen das Grundrecht. Das Cover zierten die Aussagen »Asyl. Die Politiker versagen« und die Bildmontage von einem Sturm vermeintlich südländischer Menschen, die durch ein von deutschen Beamt*innen bewachtes Eisentor drängen.

Übergriffe und Morde

Auch einen anderen Erfolg konnte die rechtsradikale Szene in diesen Jahren feiern. Parallel zu der Debatte stiegen die Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und Angriffe auf Unterbringungen für Flüchtlinge an. Nicht bloß in Rostock-Lichtenhagen applaudierten die ganz gewöhnlichen Deutschen den tatkräftigen Deutschen. Vor dem Pogrom in Rostock, erzählt Ahorn, wären in seinem damaligen Wohnort Angriffe auf das Flüchtlingsheim üblich gewesen. Über CB-Funk hätten die Neonazis die Angriffe koordiniert. »Oft übernachteten wir bei den Betroffenen, nicht nur einen Angriff wehrten wir zusammen ab«, sagt Ahorn, der selbst von einem Neonazi zusammengeschlagen wurde. »Ich dachte, das war‘s, als ich zu Boden ging und die Tritte nicht aufhörten.« Keine zwei Wochen nach den Pogromen in Lichtenhagen erfolgten laut Spiegel alleine vom 5. bis zum 11. September 1992 über 40 Angriffe gegen Ausländer*innen und ihre Unterkünfte – von Brandanschlägen bis zu schweren Ausschreitungen. Am 23. November jenen Jahres zündeten Neonazis in Mölln zwei von türkischen Menschen bewohnte Häuser an, die zehn-

und vierzehnjährigen Mädchen Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan starben in den Flammen. Von 1990 bis 1992 töteten rechtsmotivierte Täter*innen allein 41 Menschen. Die Morde lösten eine breite gesellschaftliche Betroffenheit aus. Mit Lichterketten protestierten mehrere tausend Menschen gegen »Fremdenhass, Rechtsradikalismus und Antisemitismus«. Zeichen, die aber die Tonlage in der Asyldebatte kaum beeinflussten.

Abschaffung des Asylrechts

Am 25. August erklärte der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite: »Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird.« Zu der lebensbedrohlichen Situation der Betroffenen sagte der CDU-Politiker nichts. Die Reaktion ist für Jochen Schmidt ein Indiz von vielen, dass nichts ein Zufall war. »Die geschaffene Situation war für die Neonazis eine ideale Gemengelage – ein Elfmeter von der Politik, den sie verwandelten«, sagt Meyer. Ahorn führt weiter aus: »Und die Politik nutzte die rassistischen Ausschreitungen.« Noch während der Ausschreitungen nahm die SPD ihr Nein zur Änderung des Grundrechts auf Asyl zurück. Am 6. Dezember 1992 stimmten im Bundestag CDU, CSU, FDP und SPD für einen Asylkompromiss, mit dem das individuelle Grundrecht auf Asyl abgeschafft wurde.

Feindselig empfangen

»Nie wieder Deutschland« – die Kritik der radikalen Linken an dem nationalistischen Wiedervereinigungstaumel materialisierte sich. »Deutschland halt´s Maul«, wurde wieder zur Parole. Am 29. August 1992 demonstrierten rund 15.000 Menschen gegen die Ausschreitungen in Rostock. »Eine unglaubliche Medienhetze begann, jetzt kommen die linken Chaoten, hieß es«, sagt Meyer. An dem Samstag ging freilich, was Tage zuvor nicht möglich gewesen war. Kurzfristig hatte die Polizei offiziell 3.000 Beamt*innen im Einsatz, alle Zufahrtswege nach Rostock waren gesperrt, der Bahnverkehr eingestellt. Mit Hubschraubern wurden Polizeitrupps abgesetzt um Demonstrant*innen anzugehen. Tausende Menschen kesselten die Beamt*innen ein. »Wir wurden äußert feindselig empfangen«, sagt Ahorn. An diese Demonstration kann sich das Rentnerpaar auch erinnern. »Was da für Leute kamen«, sagt die Frau ablehnend und kopfschüttelnd.

#Abschieben

Ein Pogrom klingt nach

Zur Auslagerung der ZAst von Lichtenhagen an die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns.

von Cindy Hader

Drei Tage lang entladen gelangweilte Jugendliche, Neonazis und Anwohner*innen ihren rechten Hass im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen. Die Polizei greift nicht ein. Am Montag, den 24. August 1992 werden erst die Asylsuchenden der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern (ZAst), dann die vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen des in Brand gesetzten Wohnheims, dem sogenannten Sonnenblumenhaus, aus der Stadt geschafft. Kurz darauf gilt das Pogrom als beendet. Dass Diskriminierung, Gewalt und Rassismus für die Angegriffenen jedoch weitergehen, zeigt sich in der Auslagerung der ZAst aus dem urbanen Raum Rostocks in das ländliche Nostorf-Horst – ein Ort, der bis heute aus dem offiziellen Gedenken an das Pogrom ferngehalten wird.

Juni 1993: Knapp zehn Monate ist es her, dass sich tief verwurzelter Rassismus und Straßengewalt in Rostock-Lichtenhagen Bahn brechen, als der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) des Landes seinen Zwischenbericht veröffentlicht. Klären soll er politische Verantwortlichkeiten und polizeiliche Fehleinschätzungen während des Pogroms, um im Idealfall leicht verdauliche Erklärungen für rechte Gewalt in Ostdeutschland zu liefern. Was er jedoch komplett verfehlt: sich den Realitäten der Angegriffenen zu widmen.

Wie es für sie nach dem Pogrom weitergeht, findet weder im Zwischen- noch im Abschlussbericht des PUA Erwähnung. Auch dem Moment der Auslagerung – dem Einknicken der Staatsgewalt vor den rassistischen Gewalttäter*innen – werden auf 137 Seiten nur wenige Sätze gewidmet. »Mit vier Bussen wurden ca. 200 Bewerber auf Städte und Kreise verteilt«, heißt es dort zur Räumung der ZAst. An den darauffolgenden Leerzug des Wohnheims erinnert sich der Polizeieinsatzleiter Jürgen Deckert: »Dieser eine Bus ist meines Erachtens nicht voll gewesen, sodass in etwa 50, maximal 60 Vietnamesen abtransportiert wurden.«

Aber: Wer oder was wird »abtransportiert«? Dem Duden folgend, Möbelstücke oder Gefangene. Abtransportiert werden Objekte; oder Menschen, denen keine Subjektivität mehr zugebilligt wird. Ein Abtransport führt sie an mehr oder minder unbekannte Orte: Gefängnisse, Baracken, Notunterkünfte, Lager. Kurzum, an Orte, die symbolisch vermitteln: Du gehörst nicht (mehr) zum gesellschaftlichen Gefüge.

Die vietnamesischen Angegriffenen werden zunächst in eine Turnhalle im Rostocker Stadtteil Marienehe gebracht. Einige beginnen sich zu organisieren: Es ist der Gründungsmoment des späteren Vereins Diên Hông – Gemeinsam unter einem Dach. Nachdem der Vorschlag des Innensenators Peter Magdanz (SPD), die Bewohner*innen des Sonnenblumenhauses nur zehn Tage nach dem Pogrom wieder nach Lichtenhagen zu verlegen, abgelehnt wird, geht es für sie weiter in ehemalige Schullandheime außerhalb Rostocks. Die Unterbringung der Asylsuchenden aus der ZAst, bei denen es sich in erster Linie um Sinti*zze und Romn*ja aus dem ehemaligen Jugoslawien handelt, ist hingegen schwerer zu rekonstruieren. Auch, weil viele von ihnen vermutlich noch 1992 abgeschoben werden; erleichtert durch das Rücknahmeabkommen, das Deutschland kurz nach dem Pogrom mit Rumänien vereinbart.

Hinrichshagen und Nostorf-Horst: Eine stufenweise Auslagerung

Auf der politischen Agenda stand die Auslagerung der ZAst aus Rostock-Lichtenhagen schon vor dem Pogrom. Im Mai 1992 schloss das Innenministerium mit der Hansestadt eine Vereinbarung über die Nutzung der ehemaligen NVA-Kaserne in Hinrichshagen ab, einem ländlichen Stadtteil im Nordosten Rostocks. Die Inbetriebnahme verlief jedoch schleppend, bis die Gewalt in Lichtenhagen das nötige Druckmittel lieferte: Am 23. August 1992, noch während des Pogroms, wird Hinrichshagen als Außenstelle der ZAst offiziell in Betrieb genommen. Ob hier auch Asylsuchende aus Lichtenhagen unterkommen, geht aus den staatlich archivierten Berichten nicht hervor. Fakt ist lediglich die rasante Überbelegung des Lagers: Bereits 14 Tage nach dem Pogrom ist die für 600 Menschen konzipierte Kaserne mit über 900 Asylsuchenden weit über ihre Kapazitätsgrenze ausgelastet.

Die Reaktionen der in der Nähe zum Lager lebenden Anwohner*innen zeugen jedoch davon, dass eine Politik der Segregation das Rassismusproblem einer Gesellschaft nicht lösen kann. Ein Polizeibericht von September 1992 hält fest, dass »die Bevölkerung durchweg kein Verständnis für die Unterbringung der Asylbewerber in ihrer unmittelbaren Nähe hat. Es entwickelt sich erneut ein von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass geprägtes Spannungsfeld.« Dabei muss Hinrichshagen von vornherein als Übergangslösung verstanden werden: Die Kaserne gilt als zu klein und schlecht gelegen. In den Sommermonaten, so befürchten Polizist*innen, würde es zu viele Asylsuchende an die Touristen- und Badeorte ziehen. »Damit dürfte das Problem der ZAst wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit treten«, heißt es dazu in einem Bericht vom Februar 1993. Um das Lager zu erreichen, müssen Geflüchtete zudem weite Strecken entlang der Landstraße zurücklegen – ohne Fußweg oder Beleuchtung. Anfang 1993 werden hier zwei Rumän*innen von Autos erfasst und sterben. Ein weiteres Problem, das sich laut Polizeiberichten in der wärmeren Jahreszeit »öffentlichkeitswirksam potenzieren« werde.

Laut des bis März 1992 amtierenden Innenministers Georg Diederich (CDU) hatte das Land ohnehin eine andere Liegenschaft im Blick: Das Gelände der ehemaligen DDR-Grenzübergangsstelle Lauenburg/Horst, im westlichsten Zipfel Mecklenburg-Vorpommerns. Vor dem PUA bekräftigt er, die Landesregierung habe bereits »1991/92 einen Kabinettsbeschluss gefasst, nach dem die ZAst nach Horst in den Landkreis Hagenow zu verlegen war.«

*Transparent von Antifaschist*innen an der Fassade der ZAst von Lichtenhagen wenige Tage nach dem Pogrom.*

»Im Notfall müssen wir uns bewaffnen«

Die Liegenschaft in Nostorf-Horst gilt früh als Favorit für eine dauerhafte Auslagerung der ZAst aus dem urbanen Raum. Gleichzeitig werden weitere ländlich gelegene Kasernengelände begutachtet: unter anderem in Tramm, Goldberg, Bellin und Storkow. Dabei spielen nicht nur die Sanierungskosten eine gewichtige Rolle, sondern auch die Vorbehalte der Anwohner*innen und Lokalpolitiker*innen. Während von der Liegenschaft in Bellin abgesehen wird, da, laut dem PUA, »die Entwicklung des Tourismus und Fremdenverkehrs hätte Schaden nehmen können«, verhärten sich in Goldberg die Fronten dermaßen, dass sich Politiker*innen überparteilich gegen die ZAst stellen. Auch in Nostorf-Horst stoßen die Pläne des Landes auf vehemente Ablehnung. Hier erklärt ein Anwohner im Lokalblatt Der Anzeiger, dass »die Asylbewerber unweigerlich Chaoten aus dem Umland« anziehen und ergänzt: »Im Notfall müssen wir uns bewaffnen.« Die finale Entscheidung für die Liegenschaft in Nostorf-Horst fällt am 20. Oktober 1992, politisch gerahmt vom Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens. In Kraft getreten im Juli 1992, sieht dieses nicht nur die Zentralisierung aller beteiligten Behörden in Erstaufnahmeeinrichtungen vor, sondern auch die Beschleunigung der Asylverfahren und die Verkürzung der Klagefristen für Geflüchtete. In Nostorf-Horst lassen sich diese jüngsten Verschärfungen der aufkommenden asylrechtlichen Eiszeit am adäquatesten in Beton gießen: Das Gelände der ehemaligen Grenzkaserne befindet sich, so heißt es im Kabinettsbeschluss, »außerhalb einer unmittelbaren Ortslage« und bietet zudem auf rund 50.000 Quadratmetern ausreichend Platz für den Neubau von Unterbringungs-, Verwaltungs- und Verpflegungsgebäuden. Sprich, um eine Infrastruktur zu schaffen, die Geflüchtete vom Moment der Aufnahme bis zur möglichen Abschiebung an ein und demselben Ort isoliert.

An den Grenzen des Gedenkens

Die Einrichtung in Nostorf-Horst nimmt am 1. April 1993 offiziell ihren Betrieb auf. Bis heute können dort rund 650 Menschen zwangsuntergebracht werden, während die Landes- und Bundesbehörde zentralisiert und weitestgehend unbehelligt Asylgesuche verwaltet und 84 Arbeiter*innen für vier Dienstleister tagtäglich den Regelbetrieb aufrecht erhalten.

Die stufenweise Auslagerung der ZAst von Rostock-Lichtenhagen nach Nostorf-Horst zeugt von einer Politik, welche die Betroffenen rassistischer Übergriffe problematisiert und nicht die Gewalttäter*innen, die sie verüben. Eine Politik, in der Segregation nicht nur eine adäquate Antwort auf Rassismus ist, sondern zur Normalität wird. Erinnerungsdiskurse, welche die Verbindungslinien zwischen Lichtenhagen und Horst ausblenden, schreiben diese Annahmen fort und verkürzen rassistische Gewalt – in ihren institutionellen, psychischen und physischen Formen – auf fünf heiße Sommertage im August 1992. Sie ignorieren, dass Rassismus als das gesehen werden muss, was er ist: gegenwärtig - tief verwoben in unsere gesellschaftlichen Geflechte und eingeschrieben in das Selbstverständnis unserer Institutionen.

#Selbstorganisierung

»Lieber schnell weg in den Westen – hier ist es zu gefährlich!«

Geflüchtete waren in der ostdeutschen Transformationszeit täglich von rechter Gewalt bedroht. Dagegen entstanden Widerstände und Kämpfe, die heute oft vergessen sind.

von Stefanie Oster
und Johann Henningsen

»Zuerst war ich geschockt, wie furchtbar der Ort hier ist, wie eine Kaserne. Besonders in diesen Baracken hier ist das Leben armselig. Ich meine arm, am Tage haben wir nichts zu tun, keine Zeitungen, keine Bücher, keine Möglichkeit, die Sprache zu lernen. Nur Schlafen und Essen, wie Tiere.« So beschreibt Mimi in der Dokumentation »The truth lies in Rostock« (1993) die Situation im Sammellager Satower Straße. Die Interviewte war 1992 aus Schweden nach Deutschland abgeschoben worden und so schließlich nach Rostock gekommen. »Wir haben Angst, rauszugehen. Natürlich, es werden Leute draußen umgebracht. Wissen Sie, die Nazis sind überall«, fügt Mimi später im Interview hinzu.

Der Rahmen

Die Situation Geflüchteter in der ostdeutschen Nachwendezeit war gekennzeichnet von »unzumutbaren Unterkünften, Isolation, fehlender Beratung und Hilfe, mangelnder Versorgung und vor allem von Diskriminierung und Angriffen aus der Bevölkerung«, wie der Frankfurter Flüchtlingsbeirat im April 1991 schrieb. In den neuen Bundesländern wurde nach dem 3. Oktober 1990 die westdeutsche Politik der Isolation und Entrechtung Asylsuchender fortgesetzt. Die spezifischen Bedingungen der Transformationszeit verschärften die daraus entstehenden inhumanen Lebensumstände. Die für die Umsetzung der Asylpolitik zuständigen Behörden mussten innerhalb von wenigen Monaten komplett neu aufgebaut werden. Für die Betreuung Geflüchteter zuständig waren oft Verwaltungsmitarbeiter*innen, die mit dieser Arbeit keinerlei Erfahrung hatten. Staatliche und zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote wie Sprachkurse fehlten zunächst. Zudem gab es in Mecklenburg-Vorpommern kaum migrantische Communities, die neu ankommende Menschen hätten unterstützen können. Als Sammellager genutzt wurden leerstehende NVA-Kasernen oder Gebäude der DDR-Massenorganisationen, die meist in einem sehr schlechten Zustand und räumlich isoliert waren. Hinzu kam die oben beschriebene Bedrohung durch rechte Gewalt. Das äußert in »The truth lies in Rostock« auch Anka, die mit ihrer Familie aus Rumänien geflohen war und im Lager Gelbensande interviewt wurde: »Seit ich in Deutschland bin, habe ich Angst, umgebracht zu werden. So geht es auch meiner Tochter und meiner alten Mutter. Die ganze Zeit habe ich Angst, getötet zu werden.«

In Mecklenburg-Vorpommern gab es Anfang der 1990er Jahre fast täglich Angriffe auf Asylsuchende und Sammellager. Im März 1992 ermordeten in einem Lager in Saal, etwa fünfzig Kilometer von Rostock entfernt, rechte Jugendliche den rumänischen Geflüchteten Dragomir Christinel. Im Juli 1992 werden beim Grenzübertritt im vorpommerschen Nadrensee die beiden Rumänen Eudache Calderar und Grigore Velcu von Jägern erschossen. Auch das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen ist in diese massive Welle rassistisch motivierter Gewalt einzuordnen. Dies betont auch Romeo Tiberiade, der das Pogrom selbst miterlebt hat. In der Dokumentation Revision (2012) sagt er: »Dieses tragische Ereignis war kein Einzelfall. Es gab eine ganze Reihe solcher Vorfälle zu der Zeit. (…) Wenn sie einen von uns erwischten, in Gelbensande oder anderswo, schlugen sie ihn zusammen. Damals habe ich, wie viele andere Roma auch, darüber nachgedacht, zu verschwinden.«

Auf sich allein gestellt

Von der Polizei erhofften sich die Angegriffenen meistens keinen Schutz. Zu desolat war der Zustand der Sicherheitsorgane in der Transformationszeit, zu gering das Interesse an der Verfolgung rechter Gewalttäter*innen. Gegen die alltägliche Bedrohung durch rechte Gewalt setzten sich Geflüchtete teilweise selbst zur Wehr. Die im Lager Gelbensande Untergebrachten wehrten im August 1991 und im April 1992 Angriffe ab, ähnliche Berichte gibt es auch aus Güstrow, Greifswald und Neustrelitz. In Gelbensande entstanden nach den Angriffen, vermittelt durch die damalige Ausländerbeauftragte des Landkreises Rostock, Kontakte zwischen den Bewohner*innen und Aktivist*innen aus dem Rostocker Jugendalternativzentrum. Zur Unterstützung bei der Abwehr zu erwartender Angriffe und, um diese filmisch zu dokumentieren, organisierten die Rostocker Aktivist*innen an einigen Wochenenden »Schutzwachen« im Lager Gelbensande.

Auch bereits vor der Zwangsverteilung von Asylsuchenden aus Westdeutschland nach Mecklenburg-Vorpommern gab es Proteste. Wohl am bekanntesten ist der 18 Wochen lang dauernde »Flüchtlingskampf« in Neumünster, Greifswald und Norderstedt. Aus Protest gegen ihre Verlegung nach Ostdeutschland hatte eine Gruppe von 85 Geflüchteten im September 1991 die Anscharkirche in Neumünster besetzt. »Keine Abschiebung in die Ex-DDR« war ihr Motto. Nach Verhandlungen erklärte sich die Gruppe schließlich bereit, nach Greifswald zu gehen. In der dortigen Unterkunft wurden sie nach nicht einmal einer Woche von 200 Nazi-Hooligans angegriffen. Nach der Abwehr dieses Angriffs organisierten sie zusammen mit Unterstützer*innen aus Westdeutschland die Evakuierung und besetzten schließlich in Neumünster für fünf Monate erneut eine Kir-

»Dort droht uns der Tod«

Antifaschistische und antirassistische Demonstration am Wochenende nach dem Pogrom in Lichtenhagen.

che. Denn trotz der offensichtlichen Gefahr sollte die Gruppe wieder nach Greifswald gebracht werden. »Dort droht uns der Tod«, fasste einer der Geflüchteten die Situation zusammen. Neben diesem gut dokumentierten Kampf gibt es andere Fälle, über die nur sehr wenig bekannt ist. Einer von ihnen ist der Angriff in Güstrow-Bockhorst, bei dem am 24. Mai 1992 hundert Jugendliche ein Sammellager mit Brandsätzen und Steinen attackierten. Mindestens fünfzehn der Geflüchteten tauchten nach dem Angriff unter. »Lieber schnell weg in den Westen!«, so wird der 23-jährige Konstantin, der bei dem Angriff verletzt wurde, in der Mecklenburger Morgenpost zitiert.

Kaum erinnert wird bisher auch ein Fall, der sich nur wenige Wochen vor dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen in Bahlen, unweit der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein zutrug. Das dortige Sammellager war seit September 1991 mindestens vier Mal angegriffen worden. Die Angreifer*innen hatten unter anderem versucht, das Lager in Brand zu stecken, ein anderes Mal hatten sie es mit Schreckschusswaffen beschossen. Am 31. Juli 1992 schließlich griff eine Gruppe von vierzig Neonazis die Unterkunft mit Baseballschlägern und Brandsätzen an. Nach dem Brandanschlag flohen 140 der in Bahlen Untergebrachten über die Landesgrenze nach Lauenburg. Dort besetzten sie eine ehemalige Grenzkontrollstelle, die zum Sammellager umgebaut werden sollte. Außerdem organisierten die Geflüchteten mindestens eine Demonstration und forderten die Unterbringung im örtlichen Gemeindezentrum. Die politisch Verantwortlichen zeigten jedoch keine Einsicht – innerhalb einer Woche wurden 70 der »Doppelflüchtlinge« wieder nach Mecklenburg-Vorpommern zurückgebracht. Was mit den anderen passierte und ob sie beispielsweise noch andere Proteste organisierten, ist unklar. Bis auf eine Handvoll Artikel in der Lokalpresse gibt es über diesen Kampf keine Informationen.

In diesen Protesten und Kämpfen zeigt sich das Zusammenspiel aus institutionellem Rassismus in Form von Lagerunterbringung und Zwangsverteilungen, dem fehlenden Schutz durch die Sicherheitsorgane und der rechten Gewalt auf der Straße. Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen erscheint aus dieser Perspektive nicht als ein Ausnahmeereignis, sondern als Zuspitzung lebensbedrohlicher Zustände. Doch so wie sich die im Sonnenblumenhaus angegriffenen Vietnames*innen selbst schützten, gab es auch in anderen Teilen des Bundeslandes vielfältige Widerstände und Proteste von den Betroffenen selbst. Über diese ist heute viel zu wenig bekannt. Als Dimension nicht nur der »Baseballschlägerjahre« sondern auch der ostdeutschen Transformationszeit ist die Aufarbeitung dieser Fakten unbedingt geboten.

Stefanie Oster und Johann Henningsen arbeiten im Dokumentationszentrum »Lichtenhagen im Gedächtnis«

#Solidarität

Antiziganismus

Der Pogrom von Rostock-Lichtenhagen war der heftigste Ausbruch antiziganistischer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Die Hetze vieler Zeitungen und Politiker*innen gegen Rom*nja trug maßgeblich dazu bei. Allein die Solidarisierung von Jüd*innen gab Anlass zur Hoffnung und wurde von Initiativen in Frankfurt und Köln aufgegriffen.

von Stephan Wirtz

In und vor allem vor der ZAst in Lichtenhagen wurden zahlreiche Geflüchtete abgewiesen und ihrem Schicksal überlassen. Die Menschen mussten ohne Versorgung durch Essen und ohne Hygieneeinrichtungen im Freien übernachten. Vorschläge zur Verbesserung der Zustände, etwa die kurzfristige Unterbringung andernorts oder auch nur das Aufstellen von Dixie-Klos, wurden vom Rathaus und insbesondere von Innensenator Peter Magdanz (SPD) verweigert. Die sich daraus ergebenden Probleme wurden von Presse und Politik genutzt, um Position gegen die Schutzsuchenden und insbesondere gegen die notgedrungen vor den Häusern lagernden Rom*nja zu beziehen. Die Ostsee-Zeitung etwa schrieb am Tag vor Beginn der Krawalle, die Anwohner*innen seien bislang erstaunlich »besonnen« gewesen. Sie zitierte am 21. August 1992 drei Jugendliche, die ankündigten, dass »die Roma ›aufgeklatscht‹« werden sollen und berichtete weiter: »Die drei unterscheiden zwischen Asylbewerbern und Zigeunern (sic!). ›Mit den Fidschis (Vietnamesen) können wir gut leben‹, beteuern sie.« Doch schließlich wandte sich der rassistische Mob auch gegen Vietnames*innen.

»Das geht doch gegen jede deutsche Norm«

Die ethnisierende Perspektive auf die Zustände vor der ZAst wird von vielen Medien und Politiker*innen mit den Deutschen vor Ort geteilt. So hielten die Norddeutschen Neuesten Nachrichten am 8. August 1992 fest, die Rom*nja hätten »eine völlig andere Lebensart«, die den deutschen Anwohner*innen nicht zumutbar sei. Innensenator Magdanz behauptete am selben Tag in der Ostsee-Zeitung, dass »Ladendiebstähle in Rostock oft durch rumänische Zigeuner erfolgen« würden und dies »kein Geheimnis« sei. Und ein Anwohner formulierte den rassistischen Konsens von Mob, lokalen Medien und großen Teilen der Stadtverwaltung: »Wie die sich hier bewegen, das geht doch gegen jede deutsche Norm. Da sind wir Deutschen ganz anders für Sauberkeit für Ehrlichkeit.«

Roma sollen nach Rumänien!

Bereits während des Pogroms hatte Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) bei einer Pressekonferenz in Rostock gefordert, den »unkontrollierbaren Zustrom in unser Land« zu beenden. Parallel verhandelte die Bundesregierung über ein »Rücknahmeabkommen« mit Rumänien, welches bereits einen Monat danach in Kraft trat. Die Intention dieses Abkommens war eindeutig gegen asylbeantragende Rom*nja gerichtet.

Auch die Hetze gegen die Opfer des Pogroms ging weiter. So sprach der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul in klassischer Schuldumkehr im Magazin Der Spiegel von einer »Vergiftung des öffentlichen Klimas durch Roma und Sinti«.

»Die Juden müssen mit den Roma solidarisch sein«

Mit diesen Worten begründete Serge Klarsfeld die Fahrt einer Gruppe der »Söhne und Töchter der Deportierten« aus Paris nach Rostock, wo sie am 19. Oktober 1992 gegen das »Rücknahmeabkommen« protestierten. Mit Transparenten »Gestern vergast – heute deportiert« und »Nein zum deutschrumänischen Pakt« sowie einer Mahntafel forderten sie deutsche Verantwortung für die Überlebenden des Porajmos und ihre Nachfahr*innen ein. Alle 46 Teilnehmer*innen der Aktion wurden in Gewahrsam genommen, vier von ihnen sogar über einen längeren Zeitraum verhaftet. Die Rostocker Polizei zeigte damit, dass sie durchaus handlungsfähig war, wenn sie nicht gegen Neonazis und Rassist*innen, sondern gegen antirassistische Jüd*innen zum Einsatz kam.

Auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, besuchte als eine der wenigen bekannten Persönlichkeiten den Schauplatz des Pogroms und zeigte echte Anteilnahme. Im Gegensatz zu vielen Politiker*innen nahm Bubis die rassistischen Täter*innen nicht in Schutz, sondern erklärte mit Tränen in den Augen: »Man kann nicht darüber reden. Soziale Umstände sind eines und Gewalt ist wieder was Anderes. Die Menschen hier (die Flüchtlinge) können doch nichts für die sozialen Umstände.«

Solidaritätsaktionen in Frankfurt und Köln

In Köln und Frankfurt am Main solidarisierten sich hunderte Demonstrant*innen mit den inhaftierten französischen Jüd*innen in Rostock. Zugleich griffen sie die Initiative von Beate und Serge Klarsfeld sowie ihrem Sohn auf und brachten wortgleiche Tafeln am Rathaus und am Gesundheitsamt in Frankfurt an. Dort hatten Eva Justin und Robert Ritter, zwei Wegbereiter*innen des Porajmos, ab 1947 gearbeitet.

Schon länger hatte es Überlegungen für eine Mahntafel am Gesundheitsamt Frankfurt gegeben. Diese wurden intensiviert und nach jahrelangem Kampf konnte im Jahr 2000 eine Tafel offiziell eingeweiht werden.

Der Autor arbeitet beim Förderverein Roma e. V. in Frankfurt.

#Interview

»Die Menschen, die damals an der Straße gestanden haben, versuchen nach wie vor, jegliche Schuld von sich zu weisen.«

Juri Rosov, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Rostock, kam 1997 als Kontingentflüchtling nach Deutschland. Claudia Lübcke und Mark Mühlhaus sprachen mit ihm für »der rechte rand« über die Nachwirkungen des Pogroms von 1992 und das Gedenken an die Ereignisse.

drr: Juri, du bist fünf Jahre nach dem Pogrom in Lichtenhagen nach Deutschland gekommen…

Juri Rosov: Ja genau, ich bin am 5. August 1997 nach Rostock gekommen, mit meiner Familie – als jüdischer Kontingentflüchling.

Unter den Leser*innen des antifaschistischen Magazins »der rechte rand« sind ziemlich viele junge Leute. Und da die Ereignisse schon so lange her sind, würden wir gerne wissen, wie du die Stadt Rostock damals empfunden hast, als du herkamst?

Obwohl ich damals nicht so viel von Lichtenhagen wusste – ich habe natürlich was mitgekriegt, es war auch im ukrainischen Fernsehen zu sehen – reflektiert habe ich das damals wahrscheinlich nicht. Wir sind ins Aufnahmelager Schlagbrügge gekommen. Da waren wir einige Tage und am Ende wurden wir von der Sozialarbeiterin des Heims aufgerufen und uns wurde gesagt, dass wir in die Hansestadt Rostock müssen. Und ich erinnere mich an meine Reaktion: Ich war entsetzt! Ich hatte wirklich ein negatives Bild von Rostock als eine Stadt, wo es wirklich viele Probleme mit Neonazis gibt, wo ein Pogrom vor einigen Jahren war, deshalb war ich natürlich ein bisschen irritiert. Dann kamen wir nach Rostock, in ein Heim in Groß Klein. Das war auch in der Nähe, wir mussten nur über die Brücke gehen und dann haben wir schon das Sonnenblumenhaus gesehen. Und wir haben auch viele Geschichten gehört, wie das war, 1992. Aber sonst waren wir positiv überrascht: Rostock war friedlich, sommerlich, sonnig, alle Menschen waren nett. Wir haben überall russisch gesprochen und niemand hat uns beschimpft oder was Negatives gesagt. Wahrscheinlich hat jemand was gesagt, aber wir haben das nicht verstanden (lacht). Es war fast wie eine Euphorie, weil wir vom Meer zum Meer gekommen sind, von der Krim zur Ostsee. Plötzlich war das alles sehr friedlich und freundlich. Und da war ich beruhigt. Was Lichtenhagen betrifft: Das spürte ich auch recht schnell, dass Rostock ein Trauma mit Lichtenhagen hat. Im September 1997 haben wir unser erstes Jüdisches Neujahr hier in Rostock erlebt, das war in einer großen Halle in Lichtenhagen, die die Gemeinde gemietet hat. Und nach der Feier wurden die Gemeindemitglieder mit Polizeiautos nach Hause gebracht, weil an diesem Tag in Rostock eine NPD-Demo war. Ich glaube, jetzt wäre so was unmöglich: Sich vorzustellen, dass 60 oder 70 Personen von der Polizei nach Hause gebracht werden, nur weil irgendwo eine Demo läuft. Die Rostocker Stadtverwaltung oder Polizei, die haben sich damals viele Sorgen gemacht, wie das jetzt mit den Ausländern, Juden und so läuft. Eigentlich hat uns die Geschichte von Lichtenhagen immer begleitet in all diesen Jahren. Die war nicht immer so präsent, aber im Hintergrund.

Habt ihr damals darüber diskutiert, wer da angegriffen wurde und wer ihr seid? Das eine ist ja das Thema »Ausländer«, aber das andere sind ja Vietnames*innen, Sinti*zze und Rom*nja, Jüd*innen…

Ja, viele Rostocker*innen, mit denen ich in meinen ersten Jahren in Rostock gesprochen habe, haben mir damals erklärt: »Sie müssen verstehen, diese Geschichte hat mit Ihnen gar nichts zu tun.« Viele haben betont, dass es irgendwie falsch verstanden wurde, dass es nicht gegen Vietnames*innen gerichtet war, sondern eher gegen Sinti und Roma – die haben ein anderes Wort benutzt. Ich habe immer so ein Gefühl gehabt, es gibt zwei Erklärungen von den Rostocker*innen selbst: Eigentlich wollten viele Rostocker*innen sich von diesen Pogromen distanzieren. Sie erklärten erstmal: »Das waren nicht wir. Da sind irgendwelche Menschen aus anderen Städten und Regionen gekommen und da waren auch viele Wessis dabei und viele Nazis aus Hamburg.« Zweiter Punkt war: »Es war nicht gegen die Vietnames*innen, die waren hier schon seit Jahren, die sind fleißig und leise und gut. Da waren aber diese Sinti und Roma, die saßen da auf dem Platz, es war so schrecklich, alles war schmutzig, laut und so weiter.« Ich habe damals gespürt: Ich kann diese zwei Versionen nicht zusammenbringen. Wenn das nicht Rostocker*innen waren, warum muss man dann erklären, dass es gegen Sinti und

Roma war? Zum Beispiel sitze ich seit Jahren in einer Arbeitsgruppe »Gedenken«, die von der Bürgerschaft der Stadt ins Leben gerufen wurde und da wurde das Thema schon vor zehn, dann vor fünf Jahren und jetzt wieder besprochen. Ich habe das Gefühl, dass die Menschen aus Lichtenhagen immer dafür kämpfen, dass die Feierlichkeiten nicht dort stattfinden sollen. Die sagen immer, es sei besser, das in der Stadtmitte zu machen, also im Rathaus zum Beispiel. Es kommt immer wieder zu diesen Gesprächen, wonach die Lichtenhäger schon so stigmatisiert wären und wir müssen sie nicht weiter damit belasten. Ehrlich gesagt, das zeigt, dass die Geschichte nicht gut verarbeitet ist. Bei vielen Menschen. Ich habe schon von vielen gehört: »Am Ende spürst du immer: Nicht sie waren schuld, sondern diejenigen, die so viel Unordnung, Schmutz gemacht haben. Schuld habe auch die Stadtverwaltung gehabt, weil sie hat das zugelassen. Schuld haben auch die Nazis aus Hamburg und Lübeck gehabt… Aber sie selbst sehen keine Schuld.« Und das finde ich traurig. Und immer wieder diese Diskussion, wie soll man an dieses Pogrom erinnern: Muss da etwas in Lichtenhagen vor dem Haus gemacht werden oder woanders? Ich empfinde manchmal das Haus selbst als das Denkmal.

Das ist vielleicht ein guter Moment, zur nächsten Frage zu kommen. Ich weiß ja, dass du dich viel für Geflüchtete einsetzt, nicht nur für jüdische. Und zehn Jahre warst du Vorsitzender des Migrantenrates. Wann hast du denn angefangen aufgrund dessen, was du alles gesehen und erlebt hast hier, dich in dieser Stadt einzumischen, dich für andere einzusetzen?

Na ja, ich bin seit 2003 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde. Ich war zu der Zeit noch ziemlich jung und unerfahren. Aber ich hatte damals noch so viel Energie und ich ging in die Stadtpolitik mit der Idee, etwas Gutes für meine Gemeinde, aber auch die Stadtgesellschaft zu tun. In den ersten Jahren war mir wichtig, dass die Jüdische Gemeinde gut repräsentiert wird, dass wir genug Respekt bekommen. Und ich muss sagen, es gibt eine andere Seite von diesem Trauma Lichtenhagen in Rostock: Diese andere Seite, die für uns Ausländer positiv ist, ist, dass die Stadtverwaltung und auch die Stadtgesellschaft immer versucht haben zu zeigen, dass sie für Ausländer beziehungsweise Migrant*innen sind. Ich habe damals schon versucht, Kontakt zu anderen Migrant*innenorganisationen herzustellen, weil aus meiner Sicht die Gemeinde zu lange isoliert war. Es war ein bisschen die Politik des früheren Vorstandes, die ich falsch fand und immer noch falsch und auch gefährlich finde. Sie ist leider typisch für einige jüdische Gemeinden und Organisationen. Die Politik war so: »Wir sind Migranten, aber wir sind anders. Wir haben einen ganz besonderen Status. Wir sind Juden, aber mit deutsch-jüdischer Geschichte.« Ich habe damals bei einer Vorstandssitzung gesagt, dass wir mit dem Migrantenrat etwas zusammen machen müssen, damals war das noch der Ausländerbeirat. Die anderen haben mir geantwortet: »Was müssen wir? Müssen wir mit Afrikanern zusammen tanzen?« Das hat mich schockiert, nicht nur weil das rassistisch ist, sondern auch hochnäsig. Besonders bei unserer jüdischen Geschichte ist das sehr gefährlich – diese Idee, dass wir besser sind, dass wir anders sind. Das kommt oft von dieser religiösen Idee des auserwählten Volkes. Wohl alle Rabbiner betonen, dass das nicht bedeutet, dass ein Volk besser ist als andere. Es ist so, wie ein Klassensprecher in einer Klasse. Das bedeutet nicht, dass er besser als andere Schüler ist. Das bedeutet nur, dass er eine Aufgabe hat. Ich habe immer gesagt, dass wir das ändern sollten, zumindest in Rostock. Und 2010 wurde ich in den Migrantenrat gewählt und ich war sehr glücklich, dass die Gemeinde mich dabei unterstützt hat. Das war meines Wissens nach das erste Mal in Deutschland, dass der Vorsitzende einer Jüdischen Gemeinde zum Vorsitzenden eines Migrantenrates gewählt wurde. Und dann habe ich in diesen zehn Jahren sehr viel mit anderen Migrantengruppen gesprochen und gearbeitet und habe einiges verstanden. Erstens, dass wir – ob wir das wollen oder nicht – eine privilegierte Gruppe unter den Migrant*innen sind, weil wir es als jüdische Einwanderer viel, viel leichter hatten als alle anderen. Also wir müssen nicht diesen sehr schweren Weg über Asylbewerberheime und Gerichte gehen und diesen ewigen Kampf führen. Das blieb uns alles erspart, wir waren gleich willkommen. Das war mir und auch anderen Menschen hier in der Gemeinde nicht immer bewusst. Und in diesem Sinne habe ich versucht, das hier in der Gemeinde zu vermitteln und auch andere Migrantengruppen hier zu präsentieren, um mehr Verständnis zu bitten. Wir haben auch gemeinsame Veranstaltungen gemacht, speziell auch mit dem Islamischen Bund. Das war nicht immer leicht – aber ich habe versucht, diese Wogen zu glätten. Und zweitens den Bogen zurück: Ich habe nicht nur verschiedene Oberbürgermeister erlebt, auch viele Senatoren und Beamte – und ohne Ausnahme war ihnen wichtig zu zeigen, dass Rostock gegen Nazis ist, für Migranten offen ist. Ich will das auch nicht rosa malen: Es gibt viele Probleme. Aber dieser Wille hat, denke ich, sehr viel mit dieser Lichtenhagen-Geschichte zu tun. Genauso wie zum Beispiel das schlechte Bild von Rostock in anderen Städten – es wurde sehr stark von den Lichtenhagen-Ereignissen geprägt. Ich habe zehn Jahre lang im Jüdischen Theater gearbeitet und wir haben fast ganz Deutschland bereist mit unseren Gastspielen und ziemlich typisch im Westen war eine bestimmte Reaktion: Ich erinnere mich an Hamburg, da kam der dortige Rabbiner und hat gesagt, »Jüdisches Theater aus Rostock – unglaublich, aus diesem Nazi-Nest!« Er war absolut schockiert und konnte es nicht glauben – nicht nur, dass wir Theater spielen, sondern auch in Rostock überleben. Heute ist Rostock eher links als rechts, Rostock ist gegenüber der AfD nicht besonders empfänglich, das zeigen auch die Wahlen. Ich bin der Meinung, dass dieses Bild langsam keine große Rolle mehr spielt.

Wenn du mal auf deine Jahre des Engagements zurückguckst, welche Vereine, Strukturen oder Gruppen waren für dich besonders wichtig für die Auseinandersetzung mit Rassismus in dieser Stadt? Welche Weggefährt*innen waren vielleicht auch ganz entscheidend, haben andere Perspektiven eröffnet?
Es waren natürlich viele Menschen. Jonas (Anm. d. Red.: langjähriges Mitglied des Migrantenrates und politischer Aktivist) zum Beispiel hat mich sehr mitgerissen und geprägt mit seiner so klaren antifaschistischen Haltung. Er hat für mich eine sehr wichtige Rolle gespielt. Einige Wochen, nachdem ich Vorsitzender wurde, war ein Gerichtsprozess in Schwerin, wo sich entscheiden sollte, ob Jonas überhaupt in Deutschland bleiben kann. Da kamen wir mit einer großen Unterstützer*innengruppe aus Rostock zu diesem Gericht und Jonas hatte ein T-Shirt an, auf dem »Asylbetrüger« stand – er war überall in diesem Outfit unterwegs. Mir hat das auch gezeigt, welch schwierige Wege einige Menschen gehen müssen, die uns erspart bleiben. Und die »Antirassistische Initiative«, in der Jonas sehr aktiv war, hat mir das auch gezeigt. Ja, es gab viele Menschen und Organisationen, die diesen Weg in Rostock gingen. Ich muss sagen, dass ich nicht politisch so links bin, ich sehe mich selbst eher in der politischen Mitte, aber ich habe viel Respekt vor dieser Arbeit. Ich finde diesen Kampf gegen Nazis und für Gedenken gut, gerade in Deutschland. Das sollte auch parteiübergreifend passieren. Ob das wirklich so geschieht, bezweifle ich. Aber ich finde, dass einige Parteien, die sich als politische Mitte betrachten, oft diesen Kampf den Linken übergeben. Das ist falsch. Ich glaube, es muss wirklich einen breiteren Bund gegen Nazis geben.

Du hast es geschafft, alle Fragen, die ich noch hatte, eben schon zu beantworten! Ich habe aber noch eine Nachfrage: Wir reden jetzt von 30 Jahren Lichtenhagen, 25 Jahre bist du hier, seit 20 Jahren bist du aktiv … Gibt es etwas, was dich richtig geärgert hat? Was ihr nicht hinbekommen habt, wofür du gekämpft hast, was aber eine Niederlage war?
Es gibt Vieles. Ich finde es beschämend und sehe es als persönliche Niederlage, dass Rostock nach wie vor keine Moschee hat. Ich habe viele Jahre versucht, zu erklären, dass es überhaupt nicht gut ist, dass 400 Männer im Februar draußen im Hof beten müssen. Ich finde auch diese AfD-Argumentation in Rostock schrecklich – die wollen keine Moschee, weil das ein Zentrum für Islamismus werden könne. Denn es ist genau umgekehrt, weil aus verletzten, stolzen arabischen Männern viel schneller radikalisierte Islamisten werden können, wenn sie keine richtige Moschee haben. Wenn sie immer wieder hören, dass die Rostocker keine Moschee wollen, nicht hier, nicht dort und auch nicht da. Das finde ich wirklich traurig und beschämend. Und immer diese Versprechungen vom zweiten Oberbürgermeister… aber nach wie vor ist das nicht entschieden. Zumindest in meiner letzten Legislatur habe ich immer wieder versucht, über den Migrantenrat weiterzukommen, aber das hat nicht funktioniert und das ärgert mich am meisten.

Es geht jetzt schon los mit Veranstaltungen und Medienbeiträgen, die Stadtverwaltung, Bildungs- und Kulturträger, die Uni und viele andere bringen sich ein und auch viele Externe sorgen mit dafür, dass viel passiert zum Jahrestag. Das war ja zu den früheren Gedenktagen etwas anders. Was, denkst du, hat dazu geführt, dass jetzt nach 30 Jahren die Ereignisse von damals in dieser sehr vielfältigen, öffentlichkeitswirksamen Form aufgearbeitet werden?
Ehrlich gesagt habe ich meine Zweifel, dass viel anders geworden ist. Ich habe die Befürchtung, dass nach dem 25. August wieder alles vergessen wird. Es gibt auch die Diskussion in der Jüdischen Gemeinschaft über diese Erinnerungskultur. Viele jüdische Funktionäre sagen, die Deutschen erinnern an uns am 9. November, dann ein bisschen am 27. Januar… na ja, das wars. Irgendwie sind wir als Gesellschaft viel auf diese Jahrestage konzentriert. Am 25. August wird viel gesagt, aber ich habe die Befürchtung, dass es dann wieder in Vergessenheit gerät und nach 20 Jahren zum 50. Jahrestag wieder groß begangen wird. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass viele Rostocker*innen das noch nicht richtig verarbeitet haben. Die Menschen, die damals an der Straße gestanden haben, versuchen nach wie vor, jegliche Schuld von sich zu weisen. Obwohl es so viel Material oder gute Dokumentation gibt, ist das alles für die Menschen, die sich dafür interessieren. Eigentlich verstehen diese Menschen sowieso gut, was damals passiert ist und was das bedeutet. Aber wir können nach wie vor diese anderen Leute nicht erreichen und überzeugen. Rassismus ist wirklich keine Lösung. Und auch rassistische Bemerkungen sind schon unverzeihbar. Aber dass die Menschen, die damals mit den Ereignissen zu tun hatten, sich schämen – dieses Gefühl habe ich nicht. Sie versuchen sich weiter zu rechtfertigen und das finde ich fatal.

Vielen Dank für das Interview!

#KonformistischeRevolte

Im Namen des Volkes

von Merle Stöver

Dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen ging eine monatelange Hetzjagd gegen Asylsuchende voraus. In Leserbriefen und Zeitungsartikeln beklagten Anwohner*innen die Zustände auf der Wiese vor der »Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber« (ZAst), die meist nicht auf das politische Versagen, sondern auf ein essenzielles So-Sein der dort Ausharrenden zurückgeführt wurden, und drohten damit, die Sache selbst »in die Hand zu nehmen«, wenn »die Politik« nicht für Ordnung sorge.

Kommunal- und Landespolitiker*innen wiederum schoben die Verantwortung für das politische Versagen sowohl vor als auch nach dem Pogrom der jeweils höheren Ebene zu: Oberbürgermeister Klaus Kilimann betonte gegenüber der Ostsee-Zeitung (OZ), dass er dem Innenminister Lothar Kupfer Druck gemacht habe. Dieser wiederum erläuterte, dass er »höhere Gewalt: die Bonner Asylgesetzgebung« als Ursache des Pogroms ausmache. Denn diese, so sagte Kupfer, mache »den ungewollten, ungezügelten und unbeherrschbaren Asylbewerberstrom möglich.« (Norddeutsche Neueste Nachrichten, 26.08.1992) Einerseits stellten sich Politiker*innen in Stadt und Land als empathische Versteher*innen der Lichtenhäger*innen dar, andererseits betonten sie ihre Ohnmacht gegenüber der Regierung in Bonn. Noch am Abend vor dem Pogrom sagte der Rostocker Innensenator Peter Magdanz, dass er hoffe, »daß die Herren in Bonn bald aus ihrer Sommerpause aufwachen.« (OZ, 21.08.1992) Doch auch zahlreiche Bundespolitiker*innen beteuerten, dass ihnen die Hände gebunden und sie dem Asylgesetz ohnmächtig unterworfen seien. Nur eine Änderung des Grundgesetzes könne zu diesem Zeitpunkt noch helfen, um dem Chaos wieder Herr zu werden und die Ordnung wiederherzustellen.

Genau hier gilt es, hellhörig zu werden. Ausgerechnet in der Anwendung des geltenden Asylrechts soll demzufolge die Ursache für das Fehlen einer staatlichen Ordnung liegen: Das geltende Recht treibe den Staat förmlich in den Notstand und schade der eigenen Bevölkerung. Wenn nun also Leserbrief-Autor*innen und Lichtenhäger Anwohner*innen von der Politik forderten, die Ordnung wiederherzustellen, dann bezog sich dies meist auf die Abschaffung oder zumindest Verschärfung des Asylrechts und darauf, dass die Politik im Sinne der eigenen Bevölkerung handeln solle.

Konformismus der Rebellierenden

Die Deutlichkeit, mit der selbst Vertreter*innen des Staates dessen angebliche Schwäche zur Schau trugen, schienen die Angreifer*innen als Aufforderung zu verstehen, selbst tätig zu werden. Die Brandsätze, die sie im August 1992 auf die ZAst und das benachbarte Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen warfen, galten einerseits dem angeblich gesetzlosen Verhalten der Asylbewerber*innen und andererseits der vermeintlich untätigen Politik und dem Gesetz, dem das »Volk« ohnmächtig unterworfen sei. Ein Anwohner aus Lichtenhagen beschwerte sich im Juni 1992, dass die Zustände rund um die Einrichtung eine »Auswirkung der nicht zu Ende gedachten Asylantenpolitik [sei]. Es stinkt hier im Sinne des Wortes zum Himmel.« (NNN, 26.06.1992) Das Bild des Zum-Himmel-Stinkens ist eindeutig: In der Situation, wie sie im Frühjahr und Sommer 1992 vor der ZAst entstand, erkannte dieser Anwohner also den vermeintlichen Verrat der Politik am »Volk«.

Doch anstatt etwa vor das Rathaus oder den Landtag zu ziehen und dort beispielsweise für eine bessere Unterbringung der Asylbewerber*innen zu protestieren, waren im August 1992 mehrere tausend Menschen bereit, Seite an Seite mit Neonazis vor die ZAst zu ziehen und den Tod von Asylbewerber*innen und vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen zumindest in Kauf zu nehmen. Dieser Umstand gibt nicht nur Auskunft über die dem Rassismus und Antiziganismus inhärente Gewaltbereitschaft, sondern ebenso über den Konformismus der Angreifenden.

Denn einerseits trachteten die Angreifenden danach, gegen den Staat, der nicht im Interesse des »Volkes« handele, aufzubegehren. Dem stand andererseits das gleichzeitige Bedürfnis gegenüber, sich den Autoritäten zu unterwerfen und damit zu dem ersehnten Kollektiv der Deutschen zu gehören. In der konformistischen Revolte erfahren diese beiden ambivalenten Bedürfnisse Befriedigung –

In Rostock stehen sechs Stelen, die an das Pogrom erinnern sollen und an die Verantwortung unterschiedlicher Akteure. Im linken Bild, an das massive Falschverhalten vom Bürgermeister und Rathaus, im rechten Bild an die Hetze in den Medien, wie hier bei der Ostsee-Zeitung.

die Rebellion geschieht herrschaftskonform: Die Aggressionen, die eigentlich den Autoritäten gelten, werden mit deren Einverständnis gegen Schwächere gerichtet. Dieses Einverständnis muss dabei keineswegs in Form eines direkten Befehls gegeben werden, es genügt die Antizipation der Zustimmung, die angesichts der »Das Boot ist voll«-Rhetorik gegeben war.

Die konformistische Revolte verfolgt also keineswegs das Ziel, die Politiker*innen anzugreifen oder grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern vielmehr, sie zum Handeln zu zwingen. So ist auch eine Frau zu verstehen, die am Tag nach den Ausschreitungen in der OZ zitiert wurde: »Aber wenn die Herren Politiker jetzt endlich aufwachen und jeder – ob in Bonn, Schwerin oder Rostock – endlich seine verdammten Pflichten entdeckt, die ihm die Wähler auferlegt haben, hat das alles vielleicht einen Sinn gehabt.« (OZ, 26.08.1992)

Antiziganismus als Basis

Im Fokus der sich zuspitzenden Situation standen von Beginn an die ankommenden rumänischen Asylbewerber*innen. Bereits seit Monaten wurden diese in Zeitungsberichten, Äußerungen von Politiker*innen und in Gerüchten der Anwohner*innen kollektiv zu »Zigeunern« gemacht: Ihnen wurden Eigenschaften zugeschrieben, die sie zu einer gefährlichen Negativfolie der Vorstellung eines deutschen »Volkes« machten. Angeblich würden sie illegal und massenhaft über die Grenzen kommen, betteln, stehlen, verwüsten und zerstören. Diesen antiziganistischen Zuschreibungen, die die Berichterstattung sowie die politische Debatte dominierten, widersprach in der Dominanzgesellschaft niemand. Antiziganismus zeichnet sich durch eine kaum gebrochene Kontinuität in der deutschen Gesellschaft aus. Vor allem weil der nationalsozialistische Völkermord an den Rom*nja und Sinti*zze in den 1990er Jahren noch nahezu keine Aufarbeitung erfahren hatte, waren antiziganistische Ressentiments nicht tabuiert, sondern leicht abrufbar. In dem Angriff auf die rumänischen Asylbewerber*innen glaubten die Autoritären also, sich der Zustimmung der Herrschenden sicher sein zu können.

Erst während des Pogroms gerieten auch die vietnamesischen Nachbar*innen in das Fadenkreuz der Angreifer*innen: Gerät die Masse erst einmal in Bewegung, benötigt sie keinerlei Befehl oder Einverständnis mehr. Und so war jegliche zuvor betonte angebliche Differenzierung hinfällig: Im Pogrom gab es nun nur noch Deutsche und Ausländer*innen.

Nach dem Pogrom

Den Forderungen der Angreifer*innen von Lichtenhagen sowie der Verfasser*innen zahlreicher Kommentare in den Lokalzeitungen wurde schließlich von der bundesdeutschen Politik nachgegeben: Auf ihrem Parteitag im November 1992 gab die SPD ihre grundsätzliche Blockade gegen Asylrechtsverschärfungen auf. Der für eine Grundgesetzänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit stand nichts mehr im Wege. Am 6. Dezember 1992 einigten sich Union, FDP und SPD schließlich auf den Asylkompromiss. Die Neufassung des Artikels 16a des Grundgesetzes bot kaum noch legale Möglichkeiten, nach Deutschland zu kommen und Asyl zu beantragen. Mit dem Asylkompromiss wurde neben »sicheren Herkunftsländern« ebenso die »Drittstaatenregelung« beschlossen: Ein Asylantrag konnte so nur noch im ersten betretenen EU-Land gestellt werden, so dass eine Einreise nach Deutschland auf dem Landweg nahezu unmöglich wurde. Mit dem Beschluss über die umfassenden Verschärfungen war die vermeintliche Ordnung, die von den Autoritären über Monate beschworen wurde, wiederhergestellt.

Spätestens 2015, als »besorgte Bürger« bundesweit vor Geflüchtetenunterkünfte zogen, den Menschen »Wir sind das Volk!« entgegenbrüllten und Medien wie Der Spiegel nahezu dieselben Titelbilder wie 1992 hervorkramten, wurde die Erinnerung an Lichtenhagen wieder wach. Wie schon der Mob vor der ZASt 1992 forderten sie die Schließung von Unterkünften in Wohngebieten sowie Asylrechtsverschärfungen. Mit der Verharmlosung, sie als »besorgte Bürger« zu bezeichnen, ihnen zuhören und sie ernst nehmen zu wollen, wurde der Gesellschaft ein Bärendienst erwiesen. Denn offensichtlich dürfen Rechte in Deutschland brandschatzen und morden, das »Volk« sind sie dennoch – oder vielleicht gerade deswegen.

#Symbole

Von gefällten Eichen und nachhaltiger Gedenkkultur

von Kerstin Zimmermann

Erste Versuche, einen dauerhaften Erinnerungsort zu schaffen, gab es bereits wenige Wochen nach dem rassistischen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. Die »Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich« und der »Roma National Congress« brachten am 19. Oktober 1992 eine Gedenktafel am Rathaus an und besetzten die dortigen Räume der CDU-Fraktion. Beide Gruppen forderten ein Ende der Abschiebung von Rom*nja. Angehörige dieser Minderheit waren auch Ziel der rassistischen Gewalt in Rostock-Lichtenhagen. Nach dem Pogrom waren sie von Abschiebung bedroht. Die Bürgerschaft, das Stadtparlament der Hansestadt Rostock, ließ die Gedenktafel jedoch kurz darauf entfernen.

In den folgenden Jahren hielten vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen die Erinnerung an die Ereignisse wach. Erst zehn Jahre nach dem Pogrom bat der damalige Oberbürgermeister erstmals um Entschuldigung bei den Betroffenen. Es dauerte weitere zehn Jahre, bis die Hansestadt Rostock einen offiziellen Gedenkort einweihte. Das Ergebnis: eine Eiche direkt vor dem Wohnblock, vor dem 1992 Hunderte rassistische Parolen riefen, Brandsätze warfen, Tausende Beifall klatschten.

Der Deutschlandfunk zitierte vor der Pflanzung der Eiche den Ortsbeiratsvorsitzenden und Sozialdemokraten Ralf Mucha mit den Worten »Ich glaube die Initiative und viele um uns rum sind sich einig geworden darüber, dass wir keine Gedenktafel, keinen Gedenkstein setzen, also wir kein Symbol schaffen, was in Zukunft irgendwelche Angriffsziele bringt.«

Doch es kam anders. Nach wenigen Tagen wurde der Baum abgesägt. Auf der linken Plattform »linksunten/indymedia« bekannte sich eine »AG antifaschistischer Fuchsschwanz«: »Wir haben in der Nacht vom 28. auf den 29. August, gegen halb 2, in etwa einem Meter Höhe, die Eiche neben dem Sonnenblumenhaus abgesägt. Denn dieses Symbol für Deutschtümelei und Militarismus ist für die Menschen, die 1992 dem Mob in Rostock-Lichtenhagen ausgesetzt waren, ein Schlag ins Gesicht«, attestierte das Bekennungsschreiben.

In der Folge entbrannten die Diskussionen, welcher Baum denn statt der Eiche gepflanzt werden solle. Immerhin, Budget für einen zweiten Gedenkbaum sei da. Eine Trauerweide, die das Pogrom emotional einordnet? Ein Apfelbaum, dessen Früchte gemeinsam verzehrt werden können? Doch letztendlich entwickelte sich ein langwieriger Prozess, um es beim zweiten Versuch »richtig« zu machen. Denn einfach mit der Pflanzung eines anderen Baumes ließ sich der Streit um die Erinnerung an das Pogrom nicht beilegen.

*Eine Stele direkt vor dem Sonnenblumenhaus erinnert an den Mob von Nachbar*innen und Neonazis . Eine andere mit dem Namen »Staatsgewalt« erinnert an das Nichtverhalten der Polizei gegen die Täter*innen.*

Kunst und Symbolpolitik

Die Rostocker Bürgerschaft beschloss 2012 die Gründung der »Arbeitsgruppe Gedenken«. Vertreter*innen der Fraktionen, der Verwaltung und der Stadtgesellschaft kamen darin erstmals zusammen, um eine angemessene und würdige Form des Erinnerns an das Pogrom zu finden. So wurde schließlich ein Kunstwettbewerb ausgelobt. Entstehen sollte ein Entwurf »des dezentralen Erinnerns und Mahnens«. Aus knapp 90 Konzepten entschied sich eine Jury für den Entwurf »Gestern Heute Morgen« der lokalen Künstler*innengruppe SCHAUM. 25 Jahre nach dem Pogrom, im Jahr 2017, wurde das Denkmal eingeweiht. An fünf Erinnerungsorten in Rostock wurden verschiedene Perspektiven auf die rassistischen Angriffe dargestellt: Die Verantwortung von Politik, Selbstjustiz, Staatsgewalt, Medien und Gesellschaft wurden an verschiedenen Orten adressiert.

Besonders die Stele »Selbstjustiz« vor dem sogenannten Sonnenblumenhaus ist schon wegen ihres Namens bis heute umstritten. Die Künstler*innen wollen damit auf die andauernde Bedrohung durch rechte Gewalt aufmerksam machen. Kritiker*innen befürchten hingegen, dass mit dem Titel der Plastik eine Scheinlegitimierung des Pogroms assoziiert wird. Der Konflikt um diese Stele war damit aber nicht beendet. Auf der Oberseite der Stele lag lose ein Stück einer zerschmetterten Gehwegplatte, ähnlich denen, die beim Pogrom als Waffe genutzt wurden. Der Gesellschaft wurde die Entscheidung überlassen, was mit diesem Stein geschieht. Bereits drei Tage nach der Einweihung des Gedenkorts wurde er entwendet. An der Stele am Tatort von 1992 ist heute lediglich der Negativabdruck des Steins sichtbar.

Erinnerungskultur leben

Keine der fünf 2017 eingeweihten Stelen widmete sich den Betroffenen, welche 1992 in Lichtenhagen angegriffen wurden. Erst durch die Initiative von und Finanzierung durch interkulturelle Akteur*innen aus Rostock wurde ein Jahr später die sechste Stele »Empathie« eingeweiht – und damit diese zentrale Perspektive öffentlich sichtbar.

Dieser nachträglich geschaffene Gedenkort ist tatsächlich zum Symbol des aktiven Erinnerns, der inhaltlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Pogrom geworden. Die Stele »Empathie« am Doberaner Platz wird inzwischen regelmäßig genutzt, um zu gedenken und zu mahnen. Bei Kundgebungen gegen Rassismus und Antisemitismus werden Kerzen und Blumen am Fuß des Erinnerungsortes abgelegt.

Die Stelen werden von Rostocker Bildungsträgern darüber hinaus für erinnerungspädagogische Angebote genutzt. Der Verein Soziale Bildung und die Evangelische Akademie der Nordkirche etwa bieten Stadtrundgänge anhand der dezentralen Gedenkorte an. Desweiteren hat Soziale Bildung e. V. eine ausführliche Webdokumentation veröffentlicht, in der multimediale Informationen zu den Stelen gesammelt sind.

Bildungsträger machen seit Jahren darauf aufmerksam, dass die Stelen im öffentlichen Raum nicht selbsterklärend wirken. Sie wünschen sich mehr Informationen und mehr Kontext zu den Mahnmalen, die direkt an den Gedenkorten sichtbar sind, etwa in Form von Informationstafeln oder QR-Codes. Bisher verweisen lediglich schlichte, in den Boden eingelassene Platten auf eine begleitende Internetseite des Kunstprojekts.

Fünf Jahre nach der Einweihung des dezentralen Mahnmals wird deutlich: Das Gedenkkonzept muss gemeinsam mit der Stadtgesellschaft weiterentwickelt werden, um zeitgemäß zu bleiben. Die Leitfrage sollte lauten: Wie können die Stelen und ihr Umfeld so gestaltet werden, dass Passant*innen die Möglichkeit bekommen, sich vor Ort inhaltlich mit dem Pogrom auseinanderzusetzen?

Folgerichtig fordert das Bündnis »Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992« anlässlich des anstehenden 30. Jahrestages »[e]ine partizipative und inklusive Gedenkkultur«, in die zivilgesellschaftliche Akteur*innen nachhaltig einbezogen werden.

#Deutungskämpfe

Die Eiche und der ›antifaschistische Fuchsschwanz‹

von Tanja Thomas
und Fabian Virchow

Als die Eiche im Stadtteil Lichtenhagen gepflanzt werden sollte, wartete man im Rahmen der Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag des Pogroms auf den Bundespräsidenten, der eine Rede halten sollte. Neben der Eiche wurde eine kleine Tafel angebracht. Darauf steht Artikel 1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen.« Eine dezidierte Bezugnahme auf die Erfahrungen und Perspektiven der im Laufe des Pogroms Angegriffenen findet sich ebenso wenig wie ein Verweis auf die rassistische Motivation der Täter*innen.

2012 war also am 26. August dieser Baum gepflanzt worden – als Teil von erinnerungspolitischen Aktivitäten angesichts des 20. Jahrestages des Pogroms, das als Fanal rechter Gewalt und Ereignis von großer Tragweite anzusehen ist, da es in die historisch signifikante Einschränkung des Anspruchs auf Asyl und damit eine Grundgesetzänderung mündete. Die Eiche stand nur kurz. Zwei Tage nach der Pflanzung wurde sie abgesägt von einer Gruppe mit dem selbstgewählten Namen ‹Antifaschistischer Fuchsschwanz›.

In einer Erklärung erläuterte die anonym bleibende Gruppe, sie habe in der Nacht vom 28. auf den 29. August die Eiche in etwa einem Meter Höhe abgesägt, da Eichen als »Symbol für Deutschtümelei und Militarismus (…) für die Menschen, die 1992 dem Mob in Rostock-Lichtenhagen ausgesetzt waren, ein Schlag ins Gesicht« seien. Ergänzend wurde formuliert, dass sie »in der Zeit des Nationalsozialismus als sogenannte Hitlereichen gepflanzt« worden seien. Schließlich wurde in der nur wenige Zeilen langen Erklärung kritisiert, dass »ausgerechnet Joachim Gauck, der Sarrazin einen mutigen Mann nennt und der Meinung ist, dass das Wort Überfremdung legitim sei, auf einer der Veranstaltungen reden durfte«. Dies zeige, »wie fehlerhaft und falsch der momentane Ansatz einer offiziellen Aufarbeitung in Rostock ist«. Im Schlusssatz hieß es schließlich: »Dass zwei Mitgliedern des deutsch-afrikanischen Freundeskreises Daraja e. V. trotz offizieller Einladung und ohne Begründung der Einlass zu dieser Gedenkveranstaltung verwehrt wurde, setzt dem Ganzen nur noch die Krone auf.«

»Die Schwierigkeit, eine glaubwürdige Erinnerungskultur zu etablieren«, so kritisierte auch Kien Nghi Ha, »fängt schon bei der Frage an, wem eigentlich zugestanden wird, für wen in diesem Rahmen zu sprechen«. Ha problematisiert, die Veranstalter*innen hätten Betroffene aus der vietnamesischen Community erst auf deren Anfrage, sehr kurzfristig und ohne Rederecht, zur offiziellen Gedenkfeier mit dem Bundespräsidenten eingeladen. Auf die Idee, etwa den Zentralrat der Sinti und Roma als Vertretung für die tagelang angefeindeten und später abgeschobenen Rom*nja anzufragen, sei offenbar niemand gekommen. Ha kritisiert seither immer wieder, dass die dominante weiße Kultur und ihre Mitglieder sich dieses Recht einfach nehmen, während die Stimmen der People-of-Color-Opfer kaum zu vernehmen sind.

Ha war einer derjenigen, die am 25. August 2012 im Rahmen der Abschlusskundgebung einer großen Demonstration vor Ort das Wort ergriffen und ihre Kritik formulierten. Explizite Kritik auch an der Eiche wurde bereits während der Demonstration artikuliert, die im Laufe dieses Tages unter der zentralen Botschaft »Rassismus tötet« mit über 5.000 Teilnehmenden stattgefunden hatte: Es fanden sich Transparente, auf denen – illustriert etwa durch zwei gekreuzte Äxte (je eine in Rot beziehungsweise Schwarz) – zum Fällen der Eiche aufgerufen worden war. Verfolgt man die Zuschreibungen und Handlungspraxen, die es um die Eiche im Verlauf der Jahrtausende gegeben hat, erkennt man ihre symbolische Aufladung: So galt die Eiche bereits in der griechischen Antike als Baum des Zeus, des Herrschers der Götterversammlung. Im Römischen Reich sah man in der Eiche das »goldene Zeitalter«. Die nordische Mythologie verband mit dem Baum sowohl kämpferische als auch sorgende Eigenschaften. Im Kontext der Entstehung eines deutschen Nationalstaates 1871 erhielt die Eiche einen festen Platz in der deutschen Symbolsprache und wurde als Referenz für die »vereinte Nation« aufgerufen. Das Eichenlaub fand sich auf Hoheitszeichen und Orden sowie an deutschen Ehrenmälern. Der Eiche wurde »überdauerndes Sein« zugeschrieben. Im Nationalsozialismus wurde das Eichenlaub Teil der NSDAP-Parteisymbolik, die NS-Propaganda stellte zahlreiche Referenzen her. Als Hitler nach dem Putschversuch vom November 1923 in Landsberg in Festungshaft einsaß, pflanzte er dort 1924 eine Eiche. Die symbolische Indienstnahme hatte im Nationalsozialismus Bestand: Nachdem die Nazis die Macht übernommen hatten, wurden in vielen Orten des Deutschen Reichs »Hitler-Eichen« gepflanzt. Vereinzelt wurden auch damals schon frisch gepflanzte Bäume von Unbekannten herausgerissen. Johannes Zechner betont: »Die Aufladung der Eiche mit kriegerischer Bedeutung fand im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt. (…) Die fest verwurzelten Deutschen gegen die rastlosen Nomaden aus den östlichen Steppen und das heimatlose jüdische ‹Wüstenvolk›. Ab dem Jahr 1938 verbot man jüdischen Menschen sogar das Betreten deutscher Wälder.«

Die Aktion der antifaschistischen Gruppe löste Kontroversen aus: Der damalige Leiter des Kolping-Begegnungszentrums in Rostock-Lichtenhagen, Rainer Fabian, zeigte sich sehr empört über die Aktion und die damals amtierende Oberbürgermeisterin Dr. Liane Melzer postulierte: »Eine Eiche kann weder rassistisch noch ausländerfeindlich sein.« Hingegen verwies das Bündnis ‹20 Jahre nach den Pogromen – das Problem heißt Rassismus› darauf, die Kritik daran, dass mit der Eiche eine durch Militarismus und Nationalsozialismus symbolisch vorbelastete Gattung gepflanzt worden war, sei bereits im Vorfeld und auch im Rahmen der erwähnten Demonstration am Vortag der Pflanzung zu hören gewesen. Die Bürgerschaftspräsidentin Karina Jens jedoch hatte diese Kritik kommentiert mit den Worten: »Wir können uns doch nicht auch noch unsere Flora und Fauna nehmen lassen.«

Anhand der Aktivitäten zum 30. Jahrestag des Pogroms wird sich erweisen, ob und in welchem Maße erneut eine weiße Gedenkkultur und die Reproduktion rassistischen Wissens wiederholt wird, ob dies durch ein Nebeneinander von offiziellen und alternativen Erinnern erneut irritiert wird oder tatsächlich ein Perspektivwechsel gelingt, der die Erfahrungen und Stimmen der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt und Wege aufzeigt für ein angemessenes Erinnern in einer Gesellschaft der Vielen.

Die Eiche steht damit stellvertretend für konkrete Kontroversen um die Praktiken eines ‹Doing Memory› an rechte Gewalt. Markiert wird mit dem Begriff ‹Doing Memory›, dass Erinnern und ‹Vergessen› als permanentes (partielles) Neu- und Überschreiben von Vorstellungen über die Vergangenheit aufgefasst werden kann. Wie Vergangenheit aktualisiert wird, lässt uns erkennen, wer welche Deutungen der Vergangenheit zum Bezugspunkt für gesellschaftliches Selbstverständnis für die Gegenwart und Zukunft macht und wer über die (Macht-)Ressourcen verfügt, die eigenen Deutungen als maßgeblich durchzusetzen. Interventionen und Konflikte wiederum sind dann besonders geeignet, um zu erkennen, wer machtvoll durchgesetzten Vergangenheitskonstruktionen mittels welcher Ressourcen widerspricht und wo sich Ansätze erkennen lassen, bestehende politische Ordnungen zu verändern.

Hegemoniales ›Doing Memory‹

Mit besonderen Erwartungen war der Rede des damaligen Bundespräsidenten Gauck entgegengesehen worden, der 1940 in Rostock geboren ist. Nach einer zunächst erfolglosen Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten, zu der es 2010 aufgrund einer Initiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gekommen war, wurde der ehemalige DDR-Bürger*innenrechtler und frühere Pastor nach dem Rücktritt von Christian Wulff (CDU) am 18. März 2012 von der Bundesversammlung gewählt. Die Rede von Gauck in Rostock im August 2012 lässt deutlich werden, auf welche Weise das Gedenken am 20. Jahrestag etablierte Deutungen eines hegemonialen Postwende-Selbstverständnisses artikuliert: Während im Jahr 2002 der damalige Oberbürgermeister Arno Pöker im Rahmen einer städtischen Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag des Pogroms noch mahnte, »das Geschehen nicht als Geschichte abzutun, sondern als Herausforderung für Gegenwart und Zukunft aufzunehmen«, plädierte Gauck unter massenmedialer Beobachtung ganz im Duktus einer Schlussstrichmentalität: »Es ist Vergangenheit, was uns heute hier in Lichtenhagen zusammenführt – was wir erinnern, was wir beklagen, was uns beschämt: Alles war vor zwanzig Jahren. Es ist Vergangenheit.«

Kontinuitäten und mögliche Brüche

Die Auseinandersetzungen um ein ‹Doing Memory› an rassistische Gewalt im Allgemeinen und an das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im Konkreten sind Teil des politischen Ringens um gesellschaftliche Sichtbarkeit auch jener Menschen, die trotz langer Anwesenheit in diesem Land und vieler schmerzhafter Erfahrungen mehrheitlich lange als nicht zugehörig betrachtet wurden. In der Basiserzählung der beiden deutschen Staaten, also in dem in Schulbüchern, Jahrestagen und politischen Reden auffindbaren Selbstbild dieser Gesellschaften von sich selbst, hat lange die Behauptung dominiert, Rassismus und Antisemitismus seien randständig und daher nur von geringer Bedeutung. Die offizielle Gedenkfeier am 20. Jahrestag perpetuiert weitgehend dieses Metanarrativ und ist auch 2012 mehr an der Restauration eines vereinigten nationalen ‹Wir› als an einer Auseinandersetzung mit dem alltäglichen und strukturellen Rassismus und der Kontinuität rechter Gewalt interessiert. Kien Nghi Ha konstatierte 2012, wie wenig »Rostock-Lichtenhagen zum Anlass genommen (wird), um über die rassistische Struktur und die Geschichte der deutschen Gesellschaft zu reflektieren, die überhaupt erst ein Pogrom in diesem Ausmaß ermöglichen. Selbst so naheliegende Fakten wie die langjährig verschleppte und letztlich gescheiterte juristische wie politische Aufarbeitung der Gewalttäter und verantwortlichen Funktionäre stellen in einer Reihe von Presseberichten keine selbstverständliche Hintergrundinformation dar«. Anhand der Aktivitäten zum 30. Jahrestag des Pogroms wird sich erweisen, ob und in welchem Maße erneut eine weiße Gedenkkultur und die Reproduktion rassistischen Wissens wiederholt werden, ob dies durch ein Nebeneinander von offiziellem und alternativem Erinnern erneut irritiert wird oder tatsächlich ein Perspektivwechsel gelingt, der die Erfahrungen und Stimmen der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt und Wege aufzeigt für ein angemessenes Erinnern in einer Gesellschaft der Vielen.

Dieser Beitrag ist eine abgewandelte Version eines Buchkapitels von Tanja Thomas und Fabian Virchow. Das Buch »Doing Memory. Perspektiven des Erinnerns an Rostock-Lichtenhagen '92« (zusammen mit Matthias N. Lorenz) erscheint 2023 im Berliner Metropol-Verlag. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck.

#Interview

Antiziganismus war ein Kernbestandteil der Gewaltspirale

Die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen richteten sich explizit gegen die im Sonnenblumenhaus untergebrachten Rom*nja. Darauf verweist der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, seit vielen Jahren. Mit ihm sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand« über die damalige Situation und über Antiziganismus.

drr: Der Antiziganismus blieb, wie andere Formen des Rassismus und wie der Antisemitismus, auch nach dem NS in den Köpfen vieler Deutscher. Wie war die Situation von Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik?

Romani Rose: Ich persönlich bin im Schatten von Auschwitz aufgewachsen, ich habe die Wunden meiner Eltern erlebt und zugleich war alltägliche Diskriminierung bittere Realität für mich. Es war schmerzlich, dass uns als jungen Menschen der gleiche Rassismus und Antiziganismus entgegenschlug, den auch die Menschen unter den Nazis erleben mussten. Während der Antisemitismus mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 tabuisiert wurde, wurde der Antiziganismus nicht geächtet. Er war Bestandteil eines bruchlos fortgeführten Feindbilds gegenüber Sinti und Roma, das in den Behörden und Institutionen sowie in der gesamten Mehrheitsbevölkerung weiter vorherrschte. Die Täter, die an den NS-Verbrechen an Sinti und Roma beteiligt waren, kehrten wieder in ihre Berufe bei der Polizei, der Justiz und anderen Behörden zurück und behielten weiterhin die Deutungsmacht über ihre ehemaligen Opfer. Diese gesellschaftliche Kriminalisierung und Ausgrenzung zwang viele Angehörige unserer Minderheit, ihre Identität als Sinti und Roma zu verbergen. Das geschieht bis heute, weil der seit Jahrhunderten tradierte Antiziganismus noch immer in den Köpfen der Menschen vorhanden ist. Man muss sagen, dass der Minderheit so die Leistungsträger genommen wurden, da diese erfolgreichen Menschen als Akademiker und Künstler, als Arbeiter und Angestellte in der Öffentlichkeit nicht mehr als Sinti und Roma erkennbar sein wollten.

Zu Beginn der 1990er kamen viele Sinti*zze und Rom*nja aus Osteuropa nach Deutschland. Was war der Hintergrund und wie war die Situation für diese Menschen in den Herkunftsländern?

Vorrangiges Ziel der Politik in den sozialistischen Ländern Osteuropas war die vollständige Teilhabe der Roma an dem Produktionsprozess. So waren beispielsweise Ende der 1980er Jahre in Ungarn 85 Prozent der männlichen Roma beschäftigt. Dass der gesellschaftliche Aufstieg trotzdem nur Wenigen gelang, lag an der im Hinblick auf die Roma-Minderheit desolaten sozialistischen Bildungspolitik, die die Roma systematisch von einem gleichberechtigten Zugang zu Bildung ausschloss. Nur wenige Roma verfügten über eine Berufs- oder Facharbeiterausbildung. Die meisten von ihnen waren als ungelernte Arbeiter am Bau oder in der staatlichen Industrie und in den landwirtschaftlichen Kooperativen in den unteren Einkommensgruppen beschäftigt. Die mit dem Systemwechsel einhergehenden wirtschaftlichen Umwälzungen, wie die Schließung unrentabler Staatsbetriebe und die Auflösung des staatlichen Agrarsektors, trafen die Roma noch härter als die übrige Bevölkerung. Beim Übergang zur freien Marktwirtschaft waren sie unter den ersten, die ihre Arbeitsplätze verloren.

Sie verweisen immer wieder darauf, dass bei dem Angriff auf das Sonnenblumenhaus in Rostock auch Antiziganismus eine bedeutende Rolle spielte. Wie war die Situation vor Ort vor den Angriffen?

Antiziganismus war ein Kernbestandteil der Gewaltspirale in Rostock-Lichtenhagen. Dem Pogrom gingen monatelange rassistische Äußerungen von Politikern, offene Ablehnung durch die Stadtgesellschaft und stereotype und hetzerische Berichterstattung in den Medien voraus. Die Situation dort war schon Wochen vorher angespannt: Neuankommende bekamen keine Unterkunft und mussten vor der Aufnahmestelle campieren, die Nachbarschaft beklagte sich mit Recht massiv über die hygienische Situation um das Asylbewerberheim. Niemand bei der Stadt schien sich zuständig zu fühlen. Es wurden ausländerfeindliche Flugblätter mit Hetze gegen die Flüchtlinge verteilt und es gingen Anrufe bei der Rostocker Tageszeitung ein, die die folgenden Krawalle ankündigten. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung aber sahen dieser aufkommenden Pogromstimmung tatenlos zu.

In Ihrer Rede, vor fünf Jahren, sprachen Sie von einem Versagen des Staates im Rahmen dieser Angriffe.
Die Behörden trafen keinerlei Vorkehrungen zum Schutz der Geflüchteten, obwohl sich die Situation immer mehr zuspitzte. Das Versagen betraf aber nicht nur die Verantwortlichen vor Ort, die sich teilweise ins Wochenende verabschiedeten, anstatt auf die bedrohliche Situation in irgendeiner Form zu reagieren. Die Pogrome kamen nicht aus dem Nichts, ihnen ging ein monatelanges Ignorieren der explosiven Stimmung durch Politiker demokratischer Parteien voraus. Weder die Stadt Rostock noch das Land Mecklenburg-Vorpommern sahen sich in der Verantwortung, die Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen. Hier musste man den Eindruck gewinnen, dass die Eskalation in gewissem Maße gewollt war.

Rostock-Lichtenhagen war nicht der einzige Ort, an dem es zu Gewalttaten gegen Rom*nja kam. Wie weit verbreitet waren solche Angriffe damals?
Direkt im Anschluss an die Ereignisse von Rostock kam es zu zahlreichen Nachahmungstaten, vor allem im Nordosten Deutschlands. Man muss aber ganz klar sagen: rechten Terror gab es bereits davor, zum Beispiel beim Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980, und auch danach kam es immer wieder zu Anschlägen, die Menschenleben forderten: der furchtbare Anschlag von Solingen 1993, die Mordserie des sogenannten NSU, die Taten vom Münchner Olympia-Einkaufszentrum oder der Anschlag von Hanau seien hier exemplarisch genannt. Die Amadeu-Antonio-Stiftung zählt bis heute 213 getötete Opfer rechter Gewalt. Dieses Versagen der staatlichen Behörden bei der Vorbeugung von rechtem Terror und der Aufklärung rechtsradikal motivierter Anschläge hat ihre Ursache. Dass beispielsweise der NSU über Jahre ungehindert und unentdeckt morden konnte, lag auch daran, dass rechter Terror staatlicherseits immer wieder verharmlost und heruntergespielt wurde. Gerade auch die rechtsextremen Netzwerke bei der Justiz, bei der Polizei, beim Verfassungsschutz oder bei der Bundeswehr spielten dabei eine zentrale Rolle. Dass hier mittlerweile ein Umdenken in der Politik stattzufinden scheint, ist aus Sicht des Zentralrats sehr zu begrüßen. Die Aussage der derzeitigen Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die größte Gefahr für unsere Demokratie komme von rechts, ist daher ein wichtiges Zeichen. Was nun folgen muss, sind ernste Konsequenzen für Unterstützer und Sympathisanten rechter, konspirativer Umtriebe innerhalb der Behörden. Hier wurde viel zu lange weggeschaut und verharmlost.

Die Bundesrepublik hat sich gegenüber 1992 in den vergangenen drei Jahrzehnten verändert und ist in weiten Teilen deutlich diverser geworden. Wie hat sich aus ihrer Sicht die Situation für Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland entwickelt?
Politisch ist in der Tat sehr viel Positives passiert: 1982, wenige Wochen nach der Gründung des Zentralrats, hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den Völkermord an den 500 000 Sinti und Roma völkerrechtlich bedeutsam anerkannt, seit 1997 sind Sinti und Roma aufgrund eines Europäischen Minderheitenschutzabkommens neben den Sorben, den Friesen und den Dänen eine autochthone Minderheit in Deutschland, in Berlin wurde 2012 in unmittelbarer Nähe zum Deutschen Bundestag das nationale Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas eingeweiht. In vielen Bundesländern gibt es mittlerweile Staatsverträge mit unseren Landesverbänden, die die Förderung der kulturellen Leistungen und den Erhalt der Sprache garantieren. 2019 konstituierte sich die vom Zentralrat lange geforderte Unabhängige Kommission Antiziganismus im Bundesinnenministerium, deren Abschlussbericht ich 2021 gemeinsam mit dem damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer auf der Bundespressekonferenz vorstellen konnte und die Bundesregierung hat unlängst mit der Berufung von Dr. Mehmet Daimagüler zum Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus eine weitere langjährige Forderung des Zentralrats umgesetzt. Gesamtgesellschaftlich bleibt allerdings noch viel zu tun. So zeigen verschiedene Studien, dass die Ablehnung von Sinti und Roma trotz dieser politischen Erfolge in der Bevölkerung noch immer hoch ist. Wir sind besorgt über einen zunehmend gewaltbereiten Antiziganismus in ganz Europa, der sich, wie in Hanau oder München, gezielt gegen Sinti und Roma richtet, der aber im Kern auf unsere demokratischen Werte zielt.

Vielen Dank für das Interview!

#Kultur

Künstlerische Interventionen

von Dan Thy Nguyen

2022 wiederholt sich zum 30. Mal der Jahrestag des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen und damit die Debatte um die noch nicht gelöste Frage, wie ein komplexes, intersektional verflochtenes und multiperspektivisches Erinnern möglich ist. Wie kann die Perspektive der Betroffenen und Überlebenden, das heißt eine Perspektive, die bisher in der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Erinnerungspraxis kaum wahrgenommen wurde, in den Fokus gestellt werden?
Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass das Pogrom von Lichtenhagen 1992 in den Komplex rechter Brand-, Mord- und Terroranschläge der Bundesrepublik Deutschland unlösbar integriert ist. Lichtenhagen ist kein einzelnes »Event« und muss in der Kontinuität der Anschläge von unter anderem Solingen, Hoyerswerda, Mölln zumindest mit betrachtet werden.
Die Frage einer gemeinschaftlichen Erinnerungskultur, die Betroffene und Überlebende mit einschließt, ist daher keine Frage, die das Pogrom von Lichtenhagen allein betrifft, sondern sie umfasst alle rechten Angriffe. Langfristig bedarf es einer Erinnerungskultur, die einerseits Lichtenhagen als spezifisches Pogrom betrachtet, gleichzeitig braucht es aber auch eine nachhaltige Umgangsform mit dem gesamten bundesweiten Komplex rechter Brand-, Mord- und Terroranschläge.

Künstlerische Interventionen

Es gibt einige Beispiele der kulturellen und künstlerischen Verarbeitung bezüglich Lichtenhagen 1992. So thematisierte Konstantin Wecker das Pogrom schon in den frühen 1990er Jahren in »Die Ballade von Antonio Amadeu Kiowa«. Und auch Musiker*innen wie zum Beispiel die Rostocker Band »Dritte Wahl« machten Lichtenhagen mit ihrem Song »Brennt alles nieder« zum Thema. Im Theaterbereich ist auf jeden Fall das 2011 uraufgeführte Jugendstück »Bis zum Anschlag« der Freien Theater Jugend unter der Leitung von Christof Lange zu erwähnen. Burhan Qurbani hat 2014 im Film »Wir sind jung. Wir sind stark« das Pogrom als Rahmenhandlung gewählt.
Das im Rostocker Stadtbild präsenteste Beispiel einer künstlerischen Intervention sind die sechs dezentralen Stelen der Künstlergruppe Schaum, die als Mahnmale und Erinnerungsorte fungieren sollen
Diese künstlerischen und kulturellen Beiträge behandeln jedoch kaum beziehungsweise gar nicht die Perspektive der Überlebenden. Es gibt nur wenig kulturelle oder auch künstlerische Projekte, die das Pogrom aus der Sicht der überlebenden vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen oder der Rom*nja behandeln.
Dies trifft übrigens nicht nur auf die künstlerische Verarbeitung zu. Auch das städtische Erinnern hat jahrzehntelang die Betroffenen ignoriert und erst zum 20. Jahrestag mit einbezogen.
Dass überhaupt die Perspektive von Opfern, Betroffenen und Überlebenden künstlerisch in den Fokus gestellt und vermehrt rezipiert wird, hat mit einer anderen Terrorserie zu tun. Es war nämlich die Art und Weise, wie die Verbrechen des NSU aufgedeckt worden sind, die das Interesse an der Betroffenenperspektive stark in den Fokus gerückt hat.
Das rechtsterroristische Netzwerk, das zwischen 2000 und 2007 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet hatte, blieb bis zur sogenannten Selbstenttarnung unentdeckt, während jedoch die Polizei rassistische Motive weitgehend ausgeschlossen und über Jahre hinweg Täter*innen im Umfeld der Opfer gesucht hatte.
In Richtung rechter Täter*innen wurde kaum ermittelt, die Familien der Opfer stattdessen stellenweise als Täter*innen stigmatisiert. Dabei hatten die betroffenen Familien selbst früh erkannt, dass die Morde mit hoher Wahrscheinlichkeit aus rassistischen Motiven begangen worden waren.
Schon 2006 hatten zum Beispiel Angehörige und Freund*innen von Halit Yozgat einen Schweigemarsch in Kassel organisiert, bei dem sie »Kein 10. Opfer« forderten. An diesem Marsch nahmen auch die Angehörigen der Ermordeten Enver Şimşek und Mehmet Kubaşık teil sowie ungefähr 4.000 Menschen vor allem aus den migrantischen Communities. Etwa einen Monat später wurde ein weiterer Schweigemarsch unter anderem von der Familie Kubaşık in Dortmund organisiert.
Dieses »Nichtgehörtwerden«, obwohl die Opfer selbst gesprochen haben, die Taten des NSU selbst und das Versagen der Staatsgewalt ließen Kunst- und Kulturinstitutionen nicht unberührt.
So hatte die Gruppe »Forensic Architecture« 2017 versucht, auf der Documenta in Kassel die letzte halbe Stunde des Lebens von Halit Yozgat nachzustellen, die Bühne für Menschenrechte inszenierte in »NSU-Monologe« Interviews mit den Familien und führte das Stück mit Schauspieler*innen bundesweit auf und beim Kunstfest Weimar 2021 inszenierte Regisseur Nuran David Çalış seine Performance »438 Tage NSU-Prozess – eine theatrale Spurensuche«.
Die Erkenntnis, dass Betroffene rechter Gewalt nicht gehört werden, hat den Autor dieses Artikels dazu veranlasst, ein Theaterstück und ein Hörspiel über das Pogrom von Lichtenhagen zu produzieren, die auf Interviews mit überlebenden vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen beruhen. Das »Sonnenblumenhaus« basiert auf einer mehrjährigen Recherche und wurde letztendlich 2014 als Theaterstück und dann 2015 mit Unterstützung des FSK-Radios in Hamburg in ein Hörspiel umgewandelt, das unter anderem auf der Seite der Rosa Luxemburg Stiftung frei zugänglich ist. Diese Arbeit ist stark durch die Aufdeckung der Verbrechen des NSU beeinflusst. Im Hörspiel sprechen die Überlebenden über ihre Kindheit im sogenannten Vietnam-Krieg, über ihre Zeit als Vertragsarbeiter*innen, über das Pogrom selbst und dessen direkte Nachwirkungen.
Das Projekt ist bis heute (2022), die einzige künstlerische Arbeit, die sich umfassend und ausschließlich mit der Perspektive der betroffenen vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen beschäftigt. Ein vergleichbares Projekt aus Rom*nja-Perspektive steht selbst nach dreißig Jahren noch aus.

Eine andere Perspektive auf das Sonnenblumenhaus

#Antifa

Nicht tatenlos zusehen

»Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren«, war Anfang der 1990er Jahre keine hohle Phrase, sondern aufgrund der damaligen Pogrome und Angriffe bittere Notwendigkeit. Angesichts des rechten Flächenbrands im wiedervereinigten Deutschland wurde schnell klar, dass der Staat an einem konsequenten Eingreifen nicht interessiert oder schlicht überfordert war.

von der Redaktion »der rechte rand«

Allein für das Jahr 1992 gehen offizielle Stellen von rund 7.000 extrem rechten Straftaten aus, mehr als ein Drittel davon waren Gewalttaten. Jeden Tag ereigneten sich damit bundesweit mehr als sieben rechte Über- und Angriffe, die 1992 mindestens 18 Todesopfer forderten. Die Dunkelziffer dürfte höher sein. Viele Antifaschist*innen wollten nicht tatenlos zusehen, wie Menschen zu Betroffenen dieser Gewalt wurden. Sie wollten ein antifaschistisches Selbstverständnis auch praktisch umsetzen und sich Rassist*innen und Neonazis entgegenstellen. Viele verbrachten Abende und ganze Wochenenden vor bedrohten Flüchtlingswohnheimen, besetzten Häusern oder in ihren linken Rückzugsräumen. Telefonketten machten es möglich, bei Angriffen von Neonazis schnell zur Stelle zu sein.

Die massive Präsenz und brutale Gewalt, der in dieser Zeit mancherorts die Straßen dominierenden Nazigruppen, machte es unausweichlich, den Selbstschutz zu organisieren. Gleichzeitig stellte sich die Frage, wie im Zuge eines Angriffs zu reagieren sei. Ließen sich die Täter*innen allein durch antifaschistische Präsenz von ihrem Vorhaben abbringen? War man wirklich für eine Auseinandersetzung mit den Angreifer*innen bereit, im Zweifelsfall mit physischer Gewalt? Was heißt es, zum Selbstschutz die Anwendung von Gewalt in Kauf nehmen zu müssen und was ist nötig, um derartige Attacken wirklich abwehren zu können? Es war keine eigene Entscheidung, zum Schutz vor Naziangriffen Gewalt anzuwenden, sie war aufgedrängt. Von der eigenen Erfahrung, gejagt und überfallen zu werden – kein Konzert, keine Disco, kein Treffen im Freien ohne diese Attacken. Von den Bildern aus Hoyerswerda und den unzähligen anderen Angriffen rassistischer Mobs. Von den Berichten über jene, die gestorben sind: Amadeu Antonio, Jorge João Gomondai, Samuel Kofi Yeboah, Ingo Ludwig, Matthias Knabe, Dragomir Christinel, Mike Zerna … Es war auch eine Entscheidung aus dem antifaschistischen Selbstverständnis heraus, das alles nicht einfach zuzulassen.

Vom Staat war keine Hilfe zu erwarten. Das machten die Erfahrungen aus dieser Zeit ebenfalls tagtäglich deutlich. Die zu Hilfe gerufene Polizei kam nicht oder viel zu spät, Täter*innen wurden gar nicht oder sehr milde bestraft. Die rechten und rassistischen Gewalttaten wurden angeblich von den Betroffenen provoziert oder aber sie wurden ignoriert, verschwiegen, entschuldigt durch Jugend oder Alkohol, entpolitisiert – nicht ernst genommen. Allzu oft stand der Feind für die Behörden links, allzu oft war immer wieder von »linken Krawallmachern« die Rede. Jener Staat also, der sein Schutzversprechen nicht einlöste, pochte auf sein Gewaltmonopol und verfolgte eben jene, die versuchten, diesen angesichts der monströsen Gewaltwelle dringend notwendigen Schutz zu organisieren. Es ist paradox: Genau dieses staatliche (Nicht-)Handeln macht organisierte antifaschistische Selbsthilfe immer wieder nötig.

In vielen Fällen war das erfolgreich. In Rostock-Lichtenhagen aber erlebte die antifaschistische Bewegung trotz der Erfahrung von Hoyerswerda eine tragische Niederlage. Wenn auch viele Antifaschist*innen vor Ort waren, so waren es doch nicht genug, um sich den Rassist*innen massenhaft entgegenzustellen und das Pogrom zu verhindern. In der Nacht zum 23. August gelang es knapp 300 Antifaschist*innen, mit einer Spontandemonstration Neonazis vor der ZAst zu vertreiben. Doch die Polizei, die vor dem rassistischen Mob zurückgewichen war, reagierte mit Festnahmen. Und auch am Wochenende nach dem Pogrom reagierten jene Behörden, die gerade ein Pogrom zugelassen hatten, mit Warnungen vor einer antifaschistischen Demonstration: Eine bundesweite »Gewaltszene« plane, sich in Rostock zu versammeln. Das Bündnis, dem auch Gewerkschaften und Parteien angehörten, wurde als »radikale und extremistische Gruppierung« bezeichnet.

Von den Auseinandersetzungen dieser Zeit bleibt das Bewusstsein, ganz konkret an der Seite derjenigen zu stehen, die von Neonazis und Rassist*innen angegriffen werden, sich den Angreifer*innen entgegenstellen zu müssen und dafür im Zweifelsfall diffamiert und kriminalisiert zu werden. Wie 1992 in Rostock-Lichtenhagen, 2015 in Freital und Heidenau und immer und immer wieder.

#Exekutive

Polizei in der Nachwendezeit

Der Polizeieinsatz in Rostock-Lichtenhagen war ein Desaster. Bis heute steht er für ein eklatantes Versagen der Sicherheitsbehörden. Zugleich markiert er aber auch einen Wendepunkt im Umgang mit rechter Gewalt.

von Christin Jänicke

Anfang der 1990er Jahre befindet sich die Polizei in ganz Ostdeutschland in einem institutionellen Umbauprozess: Strukturen, Gesetze und Positionen verändern und verunsichern die ehemaligen Volkspolizist*innen. Westdeutsche Partnerländer – in Mecklenburg-Vorpommern sind es Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein – begleiten den Aufbau in den »neuen« Ländern und bringen eigene Beamte in Leitungspositionen unter. Zur Fehlerliste des Einsatzes in Rostock-Lichtenhagen wird später nicht nur die miserable Führung und schlechte Koordinierung gehören, sondern auch die Tatsache, dass leitende Polizisten nach Hause – sprich Westdeutschland – fahren, obwohl sie über die angespannte Situation informiert und Ausschreitungen angekündigt sind. Im Nachgang wird dies, ebenso wie der Mangel an Einsatzkräften, Funkgeräten, Schutzkleidung und Betankung für die Wasserwerfer, als Problem des Transformationsprozesses relativiert. In der polizeiinternen und parlamentarischen Nachbetrachtung der Ereignisse stehen dementsprechend die Einsatzlage sowie die technischen und personellen Mängel im Mittelpunkt, die politischen Dimensionen des Pogroms dagegen bleiben weitestgehend unberücksichtigt.

Ein Schlüsselmoment

Bundesweit kommt es in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu rassistischen Ausschreitungen und rechten Gewalttaten. Lichtenhagen reiht sich jedoch nicht einfach in diese Chronologie ein, sondern bildet einen Wendepunkt: Ab 1992 setzt ein Prozess ein, in dessen Verlauf die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Zusammenarbeit mit Politik und Zivilgesellschaft eine größere Bedeutung erlangen sollte. Spezialeinheiten gegen rechte Gewalt, wie die »Soko Rex« bereits 1991 in Sachsen, 1992 die »Soko Extrem« in Mecklenburg-Vorpommern oder die »Soko ReGa« in Brandenburg, werden ins Leben gerufen. Auch in anderen – nicht nur ostdeutschen Bundesländern – entstehen Spezialeinheiten und polizeiliche Arbeitsgruppen (AG). Teilweise mit zeitlichem Vorlauf, wie in Mecklenburg-Vorpommern: 1991 wird in Reaktion auf die zunehmenden Gewaltstraftaten eine AG gegründet, die in den Ausschreitungen von Hoyerswerda im September 1991 eine »Initialwirkung« und in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 eine »Eskalation« rechter und rassistischer Gewalt beobachtet. Die AG »Gewaltbereite Gruppierung« zur Bekämpfung von Gruppengewaltkriminalität von Jugendlichen und Heranwachsenden und die »Soko Extrem« beim LKA sollen sich fortan der »fremdenfeindlichen Gewalt« widmen. Die Ereignisse in Rostock brennen sich nicht nur vielen anwesenden Polizist*innen ins Bewusstsein. In Brandenburg war der damalige LKA-Chef überzeugt: »Wenn Rostock ein Gutes gebracht hat, dann den Umstand, dass die Polizei hier in Brandenburg so sensibilisiert wurde, dass sich so etwas in dieser Form nicht wiederholen kann.« Dennoch sollten in der gesamten Bundesrepublik weitere Angriffe, Brandanschläge und Morde folgen.

Rechte Gewalt vs. Jugendgewalt

Die rassistischen Ausschreitungen und rechten Gewalttaten sind in diesem Ausmaß neu für die Polizei in Ost und West. In den »alten« Bundesländern versuchen die Sicherheitsbehörden das Phänomen über Interpretationen zu erfassen, mit denen man zuvor schon den »Linksextremismus« oder die »RAF« analysierte. Und auch im Osten hatte man noch keinen Umgang entwickelt, da die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung um Neonazis und Rassismus in der DDR über Jahrzehnte gedeckelt wurde. Wahlweise wird rechte Gewalt daher als »Spielart« von »Extremismus« oder als bloße Jugendgewalt und Begleiterscheinung gesellschaftlicher Transformation verstanden. In der Konstruktion des polizeilichen Gegenübers sind die Gewalttäter*innen dementsprechend entweder organisierte Neonazis oder unpolitische, desorientierte und vor allem männliche Jugendliche, die »verführt« oder »infiziert« seien.

Sowohl durch die geringe Erfassung rechter Gewalttaten als auch die Engführung auf organisierte Täter*innen wird übersehen, dass häufig schon ideologische Versatzstücke als Motivation für Angriffe auf Minderheiten und andere Jugendszenen genügen, sich aber seltener gegen staatliche Repräsentant*innen richten. An der fehlenden Wahrnehmung des verbreiteten Rassismus – und in Lichtenhagen insbesondere des Antiziganismus als zentrales gesellschaftliches Problem – werden diese Leerstellen deutlich.

Dass die Polizei also trotz Sondereinheiten und zunehmenden Problembewusstseins auch nach August 1992 nicht ausreichend präsent ist und eingreift, hängt nicht nur mit Umbruchprozessen, Strukturdefiziten und der Dominanz rechter Jugendszenen zusammen. Vielmehr ist das Versagen in Lichtenhagen und danach auf eine unzureichende Analyse rechter Gewalt zurückzuführen, was zur Entpolitisierung, Verharmlosung und schließlich systematischen Unterschätzung führte.

#Soundtrack

Pogromstimmung aus der Konserve

von Jan Raabe

Für die Neonaziszene in Deutschland waren die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 ein Erfolg, ja sogar ein Sieg. Die musikalische Verarbeitung und Verbreitung fanden in einem Dutzend RechtsRock-Songs statt – auch international. Dabei geht es darum, das Pogrom, welches die Szene zuvor auch in Liedtexten herbeigesehnt hatte, zu bejubeln oder es als Marker und Mobilisierung für einen Kampf gegen eine vermeintliche Überfremdung zu nutzen. »Rostock« wurde zusammen mit den Namen anderer Städte, in denen es zu Pogromen oder Mordtaten kam, genannt seien hier Hoyerswerda und Solingen, zu ikonographischen Symbolwörtern der Szene. Die eindeutigen Liedtexte – wofür die Folgenden exemplarisch stehen – lassen dabei keinen Raum für Interpretation.

Noch im selben Jahr veröffentlichte die Berliner Band »Landser« auf Kassette das Album »Das Reich kommt wieder«. Auf dem Album befindet sich der »ZAST-Song«, der den Angriff auf die »Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber« in Rostock aufgreift. »In Rostock und Hoyerswerda und bald im ganzen Land, da kämpfen deutsche Skinheads, den Molli in der Hand und das Asylheim brennt« sang die Band. Sie sah in den Ausschreitungen den ersten Schritt zu einem größeren Kampf, nämlich den gegen die Regierung: »Langsam da begreifen es auch die Herrn in Bonn. Und morgen da brennt Bonn.«

Diesen Song aufgreifend veröffentlichte 1996 die britische Band »No Remorse« – eine international bekannte Band mit hoher Reichweite – das Lied »Barbecue in Rostock«, das schon durch seinen zynischen Titel heraussticht. Das Lied spiegelt die von Allmacht getragene Stimmung aus Sicht des Neonazismus wider: »Didn't want their town filled with scum, so they got together and made petrol bombs, Then one cold, starry night, they set them fillthy Turks alight«, heißt es in dem Lied. Die CD erschien beim »Blood & Honour«-Hauslabel »I.S.D. Records«, das Cover hatte der heute in Berlin das Tattoo-Studio »Mad Piper« betreibende Allen »Griffin« Surette gezeichnet, die CD wurde ein Verkaufsschlager.

In dem meisten Fällen beschränkt sich die Beschreibung der Pogrome auf die Nutzung des Begriffs »Rostock«, so wenn die Thüringer Band »S.K.D.« im Jahr 2000 sang »Rostock, Hoyerswerda ich denk heute noch gerne daran«. Die Band »Volkszorn« aus Ludwigshafen geht noch weiter. Mit: »Rostock und Hoyerswerda, Mölln und Solingen. Feuer, es brenne die Flamme hoch empor« wird die Verschränkung von Straßengewalt und Terror glorifiziert. Dass in den Liedtexten der rassistische Hintergrund des Pogroms erwähnt wird, ist eher selten – Rassismus, darüber herrscht in der Szene Einigkeit. Das Lied »Deutschland erwache« – ein Rückgriff auf den historischen Slogan der NSDAP – der Thüringer Gruppe »Sturmangriff« bildet hier eine Ausnahme. In diesem heißt es: »In Rostock stand ein schönes Haus, doch Asylantenheime müssen raus. Damit in jeder deutschen Stadt, das Pack gar keine Chancen hat. Und ihr lasset keinen mehr rein, denn Deutschland muss den Deutschen sein.« International wurde das Pogrom in Rostock nicht nur durch »No Remorse« propagiert, auch die finnische Band »Sniper« veröffentlichte 2008 mit »Fire it down« ein Lied über das Pogrom mit dem Fazit »Victory was near on that night«.

In der Szene war das Pogrom Thema, so wurde die Rostocker Band »Nordmacht« im Interview für das deutsche »Blood&Honour«-Magazin nach dessen Auswirkungen befragt. »Seit den Festspielen in Lichtenhagen hat sich zumindest soviel geändert, daß die Asylanten weg sind und jetzt Deutsche das Haus bewohnen«, antwortete die Band.

Die bekanntesten das Pogrom verherrlichenden Lieder wurden auch gecovert. So veröffentlichte die Band »Siegesfahne« 2003 ein Cover des »ZAST-Songs«, die ansonsten unbekannte Band »The Loyal Germans« spielte 2010 das Lied »Barbecue in Rostock« neu ein. Da der Liedtext mit seinen Mordaufrufen strafbar ist, ist es wahrscheinlich, dass es sich beim Namen der Band um ein Pseudonym handelt. Auch live wurde das Lied nicht nur von »No Remorse« gespielt, auch die serbische Band »Providenje« hatte es im Programm. Das »Rock Nord«-Magazin bemerkte zu dem Konzert im März 1999: »Das Lied ‹Barbecue in Rostock› war natürlich den deutschen Kameraden gewidmet, welche bei diesem Lied ganz unbeschwert tanzen und sich über den Text amüsierten.«

Auch wenn aus Sicht der extremen Rechten das Pogrom ein Erfolg war, drohte wegen der Verschlagenheit der Regierung aber weiterhin Deutschlands Untergang. 2015 sang die Cottbusser Band »Frontalkraft«: »Jeden Tag nur ein kleiner Schritt, aus Hoyerswerda und Rostock haben sie gelernt. Die Veränderung bekommst du kaum noch mit, wie man aus Deutschland nach und nach alles Deutsche entfernt. Du lässt es zu, dass es passiert!« Dieser Aufruf weiter aktiv zu sein, beinhaltet auch, die Pogrome zu wiederholen.

Die juristischen Folgen der einzelnen Lieder für die Bands lassen sich schwer verifizieren. In der Praxis griff eher die Indizierung durch die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz. Verfolgung einzelner Texte durch die Staatsanwaltschaft war nicht die Regel. Eine Ausnahme ist die Band »Landser«. Sie veröffentlichte so viele Lieder mit Mordaufrufen, dass die Bandmitglieder 2003 schließlich als »kriminelle Vereinigung« verurteilt wurden, jedoch bis auf Sänger Michael Regener alle zu Bewährungsstrafen. Der britische Produzent der CD »Barbecue in Rostock« wurde nach einer Kampagne des antifaschistischen Magazins »Searchlight« in England zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt. Auch wenn fast alle genannten CDs indiziert wurden, sind die bekanntesten dieser Lieder heute Teil des kollektiven Gedächtnisses der Szene. Sie verherrlichen und propagieren bis heute die Pogrome und verhöhnen die Betroffenen.

#Täter

Die Brandstifter*innen von Lichtenhagen

Rund 900 Neonazis und 3.000 Schaulustige waren in den Nächten um den 23. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen – das Sonnenblumenhaus brannte, der deutsche Mob tobte und ging in der Folge weitestgehend straffrei aus.

von Lisa Krug

Die politische und juristische Aufarbeitung des Pogroms lässt zu wünschen übrig – eine Rekonstruktion der damalig beteiligten Akteur*innen nach 30 Jahren gestaltet sich als schwierig. Mal ganz davon abgesehen, dass die technischen Möglichkeiten zur Archivierung, wie wir sie heute kennen, nicht vorhanden waren, hatten die links-orientierten Gruppen auch viel mehr mit rechten Skinheads auf den Straßen zu kämpfen – da blieb weniger Zeit für intensive Dokumentation. Instrumente wie zum Beispiel ein Untersuchungsausschuss hätten durchaus bei der Aufarbeitung helfen können; dieser scheiterte allerdings – aufgrund von Parteistreitigkeiten konnte kein Abschlussbericht fertig gestellt werden. Nicht nur die Anzahl an Neonazis, die vor Ort waren, auch eine Flugblattaktion von der Aktion „Rostock bleibt deutsch", für die der spätere NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski verantwortlich war, lässt vermuten, dass sich mehr als nur „Stiefelnazis" an den Pogromen beteiligten. Fast 100.000 Flugblätter mit der Überschrift „Widerstand gegen die Ausländerflut" waren im Vorfeld verteilt worden. Dennoch wurden bis heute nicht einmal 50 Urteile gegen die rechten Angreifer*innen gesprochen – und vorwiegend waren es genau die „Stiefelnazis", die sich vor Gericht verantworten mussten.

Die Mühlen der Justiz

Zäh wie Kaugummi zog sich der Prozess um eine Gruppe von Neonazi-Hools hin, der beispielhaft für den Umgang der Justiz mit den Pogromen von Lichtenhagen ist. Ein Teil der Gruppe wurde von dem Rostocker Landgericht im Frühjahr 1993 wegen schwerer Brandstiftung und Landfriedensbruchs zu Haft- und Bewährungsstrafen zwischen zwei und drei Jahren verurteilt. Kurz nach dem Urteil wurde die Zuständigkeit für die weitere Strafverfolgung an das Schweriner Landgericht übertragen. Und dann passierte erst einmal gar nichts. Ganze neun Jahre dauerte es, bis der Prozess gegen weitere Neonazis eröffnet wurde: Enrico Pallatschek, Ronny Sanne und Andre B. . Ihnen wurde schwerer Landfriedensbruch und Beihilfe zum versuchten Mord vorgeworfen. Laut Angaben des Gerichts sei es aufgrund der überhöhten Arbeitslast zu dieser massiven Verzögerung gekommen, die dafür sorgte, dass der damalige Richter Horst Heydorn das Verfahren gegen einen vierten, Sven M., wegen Verjährung einstellte. Als logische Konsequenz forderten die Verteidiger der noch verbliebenen Angeklagten ebenfalls eine Einstellung und beantragten dies zum Prozessauftakt. Nicht nur das Warten auf den Prozessbeginn, auch der Prozess zog sich in die Länge und war von Pannen geprägt. So versäumte zum Beispiel Heydorn, rechtzeitig ein gerichtsmedizinisches Gutachten zu erstellen, welches von einem der Verteidiger verlangt wurde. Expert*innen sollten rekonstruieren, wie hoch der Alkoholpegel der Angeklagten war – was bei dem angeblich alkoholabhängigen Sanne nicht ganz einfach war – und inwieweit dadurch eine Beeinträchtigung bei der Tat eine Rolle gespielt haben könnte. Auch war die Vernehmung der Zeug*innen schwierig, die zum Teil ihre Aussagen zurücknahmen oder die Angeklagten nicht zweifelsfrei erkannten – was nach fast zehn Jahren nicht verwundert. Eine Hauptbelastungszeugin nahm ihre erste Aussage zurück, nachdem sie laut eigenen Angaben mehrfach von einer Frauen-Naziclique angegriffen und zusammengeschlagen wurde. Zudem führte der zögerliche Prozessbeginn zur Einstellung diverser Strafanzeigen. Dann war es endlich soweit: Nach sieben Monaten Verhandlung wurde im Juni 2002 das Urteil gesprochen. Die drei Angeklagten wurden wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung zu Jugendstrafen verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Als Begründung für ein solch mildes Urteil nannte Richter Heydorn die lange Verzögerung zwischen Tat und Prozess. Ein Justizskandal ging zu Ende.

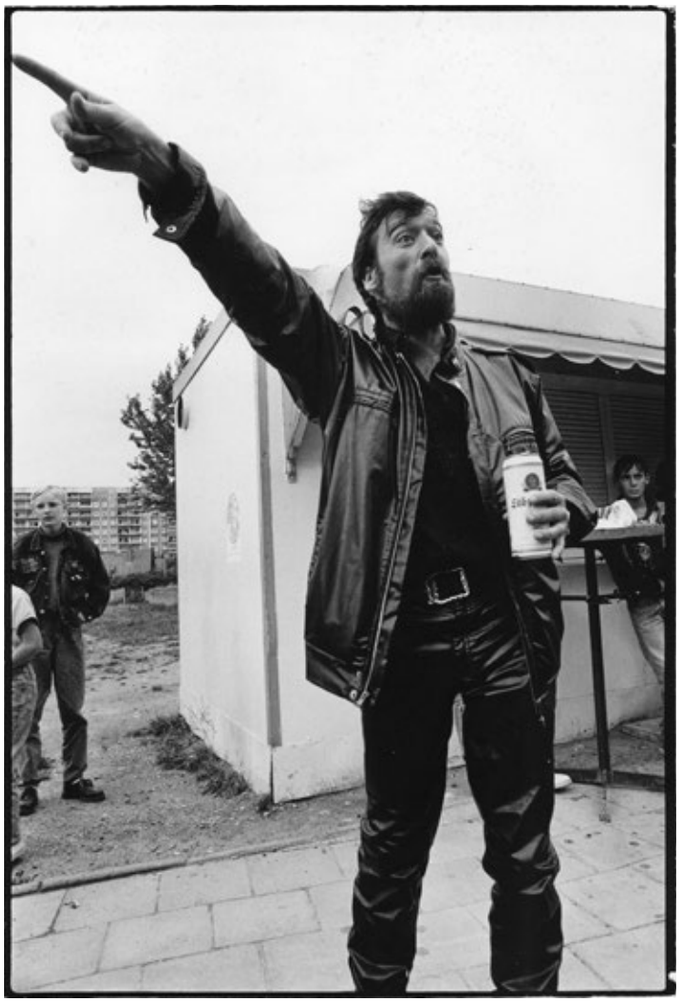
Die Täter

Die drei Angeklagten gehörten zu einer rechten Skinhead-Gruppe, die zur damaligen Zeit vorwiegend im Schweriner Plattenbauviertel Großer Dreesch ihr Unwesen trieb. Sie trafen sich in der ‚Pumpe', einem Kiosk, ließen sich volllaufen und lebten die Baseballschlägerjahre in den 1990er Jahren. Auch bei der Polizei und vor Gericht waren sie als »rechte Schläger« bekannt. Schon mit 14 Jahren war Sanne wegen diverser Delikte im Jugendwerkhof, einer Zuchtanstalt für straffällige Jugendliche in der DDR. Und auch nach Lichtenhagen 1992 blieben sie auffällig. Im Sommer 2000 wurde Ronny Sanne wegen eines extrem rechten Propagandadeliktes und anderer Straftaten zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Zum Gerichtssaal des Lichtenhagen-Prozesses 2002 wurde er aus der JVA Bützow gebracht. Auch der Mitangeklagte Andre B. hat etliche Vorstrafen. Er wurde unter anderem wegen des Verwendens verfassungswidriger Symbole, mehrfacher Körperverletzung und Hehlerei verurteilt. Enrico Pallatschek reiht sich dort mit ein: Unter anderem stehen Diebstahl und die unbefugte Nutzung eines Kraftfahrzeuges auf seiner Liste. Auch wenn Sven M. aufgrund der Verjährung ein Urteil erspart blieb, gehört er zur rechten Skinhead-Gruppe und war bei Angriffen auf junge Linke und Migrant*innen beteiligt.

Der unpolitische Sportverein

Vor Gericht gaben die jungen Männer an, sie hätten sich von der rechten Szene losgesagt. Ja, Enrico Pallatschek hatte sich während des Prozesses bei den Betroffenen des Brandanschlages entschuldigt, allerdings auch erst, nachdem der Richter die Einstellungsanträge der Verteidiger wegen Verjährung zurückgewiesen hatte.

Nach dem Prozess engagierte sich Ronny Sanne als Projektleiter im umstrittenen Projekt ›Fan statt Hooligan‹, das von SG Dynamo Schwerin ins Leben gerufen wurde. Pallatschek wurde 2007 in der Lokalpresse als Torschützenkönig des Vereins gehandelt. Die Idee des von Landesmitteln geförderten Fanprojektes war eigentlich eine Art Aussteigerprogramm, was die »gewaltbereiten und zum Teil rechtsextremen Fans wieder in die gesellschaftlichen Strukturen«



*Ein Anwohner beleidigt und bedroht Antifaschist*innen am Wochenende nach dem Pogrom direkt am Platz vor dem Sonnenblumenhaus.*

einbinden sollte, wie es im SG Dynamo Schwerin e. V. Magazin Nr. 1 der Saison 2005/2006 heißt. Von Erfolg scheint dieses Projekt nicht gekrönt zu sein: Vor allem die dazugehörige Fangruppierung ist innerhalb der links-alternativen Szene der Landeshauptstadt als äußerst gewaltbereit bekannt. Nach einem Vereinsfest am Herrentag 2005 griffen Mitglieder der Fangemeinschaft das alternative Zentrum sowie mehrere eher links-alternative Kneipen in Schwerin an. Seitens des Sportvereins hieß es dazu verärgert auf der offiziellen Website: »Wieder einmal wurde die SG Dynamo Schwerin gleichgesetzt mit Rechtsradikalismus. [… Die Gewalttätigkeit] einiger Bürger, die zufällig die Vereinsbekleidung unseres SG trugen, [würden zudem] gleichgesetzt als die pöbelnden Dynamos.« Bei dem Angriff gingen mehrere Scheiben zu Bruch und Personen wurden verletzt. Insgesamt nahm die Polizei vier Tatverdächtige fest, die sie der rechten Szene zuordnete. Vor allem das links-alternative ›Café Subversiv‹ war mehrfach primäres Angriffsziel der Dynamo-Fans. Während der Sommer- und Herbstmonate desselben Jahres kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen – von Belästigungen und Bedrohungen bis hin zu weiteren Angriffen – gegenüber Gästen.

Bis heute fallen die SG Dynamo-Fans vor allem mit rassistischen Äußerungen und Gewalt auf. Für Schlagzeilen sorgte zum Beispiel ein Fußballspiel gegen Anker Wismar im September 2019. Das Spiel wurde abgebrochen, nachdem ein Spieler der Wismarer von einem Dynamo-Fan rassistisch beleidigt wurde.

Rechte Unterstützer*innen

Auch wenn die Sportgemeinschaft vehement versucht, sich unpolitisch zu geben, fällt sie weiterhin mit ihrer Nähe zum rechten Spektrum auf. Das AfD-Mitglied Jens-Holger Schneider, der aufgrund seiner Nähe zur NPD die CDU verlassen hatte, ist seit vielen Jahren Mitglied im Verein und übernimmt dort Aufgaben als Betreuer. Er hatte sich auch tatkräftig gegen die Schließung des Vereinsstadions Paulshöhe eingesetzt und nahm an einer dazugehörigen Demonstration teil. Bei der Vita ist es wenig verwunderlich, dass sich der AfD-Landtagsabgeordnete Schneider gemeinsam mit Ronny Sanne an den Aufmärschen des PEGIDA-Ablegers MVgida 2015 in Mecklenburg-Vorpommern beteiligte. Sie traten gemeinsam bei einem »offenen Dialog« zwischen MVgida-Befürworter*innen und MVgida-Gegner*innen auf und waren auf dieser Veranstaltung Wortführer.

Kontakt zu rechten Parteimitgliedern hatte Sanne schon ein paar Jahre zuvor. Als Fanbeauftragter suchte er 2011 den damaligen NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs im Landtag auf, um um Unterstützung gegen die Schließung der Paulshöhe zu bitten. Dass es sich bei diesem Ersuchen um den Lichtenhagen-Brandstifter handelt, wurde nur bekannt, weil die NPD sich im Nachgang öffentlich über den Umgang mit ihm empörte. Sanne musste zum Betreten des Landtages seine Schuhe ausziehen, da diese als New Balance-Turnschuhe mit dem Tragen von rechter Szenekleidung gleichgesetzt und vom Sicherheitspersonal als »unangemessen« eingestuft wurden. Zu einem parlamentarischen Skandal kam es, als kurze Zeit später mehrere Dynamo-Fans und andere Rechte die Landtagssitzung zum NPD-Antrag besuchten. Während seiner Rede entrollte Pastörs mit »Kameraden« ein Transparent mit der Aufschrift »Heimat und Kultur erhalten«.

Nicht das letzte Mal, dass NPDler*innen die Dynamo-Fans oder die Sportgemeinschaft unterstützten. So verkündete SG Dynamo 2017 auf ihrer Facebook-Seite einen neuen Sponsor: Es handelt sich dabei um die Firma von Stefan Suhr, der zum damaligen Zeitpunkt Landesschatzmeister der NPD war.

Die 1990er Jahre und das Pogrom in Lichtenhagen sind nun 30 Jahre her und es ist nur allzu leicht, die Beteiligung von Sanne, Pallatschek und Co. als »Jugendsünde« abzutun. Doch ihre Aktivitäten der letzten Jahre zeigen, dass sie sich niemals ernsthaft distanziert haben und weiterhin wirken können. Die Sportgemeinschaft bietet ihnen einen sicheren Rückzugsraum, in dem sie sich durch ehrenamtliches Engagement ein gutes Image schaffen. Gleichzeitig dienen sie den Jüngeren im Verein als Vorbild. Die junge Generation trägt die rassistisch aufgeladene Gewaltbereitschaft weiterhin auf der Straße aus: Im März 2022 beschimpften Vereinsmitglieder jugendliche Geflüchtete in der Schweriner Innenstadt und bewarfen sie mit Flaschen.

#USA

Jahrzehnte der kollektiven Gewalt

von Carl Kinsky

Während der Bürger*innenrechtsbewegung kam es in den USA immer wieder zu pogromartiger Gewalt gegen »People of Color« (PoC), um eine multiethnische Demokratie zu verhindern. Trotz Änderungen der Bundesgesetze war diese Gewalt teilweise erfolgreich in der Verhinderung gleicher Bürger*innenrechte für alle.

Die Bewegung für Bürger*innenrechte in den USA zwischen den 1950er und 1970er Jahren markierte eine Zäsur in der US-amerikanischen Gesellschaft. Seit der Gründung der USA 1776 bestand weitestgehende Einigkeit darüber, dass sie eine Republik von und für als Weiß definierte Menschen sei. Auf die Abschaffung der Sklaverei nach dem Bürgerkrieg 1865 folgte die sogenannte »Jim Crow«-Ära, in der Bundes- und Landesgesetze Einwohner*innen streng nach »Rasse« unterteilten und die meisten Bürger*innenrechte nur Weißen zugestanden wurden. Im gesamten Land wurden PoC als Letzte beim Einkaufen bedient, mussten in getrennten Stadtteilen mit schlechter Infrastruktur und Bildung leben, erhielten weniger Lohn, keine Bankkredite und wurden an der Wahl gehindert. Dieser gesellschaftliche Konsens bestand über Parteigrenzen hinweg.

Der Kampf der Bürger*innenrechtsbewegung um gleiche Teilhabe, der seit den 1950er Jahren immer mehr Anhänger*innen fand, wurde entsprechend von enormer politischer Gewalt seitens Weißer Rassist*innen, Polizei- und Justizbehörden begleitet. Exemplarisch für diese Zeit sollen hier pogromartige Ausschreitungen gegen Integration im Verkehrs- und Bildungswesen in den Südstaaten und in Boston beleuchtet werden.

Ein brennender Bus in Anniston

Im Mai 1961 wollten Schwarze und Weiße Aktivist*innen der Rassentrennung im Nah- und Fernverkehrswesen ein Ende setzen.

Trotz gerichtlicher Entscheidungen von Bundesgerichten, welche die Benachteiligung von PoC aufgrund ihrer Hautfarbe für rechtswidrig erklärt hatten, wurden diese Gerichtsbeschlüsse auf Länderebene – insbesondere in den Südstaaten – nicht umgesetzt. Als Teil des rassistischen Ausschlusses in allen Lebensbereichen mussten PoC immer hinten in Bussen oder in separaten Abteilen in Zügen sitzen und ihre Sitzplätze bei Aufforderung an Weiße abtreten. Die US-amerikanische Regierung unter Präsident John F. Kennedy weigerte sich, die Bürger*innenrechte für alle durchzusetzen.

Verkehr: »Freedom Riders«

Um Öffentlichkeit herzustellen und Druck auf die Bundesbehörden auszuüben, wollten meist junge Aktivist*innen im Frühjahr 1961 mit einem Fernbus quer durch die Südstaaten reisen, von Washington D.C. nach New Orleans, wo eine Abschlusskundgebung stattfinden sollte. Sie nannten sich »Freedom Riders«, in Anlehnung an die 16 Schwarzen und Weißen Aktivist*innen, die 1947 zum ersten Mal eine solche Protestfahrt durchführten. Die Strategie war, mit einer gemischten Gruppe in dem für Weiße reservierten Bereich zu sitzen.

Die Freedom Riders wurden bereits zu Beginn ihrer Reise heftig angegriffen. Bull Connor, der rassistische Polizeipräsident von Birmingham, Alabama, sprach sich mit regionalen »Ku Klux Klan«-Gruppen ab, um Angriffe auf die Aktivist*innen zu koordinieren. Die Polizei würde für eine bestimmte Zeit nicht eingreifen. Der Einsatz von brutaler Gewalt sollte jegliche Bürger*innenrechtsforderungen im Keim ersticken.

Als der Fernbus die Station in der Kleinstadt Anniston (Alabama) verließ, wurde er von einem Weißen Mob umringt und zum Anhalten gezwungen. Die Reifen wurden zerstochen, Brandsätze in den Bus geworfen und gleichzeitig die Türen zugehalten, um eine Flucht zu verhindern. Als die Aktivist*innen es dennoch schafften, aus dem Bus zu gelangen, wurden sie brutal verprügelt. Erst als anwesende Polizisten Warnschüsse abfeuerten, endete der Angriff.

Die Verletzten wurden in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht, doch ein Mob belagerte es bis in die Nacht. Um die Aktivist*innen zu retten, wurden sie von bewaffneten Schwarzen des »Civil Rights Guard« mit Autos abgeholt und in Sicherheit gebracht. Sie setzten ihre Reise fort.

In Birmingham wurden sie in der Busstation abermals von einem Weißen Mob angegriffen und brutal zusammengeschlagen, wobei auch Baseballschläger, Eisenstangen und Fahrradketten eingesetzt wurden. Anwesende Journalist*innen wurden ebenfalls verprügelt und ihre Kameras zerstört. Trotz schwerer Kopfwunden wurden die Aktivist*innen zunächst teilweise von Krankenhäusern abgewiesen. Sie entschieden sich ihre Reise zu unterbrechen und nach New Orleans zu fliegen. Ihr Ziel hatten sie aber erreicht: die Bilder der Gewalt sorgten international für öffentliche Empörung und verstärkten den Druck auf die Regierung, endlich zu handeln.

Es fanden sich viele neue Freedom Riders, die diese Kampagne fortsetzten.

Die Gewalt setzt sich fort

Als ein neuer Bus mit Aktivist*innen Montgomery, Alabama, passierte, wurden sie abermals von einem Weißen Mob abgepasst und verprügelt, ohne dass die Polizei intervenierte. Als am Folgetag in der Stadt ein Gottesdienst mit tausenden Menschen für diese Aktivist*innen in der Kirchengemeinde des Bürger*innenrechtlers Ralph Abernathy stattfand, darunter auch Martin Luther King Jr., wurde die Kirche von tausenden Weißen belagert. Schwarze wurden vor der Kirche verprügelt, die Scheiben des Gotteshauses mit Steinen eingeworfen und Tränengas versprüht. Nur einige Bundespolizeibeamte verhinderten, dass das Gebäude in Brand gesetzt wurde. Schließlich drängten in den frühen Morgenstunden Soldaten der einberufenen Nationalgarde den Mob ab.

Weitere Freedom Riders fuhren nach Jackson, Mississippi, wo sie aufgrund von Verstößen gegen die Rassengesetze inhaftiert wurden. Dieser Vorgang wiederholte sich so oft, dass örtliche Gefängnisse bald aus allen Nähten platzten. Die Gefangenen wurden bewusst drangsaliert, erhielten aber Unterstützung von »Womanpower Unlimited« um Clarie Harvey. Nur so konnte diese Kampagne längerfristig aufrechterhalten werden.

Protestfahrten mit ähnlichem Ausgang fanden auch an weiteren Orten statt. Die von Aktivist*innen hergestellte Öffentlichkeit ebne-

Die Freedom Riders wurden bereits zu Beginn ihrer Reise heftig angegriffen. Bull Connor, der rassistische Polizeipräsident von Birmingham, Alabama, sprach sich mit regionalen »Ku Klux Klan«-Gruppen ab, um Angriffe auf die Aktivist*innen zu koordinieren. Die Polizei würde für eine gewisse Zeit nicht eingreifen. Der Einsatz brutaler Gewalt sollte jegliche Forderung nach Bürger*innenrechten im Keim ersticken.

te trotz heftiger Gegenwehr den Weg zur späteren bundesweiten Bürger*innenrechtsgesetzgebung, welche die explizite Rassentrennung beendete.

Universitäten: Pogromstimmung an der »Ole Miss«

1962 kam es in der Universitätsstadt Oxford in Mississippi zu rassistischen Ausschreitungen, um Integration im höheren Bildungswesen zu verhindern. Der 28-jährige Afroamerikaner James Meredith wollte im Jahr zuvor seine Bürger*innenrechte wahrnehmen und an der Landesuniversität – gemeinhin als »Ole Miss« bekannt – studieren, um den bestehenden Ausschluss von PoC im Universitätswesen zu durchbrechen. Nach langem Rechtsstreit und bundesweiter Berichterstattung konnte sich Meredith durchsetzen und durfte sich laut Beschluss des Supreme Court im September 1962 einschreiben.

Unterstützung erhielt Meredith in dieser Zeit unter anderem vom Bürger*innenrechtler Medgar Evers, der 1963 wegen seines Aktivismus von einem rassistischen Heckenschützen des »Ku Klux Klans« vor seinem Haus erschossen wurde.

Am 30. September 1962 betrat Meredith unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit schließlich den Universitätscampus der »Ole Miss«, um seine Einschreibung vorzunehmen. Eskortiert wurde er dabei von mehr als 120 Bundespolizisten. Das Gebäude, in dem Meredith sich mit den Bundespolizisten aufhielt, wurde zunächst von Studierenden und dann von einem auf Tausende angewachsenen Mob belagert, die gegen das Ende der Segregation protestierten. Am Abend begannen sie schließlich, Reporter*innen anzugreifen, sowie Molotow-Cocktails und Säure zu werfen. Den Bundespolizisten wurde der Schusswaffengebrauch von der US-Regierung untersagt, selbst als auf sie geschossen wurde. Der Mob versuchte sie sogar mit Bulldozern anzugreifen. Der damalige Gouverneur von Mississippi, Ross Barnett, unterstützte den rassistischen Mob. Er heizte die Meute noch mit der Losung auf: »Wir werden uns niemals ergeben!«

Mindestens 300 Menschen wurden verletzt. Etwa ein Drittel der Beamten wurde verwundet, zum Teil mit schweren Schussverletzungen. Erst der Einsatz von tausenden Nationalgardisten beendete den Angriff.

Während der Ausschreitungen wurde der französische Journalist Paul Guihard erschossen. Auch der 23-jährige Ray Gunter wurde durch Schüsse getötet. Diese Morde sind bis heute unaufgeklärt und ungesühnt. Auch am nächsten Tag wurde ein Auto des militärischen Führungsstabs samt Insassen in Brand gesetzt und auf Soldaten geschossen. Abermals wurde sich in Zurückhaltung geübt, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

Trotz aller Widerstände gelang es Meredith schließlich sich einzuschreiben und sein Bachelorstudium erfolgreich zu absolvieren. Er ebnete somit den Weg für viele weitere PoC an Universitäten. Heute schmückt eine Statue von ihm den Campus.

Schulen: Der Aufstand gegen Integration in Boston

Als die Segregation an öffentlichen Schulen abgeschafft wurde, kam es bundesweit zu heftigen Protesten, die teilweise auch in kollektive Gewalt mündeten. Die rassistischen Ausschreitungen in Boston gegen gleiche Bildungschancen ab den 1970er Jahren stehen sinnbildlich für diese Zeit.

Um die Segregation im Bildungswesen zu durchbrechen, die mit der gezielten Unterfinanzierung der Bildung von PoC einherging, sah die Bundespolitik die Integration an Schulen vor. Hierzu wurden Kinder mit Bussen an neue Schulen gebracht, um die Trennung von Weißen und PoC zu reduzieren und die gleiche Finanzierung von öffentlichen Schulen zu gewährleisten.

Vielerorts gründeten sich »White Citizens Councils«, um gegen die Bundespolitik auf lokaler Ebene vorzugehen. Viele weigerten sich schlicht, die Maßnahmen umzusetzen, viele Schulen wurden privatisiert. Es kam auch zu massiver Gewalt. In Boston führte die Gruppe »Restore Our Alienated Rights« um Anna Louise Day Hicks ab 1974 den politischen Kampf gegen die Schulintegration, indem sie Taktiken der Bürger*innenrechtsbewegung übernahmen, darunter insbesondere Sitzstreiks und Proteste vor Institutionen. Dabei kam es häufig zu gewalttätigen Vorfällen.

Zwischen 1974 und 1976 kam es zu dutzenden Ausschreitungen in den mehrheitlich Weißen Arbeiter*innenvierteln South Boston, Hyde Park, Charlestown sowie dem mehrheitlich afroamerikanischen Roxbury. Täglich wurde die Anreise von Schwarzen Schüler*innen von teils heftigen Protesten begleitet: rassistische Beleidigungen, Schläge, Steinwürfe und auch Messerangriffe gehörten fortan zu ihrem Alltag. Bereits nach einem Monat wurden mindestens 129 Personen verletzt und um die 150 Personen verhaftet. Die Proteste setzten sich bis in die frühen 1990er Jahre fort. 2013 wurden die Programme schließlich ausgesetzt.

Kaum eine Desegregationsmaßnahme stieß auf so viel Widerstand wie die Integration des Bildungswesens. Bundesweit stieß sie auf so viel Gegenwehr, dass derlei Maßnahmen nach und nach aufgegeben wurden. Auch heute noch sind Schulen in den USA stark segregiert: Schulen, die mehrheitlich von PoC besucht werden erhalten deutlich weniger Gelder als mehrheitlich Weiße Schulen. Eine Besserung ist allerdings nicht in Sicht.

30 Jahre nach dem rassistischen Pogrom werden wir am 27. August 2022 gemeinsam in Rostock-Lichtenhagen auf die Straße gehen. Denn rassistische Gewalt und institutioneller Rassismus gehen bis heute Hand in Hand. Dem Erinnern muss ein Handeln folgen.

Wir fordern:
Den Angriff in Lichtenhagen 1992 als rassistisches Pogrom benennen!
Das brennende Sonnenblumenhaus ist bis heute ein Symbol rechter Gewalt. Aber nicht nur hier und nicht nur 1992 werden unzählige Menschen durch rechte und rassistische Gewalt verletzt, getötet und traumatisiert – Lichtenhagen war und ist kein Einzelfall.

Wir fordern:
Rassistische Gewalt benennen und bekämpfen!
Dem Pogrom in Lichtenhagen vorausgegangen ist eine jahrelange Kampagne zur Verschärfung des Asylrechts durch konservative Parteien. Im Nachgang des Ereignisses gab es für Asylsuchende keinen besseren Schutz, sondern Abschiebungen und Lagerunterbringung. Die Asylgesetzverschärfungen trafen wie die rassistische Debatte im Vorfeld besonders Rom*nja. Die betroffenen ehemaligen »Vertragsarbeiter*innen« führten wie viele ihrer ehemaligen Kolleg*innen jahrelange Kämpfe um ihr Bleiberecht.

Wir fordern:
Abschiebestopp und Bleiberecht für Romn*ja und alle Betroffenen rassistischer Gewalt!
Wenige Monate nach dem Pogrom, im April 1993, wird das Aufnahmelager Nostorf-Horst errichtet. Statt Geflüchtete vor rechter Gewalt zu schützen. werden sie fortan im Wald isoliert. Weitab von Einkaufsmöglichkeiten und anderer Infrastruktur leben hier seitdem Menschen für Monate oder Jahre. Das Lager in Nostorf-Horst kann als Prototyp der Erstaufnahmeeinrichtungen verstanden werden, aus denen Geflüchtete direkt abgeschoben werden können.

Wir fordern:
Dezentrale Unterbringung jetzt!
Auflösung der Aufnahmeeinrichtung in Nostorf-Horst und aller Sammellager!
Gegen rechte Gewalt und staatlichen Rassismus kämpfen seit Jahrzehnten viele Menschen, zum Beispiel in migrantischen Selbstorganisationen, als Antifas oder in lokalen Gedenkinitiativen. Dabei ist ein selbstbestimmtes Gedenken Betroffener wichtige Voraussetzung für Aufarbeitung und Erinnerung.

Wir fordern:
Perspektiven und Forderungen Betroffener in den Mittelpunkt stellen!
Der Kampf gegen Rassismus. Antiziganismus und Antisemitismus darf sich nicht auf einzelne Jahrestage beschränken. Rostock wurde etwa zehn Jahre nach dem Pogrom auch Schauplatz eines NSU-Mordes. Die Verstrickungen des NSU in MV sind bis heute unzureichend aufgearbeitet. Das Gedenken muss mehr sein als ein kurzes Innehalten. Erinnerung braucht Räume, Orte und Widerstand. Wir müssen uns der Namen der Opfer erinnern.

Wir fordern:
Umbenennung des Neudierkower Wegs in Mehmet-Turgut-Weg!

Wir werden in Lichtenhagen gemeinsam für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung. Ausgrenzung und Unterdrückung auf die Straße gehen. Wie es die Aktivist:innen in Hanau formulieren:
Erinnern heißt verändern!

Aufruf: Bündnis Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 2022

ZUSAMMEN.
SOLIDARISCH.
ENTSCHLOSSEN.

Kommunalwahl Italien

Rom. Am 12. Juni 2022 waren etwa ein Fünftel der Wahlberechtigten in fast 1.000 Städten und Gemeinden Italiens zur Kommunalwahl aufgerufen. Die Wahl gilt als Gradmesser für die in 2023 anstehende Parlamentswahl. Zwar kam es zwischen den Lagern sowohl der Rechten als auch der Mitte-Links-Allianz nicht zu größeren Verschiebungen, dafür haben sich innerhalb der beiden Lager die Kräfteverhältnisse verändert. Gleich zwei Regierungsparteien mussten eine Wahlschlappe einstecken: Die »Movimento 5 Stelle« (»Bewegung 5 Sterne«, M5S) kamen im Durchschnitt nur noch auf etwas mehr als zwei Prozent, bei der letzten Parlamentswahl 2018 hatten sie noch mehr als 30 Prozent erreicht. Die bis dato erfolgreiche »Lega« unter Matteo Salvini musste Verluste zugunsten der Nachfolgepartei der neofaschistischen »Alleanza Nazionale« – den »Fratelli d'Italia« (»Brüder Italiens«, FdI) unter Führung von Giorgia Meloni – einstecken. Auch wenn der sozialdemokratische PD die stärkste Partei in den Kommunalwahlen wurde, stand nach Auszählung der Stimmen fest, dass die extreme Rechte – »Lega«, Silvio Berlusconis »Forza Italia« und eben »Fratelli d'Italia« – ein gutes Ergebnis eingefahren hat. Ihre Gemeinderatslisten erhielten in den abstimmenden Kommunen fast 44 Prozent. Die Städte Palermo und Genua fielen schon im ersten Wahlgang an die Rechte. In Genua wurde der vor fünf Jahren gewählte rechte Bürgermeister mit 55 Prozent im Amt bestätigt. Es ist davon auszugehen, dass bei den Rechten die Wahlsiegerin Giorgia Meloni die Mitte-rechts-Koalition bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr als Spitzenkandidatin unter dem von den Faschisten übernommenen Symbol – eine Flamme in den italienischen Nationalfarben – anführen wird.

Bundesparteitag AfD

Riesa. Auf dem AfD-Bundesparteitag vom 17. bis 19. Juni 2022 unter dem Motto »Für die Freiheit. Für Deutschland« im sächsischen Riesa haben die rund 500 Delegierten den Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla in seinem Amt bestätigt, als zweite Vorsitzende wurde die bisherige stellvertretende Bundessprecherin Alice Weidel gewählt. Mit knappen 53,45 Prozent der abgegebenen Stimmen setzte sich Chrupalla gegen Norbert Kleinwächter durch, der 36,3 Prozent erhielt. Weidel erhielt rund zwei Drittel der Stimmen und damit mehr als drei Mal so viel wie ihr Gegenkandidat Nicolaus Fest. Entgegen ihren Ansprüchen, Ämterhäufungen zu verhindern, hat die AfD jetzt eine Doppelspitze, die sowohl im Parteivorstand als auch in der Bundestagsfraktion das Sagen hat. Als erster stellvertretender Bundessprecher wurde der thüringische Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner bestätigt, der bayrische Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer wurde zweiter stellvertretender Bundessprecher und setzte sich gegen die Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, Erika Steinbach, durch. Als dritte Stellvertreterin wurde die hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel gewählt. Als Bundesschatzmeister wurde Carsten Hütter bestätigt, als sein Stellvertreter Harald Weyel gewählt. Zum Schriftführer wurde Dennis Hohloch bestimmt. Als Beisitzer*innen wurden Marc Jongen, Martin Reichardt, Roman Reusch, Maximilian Krah, Christina Baum und Carlo Clemens gewählt. Chrupalla sprach von einem »Aufbruch« und erklärte, »Die Ära Meuthen ist mit dem heutigen Tag auch beendet«. »Dieser neue Bundesvorstand entspricht bisher vollständig meinem Geschmack« kommentierte anschließend der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke, über dessen möglichen Antritt als Bundesvorsitzender vorab spekuliert worden war. Höcke stellte sich nicht zur Wahl, war aber mit den Anträgen seines Landesverbandes erfolgreich und auf dem Parteitag omnipräsent.

Parlamentswahlen Frankreich

Paris. Bei der ersten Runde der französischen Parlamentswahl am 12. Juni 2022 lagen das Bündnis für Präsident Emmanuel Macron, Ensemble, und das linke Wahlbündnis »Nouvelle union populaire écologique et sociale« (»Neue ökologische und soziale Volksunion«, NUPES bzw. Nupes) um Jean-Luc Mélenchon, mit 25,75 beziehungsweise 25,68 Prozent nahezu gleichauf. Wobei Ensemble fast 6,6 Prozent im Vergleich zu 2017 eingebüßt hat. Der rechtsradikale »Rassemblement National« (RN) unter Marien Le Pen konnte sich um 5,5 Prozent auf 18,65 Prozent verbessern. Im Gegenzug verloren die Konservativen »Les Republicains« circa 5,4 Prozent und landeten bei 10,42 Prozent. Die rechtsradikale »Reconquête« (»Rückeroberung«, REC) von Eric Zemmour trat zum ersten Mal an und bekam 4,24 Prozent der Stimmen.

Einen Sitz im Parlament erhält, wer im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit im Wahlkreis erreicht und 25 Prozent der Stimmen der registrierten Wähler*innen bekommt.

In der zweiten Runde am 19. Juni 2022 konnten die jeweils Erst- und Zweitplatzierten und jene antreten, die im ersten Wahlgang mindestens 12,5 Prozent der Stimmen im Wahlkreis erhalten hatten.
Die Tendenz des ersten Wahlgangs setzte sich beim zweiten Urnengang fort, auch die niedrige Wahlbeteiligung von 47,51 beziehungsweise 46,23 Prozent. Macrons Ensemble verlor die absolute Mehrheit und kommt auf 42,46 Prozent, das entspricht 245 von 577 zu vergebenden Sitzen. NUPES, als stärkstes Wahlbündnis, kommt mit 22,7 Prozent auf 131 Sitze.
Dramatisch ist das Abschneiden des RN. Die Rechtsradikalen kommen mit 15,42 Prozent auf 89 Sitze. Das sind 81 Sitze mehr als bei der vorherigen Parlamentswahl, mit diesem Ergebnis kann der RN wieder eine Fraktion im Parlament bilden. Zuletzt war das der Vorgängerpartei »Front National« 1986 gelungen. Das Wahlbündnis Mitte-Rechts – »Les Republicains« sind ein Teil davon – kommt mit 11,09 Prozent auf 64 Sitze. Die übrigen 48 Sitze verteilen sich auf rechte und linke Parteien die keinem Wahlbündnis angehören, »Reconquête« gehört nicht dazu. Trotzdem stellen die Parteien der Rechten in Summe die meisten Oppositionsmandate im neuen Parlament.

Meuthen: Neue Partei

Berlin. Am 10. Juni 2022 hat der ehemalige Vorsitzende der »Alternative für Deutschland«, Jörg Meuthen, seinen Wechsel zur katholischen Kleinstpartei »Deutsche Zentrumspartei« (DZP) bekannt gegeben. Die 1870 gegründete Partei hatte ihre Hochzeit im Kaiserreich und der Weimarer Republik. Nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 löste sie sich ein Jahr später auf. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte die Neugründung. Prominentes Mitglied der DZP zwischen 1906 und 1933 war der damalige Kölner Oberbürgermeister und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer.
Die DZP, sie hat eigenen Angaben nach etwa 500 Mitglieder, war in der Vergangenheit mit radikalen Anti-Abtreibungskampagnen aufgefallen. Meuthen ist nicht das einzige ehemalige AfD-Mitglied in der »Deutschen Zentrumspartei«. Durch den Übertritt des ehemaligen AfD-Mitglieds Uwe Witt verfügt die Partei über ihre einziges Bundestagsmandat, mit Meuthen ist sie im Europaparlament vertreten. Daneben hat sie wenige Mandate auf kommunaler Ebene. Laut Meuthen ist nicht davon auszugehen, dass es zu einer großen Abwanderung von AfD-Mitgliedern Richtung DZP geben wird, mögliche Mitgliedsaufnahmen müssten sorgsam überprüft werden.

Landratswahlen in Sachsen

Dresden. Am 12. Juni und 3. Juli 2022 fanden in Sachsen die Landratswahlen statt. Bei 35 Prozent liegt das beste Ergebnis der »Alternative für Deutschland« (AfD) bei den Kreistagswahlen in Sachsen. Bei über 16 Prozent das schlechteste. Keinen Bürgermeister*innenposten errungen, keine Landrät*in. Das ist erfreulich. Und es ist kein Grund zum Jubeln. Die AfD hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Zwar war befürchtet worden, sie könne durchaus den Landratsposten mit dem regional gut verankerten Landtagsabgeordneten Rolf Weigand in Mittelsachsen erringen, doch es kam anders. Gewonnen hat dort der von Die Linke, Grünen und SPD getragene Bewerber im zweiten Wahlgang. Somit stellt die CDU nach langen Jahren erstmals nicht mehr alle Landräte in Sachsen. Es zeigte sich zugleich, dass im Freistaat durchaus inzwischen Platz für eine Partei rechts der AfD ist. Die »Freien Sachsen« traten zwar nur in wenigen Kreisen und sehr wenigen Gemeinden selbst an, konnten dabei aber etliche Achtungserfolge erzielen. Im Erzgebirgskreis und der Sächsischen Schweiz kamen sie jeweils auf zehn Prozent – bei eigenständigen Kandidaturen der AfD. Im Kreis Nordsachsen schickten sie die Organisatorin der Querdenkerproteste aus Mügeln ins Rennen. Sie kam auf gut 20 Prozent. Diese Konkurrenz aus dem eigenen Lager dürfte dazu führen, dass der ohnehin durch den »Flügel« dominierte Landesverband der AfD eher noch weiter nach rechts rücken dürfte, um ein Abbröckeln der eigenen Basis zu verhindern. Die CDU feiert ihr Ergebnis als Erfolg. Es ist bestenfalls ein relativer. Ihre Kandidaten mussten im Gegensatz zu den letzten Wahl mehrheitlich in den zweiten Wahlgang, ein Landkreis wurde verloren. Ihre Personalmisere wurde einmal mehr deutlich. Letztlich aber bestätigte sich einmal mehr: das Potenzial des Rechtsblocks in Sachsen liegt konstant bei 60 Prozent.

Vor einem Jahr starb in Hamburg Esther Bejarano, Überlebende des Konzentrationslagers Auschwitz und bis zuletzt aktive Antifaschistin. »Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen«, hat sie einmal gesagt. Die bittere Erkenntnis aus einem Leben, das fast ein Jahrhundert währte.

Auch Marcus hätte diesen Satz sofort unterschrieben. Marcus, den die »Süddeutsche« als »das lebende Lexikon« adelte. Marcus, den der mörderische Terroranschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 dazu brachte, antifaschistisch aktiv zu werden. Und der es seitdem blieb. Unermüdlich. Marcus, der die Wahrheit von Esther Bejaranos Satz selbst zu spüren bekam, nachdem er – und der von ihm mitbegründete Verein a.i.d.a. – ins Visier des bayerischen Geheimdienstes gerieten. Auch dagegen hat er gekämpft. Und gewonnen. Seinen letzten Kampf hat er verloren.

Auch Stefan hätte diesen Satz der Antifaschistin Esther unterschrieben. Natürlich, sofort. Und ohne zu zögern. Als er zu unserem Projekt »Der Rechte Rand« in dessen Gründungsphase stieß, war er schon längst aktiver Antifaschist. Er war keiner der Intellektuellen aus der Szene, die inzwischen von den Medien als Expert*innen gehört werden. Ein Experte war er trotzdem. Er, der gelernte Maler, war unverzichtbar für die Informationen aus der Nazi-Szene. Er recherchierte. Gründlich, ausdauernd und genau. Er wollte nicht im Mittelpunkt stehen. Er wollte etwas gegen Nazis tun. Damals hatte »Der Rechte Rand« noch den Untertitel »Informationen von und für AntifaschistInnen«, heute erscheint er als »Das Antifaschistische Magazin«. Auch für dieses war Stefan bis zuletzt unverzichtbar. Nur inzwischen als Korrektor. Er kämpfte gegen die Fehler. Die im System, die in der Rechtschreibung. Auch er hat uns jetzt verlassen.

Wir trauern. Um Esther, um Marcus, um Stefan. Natürlich trifft auf alle drei Brechts Ausspruch zu: »Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.« Passender aber ist eine Strophe aus Brechts Gedicht »An die Nachgeborenen«:

»Die Kräfte waren gering. Das Ziel
Lag in großer Ferne
Es war deutlich sichtbar, wenn auch für mich
Kaum zu erreichen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.«

Hetze im Parlament

von Sören Frerks

Im April dieses Jahres ist im PapyRossa Verlag eine umfassende Analyse zu Strategien der extremen Rechten im Bundestag erschienen. Über die Legislaturperiode 2017-2021 hinweg hat der Politikwissenschaftler und AfD-Kenner Dr. Gerd Wiegel die Parlamentsreden von Abgeordneten wie Gottfried Curio, Enrico Komning und Co. im Kontext der politischen Großwetterlagen ausgewertet.

Ihre Sprache folgt einer »verbalen Radikalisierungsspirale«. Diese changiert zwischen offenem Rassismus und »Umvolkungs«-Narrativen. Sie fabulieren von »kulturfremden Kostgängern« und es gäbe »UN-Ideologen«, die »mittels weltweiter Massenmigration gewachsene Nationalstaaten auflösen wollen«. Die Abgeordneten phantasieren von einem präfaschistischen, autoritären Staat, wollen beispielsweise das Grundrecht auf freie Religionsausübung aberkennen. Ihr Gesetzentwurf »zur Verbesserung der Inneren Sicherheit« sah vor, eine »Liste der kriminell besonders auffälligen Familien zu führen«. Bei Wirtschaftsfragen offenbart die AfD ihre Marktradikalität, selbst während der Corona-Pandemie. Es zeige sich ein Trend zur »gelenkten Staatswirtschaft«. Das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen in der Fleischindustrie sei eine »Entmündigung der unternehmerischen Freiheit«. An anderen Stellen verachten sie im eigenen Größenwahn das Parlament und kündigten in der letzten Sitzung vor der Bundestagswahl 2021 an: »Wir werden Ihnen auch die nächsten vier Jahre hier zur Hölle machen«. Wenngleich der Autor betont, dass sein Monitoring keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat, stellt dieses Buch wohl eine der umfangreichsten Dokumentationen zu den parlamentarischen »Brandreden« der AfD dar. Auf 220 Seiten werden Fundstellen aus den Bundestagsprotokollen zusammengestellt, akribisch analysiert und Schwerpunkte ausgemacht. In den vier Jahren der letzten Wahlperiode waren die Kernthemen demnach die Ausweitung des Sagbaren, Verschwörungsmythen, Leugnung des Klimawandels und Ausnutzung der Corona-Pandemie sowie Angriffe auf die Demokratie. Diese Kartierung der konjunkturellen Stoßrichtungen spült die ideologischen Hintergründe an die Oberfläche und offenbart durch eine »völkische und präfaschistische Zuspitzung« die »anhaltende Rechtsradikalisierung« der Partei. Gerd Wiegel ist mit seinem Längsschnittreport ein funktionales Nachschlagewerk für eine fundierte Gegenrede gelungen – ergänzt durch ein Personenregister zur schnellen Recherche.

Gerd Wiegel: Brandreden. Die AfD im Bundestag. Köln 2022, PapyRossa Verlag, 220 Seiten, 16,90 Euro.

Anzeige

WILLST DU BETROFFENE RECHTER GEWALT IN MECKLENBURG-VORPOMMERN GANZ KONKRET UNTERSTÜTZEN?

LOBBI

ALLE INFOS ZUM HILFSFONDS UNTER HTTPS://LOBBI-MV.DE/SPENDEN/

Eure Spenden kommen zu 100% den Betroffenen zugute und sind steuerlich absetzbar.

Seit 2001 berät die LOBBI Menschen, die in MV aus rassistischen, antisemitischen, homo- und transfeindlichen oder anderen rechten Motiven angegriffen werden. Um im Bedarf auch finanziell unterstützen zu können, wurde ein eigener Hilfsfonds eingerichtet, der sich ausschließlich aus Spenden und Bußgeldern speist.

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für Antifaschist*innen

@derrechterand

facebook.com/derrechterand

@der.rechte.rand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 6, 14, 15, 16, 17, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 35)
Umbruch Bildarchiv (Seiten 2, 19, 21, 39)
Archiv @derrechterand (Seite 13)
Roland Geisheimer / attenzione (Seite 43)
Robert Andreasch (Seite 46)
Privat (Seite 46)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1619-1404

Damals wie heute:

Erinnern heißt verändern!

30 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen

Gedenken-Lichtenhagen.de

Bundesweite Demo
27. August 2022 - 14 Uhr
Rostock-Lichtenhagen

Bündnis **Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992.**